

Konzernabschluss und Konzernlagebericht
der Bremer Landesbank
nach IFRS per 31. Dezember 2009

Der Bremer Landesbank Konzern im Überblick

	1.1. – 31.12.2009 (in Mio. €)	1.1. – 31.12.2008 (in Mio. €)	Veränderung (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Zinsüberschuss	249	254	-5	-2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-141	-22	-119	>100
Provisionsüberschuss	38	50	-12	-24
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten einschließlich Hedge Accounting	80	-105	185	>100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	6	9	-3	-33
Verwaltungsaufwand	142	136	6	4
Finanzanlageergebnis	-15	-22	7	+32
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	4	7	-3	-43
Ergebnis vor Steuern	79	35	44	>100
Ertragsteuern	21	5	16	>100
Konzernergebnis	58	30	28	93
Cost-Income-Ratio (CIR)	37,71%	63,24%		
Return on Equity (RoE)	9,48%	4,20%		
	31.12.2009 (in Mio. €)	31.12.2008 (in Mio. €)	Veränderung (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Bilanzielles Eigenkapital	960	936	24	3
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital	1.853	1.999	-146	-7
– davon Kernkapital	1.556	1.486	70	5
Risikogewichtete Aktiva	15.635	14.828	807	5
Bilanzielle Eigenkapitalquote	6,14%	6,31%		
Forderungen an Kreditinstitute	4.780	5.776	-996	-17
Forderungen an Kunden	20.988	20.255	733	4
Risikovorsorge	-267	-149	-118	79
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.123	930	193	21
Finanzanlagen	6.442	6.998	-556	-8
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	81	88	-7	-8
Sonstige Aktiva	640	410	230	56
Summe Aktiva	33.787	34.308	-521	-2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.508	12.206	-1.698	-14
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10.236	9.949	287	3
Verbriefte Verbindlichkeiten	9.244	8.423	821	10
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1.267	1.279	-12	-1
Rückstellungen	300	273	27	10
Sonstige Passiva	106	90	16	18
Nachrangkapital	1.166	1.152	14	1
Bilanzielles Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	960	936	24	3
Summe Passiva	33.787	34.308	-521	-2
Personalbestand				
Gesamt	1.006	981	25	4
Aktuelle Ratings (long term rating)				
Moody's	AA2	AA2	-	-
Fitch Ratings	A	A	-	-

Inhalt

Konzernabschluss und Konzernlagebericht für das Berichtsjahr 2009

Der Bremer Landesbank Konzern im Überblick	2
1. Konzernlagebericht	6
1. Geschäft und Rahmenbedingungen	6
2. Ertragslage	13
3. Finanz- und Vermögenslage	18
4. Nachtragsbericht	26
5. Chancen- und Risikobericht	26
6. Prognosebericht	61
2. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	65
Gesamtergebnisrechnung	66
3. Konzernbilanz	67
4. Eigenkapitalveränderungsrechnung	68
5. Kapitalflussrechnung	69
6. Konzernanhang (Notes)	70
(1) Grundlagen zur Aufstellung des Konzernabschlusses	70
(2) Anpassung der Vorjahreszahlen	71
(3) Angewandte IFRS	72
(4) Konsolidierungsgrundsätze	75
(5) Konsolidierungskreis	76
(6) Währungsumrechnung	77
(7) Finanzinstrumente	78
(8) Risikovorsorge	87
(9) Sachanlagen	88
(10) Leasinggeschäfte	88
(11) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	89
(12) Immaterielle Vermögenswerte	90
(13) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	90
(14) Andere Rückstellungen	92
(15) Ertragsteuern	92
(16) Nachrangkapital	93
Segmentberichterstattung	94
(17) Segmentierung nach Geschäftsfeldern (primäres Berichtsformat)	94
Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	102
(18) Zinsüberschuss	102
(19) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	103
(20) Provisionsüberschuss	103
(21) Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	104
(22) Ergebnis aus Hedge Accounting	105
(23) Ergebnis aus Finanzanlagen	105
(24) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	105
(25) Verwaltungsaufwand	106
(26) Sonstiges betriebliches Ergebnis	107
(27) Ertragsteuern	107

Erläuterungen zur Konzernbilanz	109
(28) Barreserve	109
(29) Forderungen an Kreditinstitute	109
(30) Forderungen an Kunden	110
(31) Risikovorsorge	110
(32) Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	111
(33) Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	112
(34) Finanzanlagen	113
(35) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	113
(36) Sachanlagen	114
(37) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	115
(38) Immaterielle Vermögenswerte	116
(39) Laufende Ertragsteueransprüche sowie latente Ertragsteuern	117
(40) Sonstige Aktiva	118
(41) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	119
(42) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	120
(43) Verbriefte Verbindlichkeiten	121
(44) Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	122
(45) Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	122
(46) Rückstellungen	123
(47) Laufende Ertragsteuerverpflichtungen sowie latente Ertragsteuern	126
(48) Sonstige Passiva	127
(49) Nachrangkapital	127
Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung	128
Erläuterungen zum Eigenkapital	128
Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung	131
Sonstige Angaben	132
(50) Fair-Value-Hierarchie	132
(51) Buchwerte nach Bewertungskategorien	134
(52) Nettoergebnisse nach Bewertungskategorien	134
(53) Wertminderungen/Wertaufholungen nach Bewertungskategorien	135
(54) Fair Values von Finanzinstrumenten	136
(55) Derivative Finanzinstrumente	136
(56) Grundgeschäfte in effektiven Sicherungsbeziehungen	138
(57) Restlaufzeiten von finanziellen Verbindlichkeiten	139
(58) Angaben zur Fair-Value-Option	140
(59) Der Bremer Landesbank Konzern als Sicherungsgeber	141
(60) Echte Wertpapierpensionsgeschäfte	141
Weitere Erläuterungen	142
(61) Eigenkapitalmanagement	142
(62) Aufsichtsrechtliche Grunddaten	143
(63) Fremdwährungsvolumen	144
(64) Langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (mit einer Realisierung nach 12 Monaten)	144
(65) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	145
(66) Leasing	145
(67) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	146
(68) Nachrangige Vermögenswerte	147
(69) Treuhandgeschäfte	147
(70) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	147
Unternehmen und Personen mit Konzernverbindung	148
(71) Anzahl der Arbeitnehmer	148
(72) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	148
(73) Verzeichnis der Mandate	154
(74) Aufwendungen für Organe und Organkredite	155
(75) Anteilsbesitzliste gemäß § 313 Abs. 2 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB	156
(76) Honorar des Konzernabschlussprüfers	157
7. Versicherung der gesetzlichen Vertreter	159

8. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	160
9. Bericht des Aufsichtsrates	162
10. Bericht der Trägerversammlung	163
11. Berichterstattung zur Corporate Governance	164
12. Daten und Fakten	168
Organe der Bremer Landesbank	169
Mitglieder des Aufsichtsrats der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –	170
Mitglieder der Trägerversammlung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –	171
Mitglieder des Beirates der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –	172

1. Konzernlagebericht

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

2. Ertragslage

3. Finanz- und Vermögenslage

4. Nachtragsbericht

5. Chancen- und Risikobericht

6. Prognosebericht

Im folgenden Text werden die Begriffe Bank und Bremer Landesbank verwendet. Darunter ist jeweils der Konzern Bremer Landesbank zu verstehen. Die Entwicklung des Konzerns ist fast ausschließlich geprägt durch das Mutterunternehmen. Als ein wichtiger Teil der NORD/LB-Gruppe werden die Unternehmen des Konzerns Bremer Landesbank in deren Konzernabschluss einbezogen und konsolidiert.

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Das Wirtschaftswachstum und der Warenhandel sind im Jahr 2009 als Folge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise weltweit eingebrochen. Im Jahresverlauf hat jedoch zunehmend eine Stabilisierung eingesetzt und das Ende der Rezession hat sich in vielen Ländern abgezeichnet.

Die Vereinigten Staaten, in denen die Finanzmarktkrise begonnen hat, verzeichneten einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 2,5% und einen starken Beschäftigungsabbau. Das Staatsdefizit stieg infolge der Stützungsmaßnahmen deutlich an. Während West- und Mitteleuropa, Japan und auch Russland deutliche Rückgänge in der Wirtschaftsleistung hinnehmen hatten, hat in China und Indien lediglich das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums abgenommen.

Der Beginn des Jahres 2009 stand im Zeichen fortgesetzter Verwerfungen an den Finanzmärkten und eines sich verstärkenden konjunkturellen Abwärtsdrucks. In diesem Umfeld prägten auch die intensiven Bemühungen der Politik, die Krise einzudämmen, das Geschehen an den Geld- und Kapitalmärkten. Ab dem 2. Quartal entwickelte sich dann wachsende Zuversicht über ein Ende der konjunkturellen Abwärtsdynamik. Auf beiden Seiten des Atlantiks führten positive Konjunkturindikatoren, staatliche Hilfen für den Finanzsektor und stützende Maßnahmen der Zentralbanken zu einer Erholung an den Finanzmärkten. Ein nicht zuletzt durch den aufgehellten Wirtschaftsausblick zunehmender Risikoappetit trug zu Kursanstiegen an den Aktienmärkten und Renditerückgängen von Unternehmensanleihen bei. Zuletzt beeinflusste die immer deutlicher hervortretende Verschlechterung der Lage der öffentlichen Finanzen in den meisten EWU-Ländern die Stimmung an den Kapitalmärkten, zumal unklar ist, inwieweit die Dynamik an den Aktien- und Rentenmärkten von den großzügigen Konjunkturprogrammen und einer reichlichen Liquiditätsversorgung weltweit getrieben ist. Damit verbleiben Zweifel an der Nachhaltig-

keit der Erholung an den Finanzmärkten für die Zeit nach dem Auslaufen der Stützungsprogramme (Quelle: Monatsberichte Deutsche Bundesbank).

In ihrem Finanzstabilitätsbericht für 2009 gibt die Deutsche Bundesbank an, dass sich das deutsche Finanzsystem im Zuge der internationalen Finanzmarktkrise einem enormen und beispiellosen Druck ausgesetzt sah. Nur durch außergewöhnliche fiskal- und geldpolitische Maßnahmen konnte ein systemischer Zusammenbruch verhindert werden. Die Finanzmärkte haben sich zwar mittlerweile deutlich erholt und der Wachstumsausblick hat sich zuletzt ebenfalls spürbar aufgehellt. Dennoch sind für die deutschen Banken weitere Belastungen absehbar und die Finanzmarkt- und die damit unmittelbar verknüpfte Wirtschaftskrise können keineswegs als überwunden angesehen werden.

Nach dem scharfen Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 hat im Frühjahr 2009 – unterstützt durch umfangreiche geld- und fiskalpolitische Impulse – nach Angaben der Deutschen Bundesbank in ihrem Monatsbericht Dezember 2009 ein Erholungsprozess eingesetzt. Die deutsche Wirtschaft hat sich also allmählich von dem schweren Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 erholt. Die Wirtschaftsleistung bewegt sich aber weiterhin auf einem zyklisch niedrigen Niveau. Waren es im Frühjahr vor allem die privaten Konsumausgaben und dabei insbesondere die außerordentlich regen Pkw-Käufe, die zur Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion geführt hatten, so kamen im Sommer erstmals seit mehr als einem Jahr wieder Impulse aus dem Auslandsgeschäft. Ein wichtiger Grund dafür, dass die rasante Talfahrt der Wirtschaft nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Industrieländern von einer Erholung abgelöst wurde, war – neben den Maßnahmen der Finanzmarktstabilisierung – das entschlossene, schnelle und umfassende Handeln der Geld- und Finanzpolitik. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich bisher nur wenig eingetrübt. Der Beschäftigungsrückgang ist im 3. Vierteljahr 2009 sogar zum Stillstand gekommen.

Region

In ihrem Jahresbericht 2009 äußern die Handelskammer Bremen und die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven, dass das Jahr viel Schatten, aber auch erneute konjunkturelle Lichtblicke für die bremische Konjunktur bot. Allgemein haben die Unternehmen einen kräftigen Nachfrageeinbruch verzeichnet und sich daher bei Investitionen stark zurückgehalten. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen hat im Verlauf des Jahres deutlich zugenommen und auch am Arbeitsmarkt hat die Rezession mit einem Absinken der Zahlen sozialversicherungspflichtig Beschäftigter Wirkung gezeigt, die umfängliche Nutzung von Kurzarbeit hat aber Schlimmeres verhindert. Während die Auswirkungen der Krise besonders in der Verkehrs- und Logistikbranche, im Groß- und Außenhandel und bei Zeitarbeitsfirmen zu spüren waren, ist der Einzelhandel gestützt durch den privaten Konsum vergleichsweise glimpflich durch die Krise gekommen. Die gute Stellung Bremens im Städtetourismus hat ebenfalls für eine gewisse Stabilisierung gesorgt. Das Kreditgewerbe ist je nach geschäftspolitischer Ausrichtung unterschiedlich stark von der Finanzmarktkrise betroffen.

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat im Jahr 2009 ihre Spuren im Oldenburger Land hinterlassen, so die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer. Der Industrieumsatz fiel nach vorläufigen Einschätzungen rd. 14% niedriger aus als im Jahr 2008, der Exportrückgang zum Vorjahr lag bei über 30%. Der Abschwung ist damit über das Ausland in die Region gekommen. Alle Industriezweige sind vom Rückgang von Aufträgen betroffen, die Unterneh-

mensinsolvenzen sind gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich angestiegen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass das Oldenburger Land im Vergleich mit anderen Regionen besser abgeschnitten hat. Dies liegt daran, dass das Ernährungsgewerbe mit einem hohen inländischen Umsatzanteil eine herausragende Stellung in der Region hat. Darüber hinaus trug der Tourismus zur Stabilisierung bei und der Konsum ist trotz des Konjunkturabschwungs nicht eingebrochen. Die Arbeitslosenquote ist nahezu konstant geblieben.

Nach Angaben der IHK für Ostfriesland und Papenburg war das Jahr 2009 geprägt von einer rasanten wirtschaftlichen Talfahrt, gegen Ende des Jahres hat die Wirtschaft jedoch wieder Tritt gefasst. Die Talsohle ist damit durchschritten. Erfreulicherweise hat die Wirtschaftskrise bislang längst nicht so stark auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen, wie dies bei vorangegangenen Krisen der Fall war. Von einer Kreditklemme kann im IHK-Bezirk nicht gesprochen werden, lediglich Konditionsanpassungen sind bei einem Teil der Unternehmen erfolgt.

Bremer Landesbank

Die Bremer Landesbank veröffentlicht seit dem Berichtsjahr 2005 als kapitalmarktorientiertes Unternehmen einen Konzernabschluss nach den Vorschriften des HGB. Für das Geschäftsjahr 2007 wurde erstmals ein Konzernabschluss nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung (IAS/IFRS) inklusive Vergleichszahlen für das Jahr 2006 veröffentlicht. Der unter Beachtung der Vorschriften der IAS 27 und IAS 28 festgelegte Konsolidierungskreis stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar.

Mutterunternehmen:

- Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen

Tochtergesellschaften und Investmentfonds, an denen die Bremer Landesbank direkt oder indirekt mehr als 50% der Stimmrechte hält oder anderweitig einen beherrschenden Einfluss ausüben kann:

- BLB Immobilien GmbH, Bremen
- BLB Leasing GmbH, Oldenburg
- Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen
- NORTHWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen

Zudem werden folgende assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bilanziert:

- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
- BREBAU GmbH, Bremen
- Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede
- GSG Oldenburg Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg
- Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds

Im Berichtsjahr 2009 ergaben sich folgende Änderungen am Konsolidierungskreis.

- Die nachstehenden Einheiten wurden aufgelöst und werden daher nicht mehr konsolidiert:
 - A-Bremer Landesbank-Aktienfonds
 - NC-Fonds SP 100 Poolfonds 1

Die Bremer Landesbank AöR als Mutterunternehmen ist in der Geschäftsführung und/oder den Aufsichtsgremien vertreten. Die wesentlichen Interessen aus Konzernsicht werden durch die Einbeziehung der Tochtergesellschaften in den Planungsprozess koordiniert.

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – als Mutterunternehmen des Konzerns ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt und mündelsicher. Die Bremer Landesbank ist mit Niederlassungen an den beiden Oberzentren der Metropolregion Nordwest vertreten, in Oldenburg mit rd. 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in Bremen mit über 650. Die Nordwest-Region ist ihr staatsvertraglich anerkanntes Geschäftsgebiet.

Als ein wichtiges Unternehmen der NORD/LB-Gruppe wird sie in deren Konzernabschluss einbezogen und voll konsolidiert. Gleichzeitig erstellt die Bremer Landesbank einen eigenen Teilkonzernabschluss nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung.

Nach der Entscheidung der Europäischen Kommission zum Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung im Jahr 2001 hat sich die Bremer Landesbank ein fokussiertes Geschäftsmodell gegeben, das zügig umgesetzt wurde und stetig weiterentwickelt wird. Sie ist damit zukunftsfähig aufgestellt und in der Lage, schnell und flexibel auch auf heterogene Entwicklungen des regionalen Marktes und der überregionalen Spezialsegmente zu reagieren.

Die Ratingagenturen bewerten das Geschäftsmodell der Bremer Landesbank als regionale Geschäftsbank mit guter Ertragskraft und angemessener Kapitalausstattung positiv (Moody's Financial Strength: C; Fitch Individual-Rating: C). Die Langfristratings (Fitch: A; Moody's: AA2) ermöglichen der Bremer Landesbank den Zugang zu den nationalen und internationalen Kapitalmärkten.

Im Berichtsjahr stand die konsequente Vermarktung des Geschäftsmodells als regionale Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft bei Wahrung der Funktion als Landesbank und Sparkassenzentralbank erneut im Vordergrund.

Die Fortführung des stringenten Kosten- und die Einhaltung eines konsequenten Risikomanagements sowie die weitere Stabilisierung der Erlösstruktur ermöglichen es der Bremer Landesbank nachhaltig, ihre Kapitalbasis zu stärken.

Kapitalmarkt- und Entscheidungskompetenzen vor Ort heben die Bremer Landesbank im regionalen Wettbewerb hervor. Die Ausrichtung und erfolgreiche Positionierung als regionale Geschäftsbank und als Landesbank im öffentlich-rechtlichen Sektor bestätigen den eingeschlagenen Weg.

Gesamtbanksteuerung

Die Gesamtbanksteuerung der Bremer Landesbank ist wert- und risikoorientiert ausgerichtet, neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen werden den Entscheidungsträgern wesentliche steuerungsrelevante Informationen bereitgestellt. Zentrales Steuerungsinstrument der Bank ist die nach Geschäftsfeldern und Kostenstellen strukturierte Deckungsbeitragsrechnung. Die Wert- und Risikoorientierung zeigt sich im Ansatz der Eigenkapitalkosten und des Expected Loss:

- Eigenkapitalkosten – In dem Deckungsbeitragschema werden den Geschäftsfeldern noch vor den Betriebskosten die Kosten für das eingesetzte Kapital zur Deckung des Unexpected Loss ausgewiesen bzw. die Kosten für die Verzinsung des gebundenen Eigenkapitals.
- Expected Loss – Den Geschäftsfeldern wird als Risikoprämie der Expected Loss zugewiesen. Damit erfüllt die Bremer Landesbank in der internen Steuerung bereits heute schon eine zentrale Anforderung des neuen Konsultationspapiers „Strengthening the resilience of the banking sector“ (Bank for international settlements, December 2009).

Zentrale Größe für die interne Steuerung der Geschäftsfelder ist der Wertbeitrag, den jedes Geschäftsfeld zum Unternehmenserfolg beiträgt. Als Wertbeitrag ist das Ergebnis eines Geschäftsbereiches unter Berücksichtigung des Expected Loss und der Kosten für das eingesetzte Kapital festgelegt. Hierdurch wird die Wertschaffung jedes einzelnen Geschäftsfeldes aufgezeigt. Darüber hinaus werden die Geschäftsfelder über folgende Kennzahlen gesteuert:

$$\text{RaRoC} = \frac{\text{Wertbeitrag}}{\text{Gebundenes Kernkapital}}$$
$$\text{Cost-Income-Ratio} = \frac{\text{Verwaltungsaufwendungen}}{\text{Operative Erträge}}$$

Die Verwaltungsaufwendungen umfassen neben den Personal- und Sachaufwendungen auch die AfA auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte. Die operativen Erträge umfassen u.a. Zins- und Dienstleistungserträge sowie Nettoergebnisse aus Finanzgeschäften.

Maßgebliche Größen der Rentabilitätssteuerung auf Gesamtbankebene sind die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity = RoE) und die Cost-Income-Ratio (CIR). Der RoE ist wie folgt definiert:

$$\text{RoE} = \frac{\text{Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und Bewertung}}{\text{Gebundenes Kernkapital}}$$

Die Gesamtbanksteuerung wird damit zur Verbindung folgender Steuerungskreisläufe:

- Interne betriebswirtschaftliche Größen wie z.B. die empfängerorientierte Gestaltung des Deckungsbeitragschemas
- Handelsrechtliche Größen wie z.B. der laufende Abgleich zwischen Deckungsbeitragsrechnung und GuV
- Aufsichtsrechtliche Größen wie z.B. der konsequente Ausweis der „risk weighted assets“

Ausgangspunkt des Steuerungskreislaufs in der Bremer Landesbank ist der Strategie-review durch den Vorstand und die zweite Führungsebene im Frühjahr. Neben der Überprüfung der strategischen Ausrichtung der Bank werden im Rahmen eines Strategieworkshops künftige Handlungsfelder für die Gesamtbank und die Geschäftsfelder herausgestellt. (Im Rahmen des Beteiligungscontrollings sind zudem die Tochtergesellschaften in den Planungs- und Steuerungsprozess des Konzerns einbezogen).

Aus den Ergebnissen des Strategieworkshops leiten sich die Top-down-Vorgaben für die Geschäftsfelder auf Basis der dargestellten Steuerungsgrößen ab. Der sich anschließende Prozess der mittelfristigen Planung mit einem Fünfjahreshorizont findet seinen Abschluss in der Planungsklausur im Herbst. Erlösziele und Budgetvorgaben sind wesentliche Eingangsgrößen für den bankweiten Zielvereinbarungsprozess.

Dieser in sich geschlossene und etablierte Prozess der Unternehmenssteuerung, dessen integraler Bestandteil das Management von Chancen und Risiken inklusive des Monitorings von Zielerreichungsgraden ist, wird fortlaufend konzeptionell weiterentwickelt, das eingesetzte Instrumentarium kontinuierlich verfeinert.

Geschäftsentwicklung

Die nachhaltigen operativen Erträge der Bremer Landesbank haben sich im vergangenen Jahr mit Ausnahme des konjunkturbedingt zurückgegangenen Provisionsergebnisses sehr zufriedenstellend entwickelt. Dies ist hauptsächlich auf ein insgesamt stabiles Zinsergebnis und ein deutlich besseres Handelsergebnis zurückzuführen.

Die Bremer Landesbank festigte im vergangenen Jahr weiter ihre Position als bedeutender Kreditgeber der Region und führende Bank im Nordwesten. Mittlerweile hat sich die Finanzmarktkrise allerdings auch auf den realwirtschaftlichen Sektor ausgewirkt. Daher sind die Risikovorsorgeaufwendungen erwartungsgemäß deutlich angestiegen, sie blieben jedoch im Rahmen der Planungen. Das konsequente Risikomanagement der Bremer Landesbank hat sich in diesem Zusammenhang bewährt. In bestimmten Teilsegmenten des Schifffahrtssektors hat die Bank vermutlich bereits eingetretenen, aber noch nicht erkannten Risiken innerhalb der Portfoliowertberichtigung besonders Rechnung getragen.

Wesentliche Wertkorrekturen auf den Eigenbestand an Wertpapieren waren im vergangenen Jahr nur im Zusammenhang mit den Anleihen isländischer Banken erforderlich.

Die Personalaufwendungen des Konzerns Bremer Landesbank haben sich tarifbedingt leicht erhöht. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind dagegen wegen höherer Ausgaben für Informationstechnologie und projektbedingt angestiegener Beratungsaufwendungen erwartungsgemäß weiter angestiegen. Insgesamt haben sich die Verwaltungsaufwendungen daher maßvoll erhöht.

Die Intensivierung der Zusammenarbeit im Verbund ist ein weiteres strategisches Ziel der Bremer Landesbank. Basierend auf den vertraglichen Regelungen der Verbundvereinbarung von 2006 hat die Umsetzung eines ganzheitlichen Betreuungskonzeptes für die 14 verbundenen Sparkassen des Geschäftsgebietes wesentlich zur Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit beigetragen.

Den in der Immobilienwirtschaft tätigen Tochtergesellschaften ist es trotz weiterhin schwieriger Rahmenbedingungen gelungen, sich durch Konzentration auf bestimmte Marktsegmente erfolgreich im Markt zu behaupten.

Die BLB Leasing generiert ihr Neugeschäft überwiegend über die Kundenbetreuer der Bremer Landesbank. Diese Geschäftsstrategie hat sich auch im Jahr 2009 bewährt und wiederum zu einem hohen Neugeschäftsvolumen geführt.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2009 erlaubt es der Bremer Landesbank AöR, sowohl die Kapitalbasis durch Dotierung der Gewinnrücklagen zu stärken als auch eine angemessene Ausschüttung an die Träger vorzusehen. Eine Inanspruchnahme staatlich angebotener Unterstützungsleistungen ist für die Bremer Landesbank weiterhin nicht notwendig.

Im Folgenden wird über die geschäftliche Entwicklung des Konzerns Bremer Landesbank im Jahr 2009 berichtet.

2. Ertragslage

Die Ertragslage der Bank hat sich im Jahr 2009 insgesamt sehr zufriedenstellend entwickelt.

Erfolgsrechnung

		1.1. –31.12. 2009	1.1. –31.12. 2008	Veränderung
	Notes	(in Mio. €)	(in Mio. €)	(in %)
Zinserträge		2.428	3.277	-26
Zinsaufwendungen		2.179	3.023	-28
Zinsüberschuss	(18)	249	254	-2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(19)	-141	-22	-
Zinsergebnis nach Risikovorsorge		108	232	-53
Provisionserträge		59	74	-20
Provisionsaufwendungen		21	24	-13
Provisionsüberschuss	(20)	38	50	-24
Handelsergebnis		70	-104	-
Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten		2	3	-33
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	(21)	72	-101	-
Ergebnis aus Hedge Accounting	(22)	8	-4	-
Ergebnis aus Finanzanlagen	(23)	-15	-22	-32
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(24)	4	7	-43
Verwaltungsaufwand	(25)	142	136	4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(26)	6	9	-33
Ergebnis vor Steuern		79	35	-
Ertragsteuern	(27)	21	5	-
Konzernergebnis		58	30	93
davon auf Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallend		58	29	-
davon: auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend		-	1	-

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss ist um 2% von 254 Mio. € auf 249 Mio. € gesunken.

Das operative Zinsergebnis aus den Geschäften mit Kunden ist erneut angestiegen. Wesentliche Treiber waren erneut das Segment Spezialfinanzierungen, aber auch die Geschäfte mit der lokalen Firmenkundschaft. Den höheren Belastungen aus der gezielten Liquiditätsbevorratung standen in diesem Umfang nicht geplante Fristentransformationserfolge aus der Eigenanlage gegenüber.

Der Ausweis von laufenden Zinszahlungen aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten erfolgt abweichend von der bisherigen Darstellung nicht mehr im Handelsergebnis, sondern im Zinsergebnis.

Für den Prognosezeitraum wird von weiter steigenden Zinsüberschüssen aus dem kundengetriebenen Geschäft ausgegangen. Belastungen aus der Liquiditätsbevorratung können auch künftig das Zinsergebnis beeinflussen, während nicht von Fristentransformationserfolgen aus der Eigen-

anlage in ähnlicher Höhe wie im Berichtsjahr ausgegangen wird. Insgesamt werden im Prognosezeitraum gute Chancen gesehen, das Zinsergebnis zu stabilisieren bzw. leicht zu steigern.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist im Jahr 2009 wie erwartet deutlich auf 141 Mio. € (Vorjahr: 22 Mio. €). angestiegen.

Mittlerweile hat sich die Finanzmarktkrise auch auf den realwirtschaftlichen Sektor ausgewirkt. Daher sind die Einzelwertberichtigungen aus dem Kundengeschäft – insbesondere bei den Schiffsfinanzierungen – erwartungsgemäß deutlich gegenüber dem Vorjahr angestiegen, erreichten jedoch nicht das vorher geplante Niveau. Das konsequente Risikomanagement der Bremer Landesbank hat sich in diesem Zusammenhang bewährt.

Durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen hat die Bank vermutlich eingetretenen, aber noch nicht erkannten Risiken in Höhe von 55 Mio. € (Vorjahr: 11 Mio. €) Rechnung getragen. Die besondere Situation in bestimmten Teilsegmenten des Schiffahrtssektors wurde dabei erneut mit einem Stressaufschlag in Höhe von 10 Mio. € (Vorjahr: 21 Mio. €) berücksichtigt.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird nach den Einschätzungen der Bank im Prognosezeitraum konjunkturbedingt auf einem hohen Niveau verbleiben.

Provisionsüberschuss

Das Provisionsergebnis ist von 50 Mio. € auf 38 Mio. € gesunken und liegt damit um 24% unter dem Vorjahreswert. Im Vergleich zum noch von regem Neugeschäft geprägten Jahr 2008 gingen vor allem Einmalgebühren für Schiffsfinanzierungen und Konzeptionsgebühren für die Finanzierung alternativer Energiequellen deutlich zurück. Weitere Provisionen im Kreditgeschäft, zu denen auch Avalprovisionen gehören, sowie die Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft konnten konjunkturbedingt ebenfalls nicht das Vorjahresniveau erreichen. Andere Ergebnisbeiträge, z.B. aus dem Zahlungsverkehr, entwickelten sich relativ stabil.

Im Jahr 2010 sollte sich das Provisionsergebnis auf dem im Jahr 2009 erreichten Niveau stabilisieren. Danach ergeben sich voraussichtlich gute Chancen auf einen Anstieg.

Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten

Die Rahmenbedingungen an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten sind im Jahr 2009 zwar weiterhin schwierig geblieben, insgesamt hat aber eine Erholung eingesetzt. Diese hat sich neben einem erfolgreichen Agieren an den Finanzmärkten positiv auf das Handelsergebnis des Konzerns Bremer Landesbank ausgewirkt. Im Jahr 2009 beläuft sich der aufgelaufene Gewinn aus der Fair-Value-Bewertung von Finanzinstrumenten auf rd. 72 Mio. € nach einem Verlust in Höhe von 101 Mio. € im Jahr 2008.

Der Bestand an Credit Default Swaps, bei denen die Bremer Landesbank als Sicherungsgeber auftritt, ist aufgrund von Fälligkeiten leicht zurückgegangen. Mit diesem sog. Kreditersatzgeschäft hat die Bremer Landesbank freie Eigenkapitalspielräume zur Erzielung von im Handelsergebnis ausgewiesenen Provisionseinnahmen und zur Diversifikation ihres Kreditportfolios insbesondere mit Blick auf Regionen/Länder und Ratingklassen genutzt. Grundsätzlich hat die Bank nur Sicherung für Adressen mit einwandfreiem finanziellem Hintergrund und auf der Basis

von anerkannten Standardverträgen gegeben. Aufgrund der im Laufe des Jahres 2007 aufgetretenen Schwierigkeiten auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und der damit verbundenen Ausweitung der Credit Spreads hat die Bank ihr Neugeschäft in diesem Bereich bis auf vereinzelte selektive Positionsaufösungen bzw. Sicherungen eingestellt.

Die britische Bank Bradford & Bingley hat staatliche Unterstützungsmaßnahmen in Anspruch genommen und der britische Staat hat die Rückzahlung der Verbindlichkeiten des Institutes unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die EU-Kommission garantiert. In diesem Zusammenhang wurden Zinszahlungen auf bestimmte nachrangige Verbindlichkeiten des Institutes nicht geleistet. Dies haben verschiedene Sicherungsnehmer in CDS-Positionen zum Anlass genommen, einen sogenannten Credit Event zu erklären. In der Folge wurden von der Bremer Landesbank als Sicherungsgeber eingegangene Positionen in Höhe von rd. 34 Mio. € in von Bradford & Bingley emittierte Wertpapiere getauscht. Der bis zum Umtausch entstandene Wertverlust dieser Instrumente wurde konzerneinheitlich ermittelt und im realisierten Handelsergebnis abgebildet. Die Belastung des Handelsergebnisses aus diesem Vorgang betrug im Jahr 2009 2 Mio. €.

Weitere Credit Events, bei denen die Bank z.B. durch Lieferung des Referenzaktivums als Sicherungsgeber in Anspruch genommen worden wäre, sind nicht aufgetreten.

Aus den o.g. Gründen hat sich das realisierte Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten deutlich von –52 Mio. € auf 16 Mio. € verbessert, während das Bewertungsergebnis um 106 Mio. € auf 54 Mio. € anstieg. Zu einem erheblichen Teil wird das Handelsergebnis nach wie vor durch das Bewertungsergebnis aus Credit Default Swaps beeinflusst. Die Bank hat diese Positionen in den zurückliegenden Jahren als Kreditersatzgeschäft aufgebaut und führt sie aufgrund der Durchhalteabsicht weit überwiegend im aufsichtsrechtlichen Anlagebuch. Aufgrund der im Laufe des Jahres 2008 entstandenen Inaktivität der Märkte für Kreditderivate wurde die Bewertung dieser Finanzinstrumente weiterhin standardkonform auf der Basis eines Bewertungsmodells durchgeführt.

Das Ergebnis von Finanzinstrumenten der Kategorie designated Fair Value betrug im Jahr 2009 rd. 2 Mio. € nach 7 Mio. € im Vorjahr. Dies resultiert aus einem leicht reduzierten Bewertungsergebnis dieser Instrumente.

Prognosen zur Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten sind weiterhin schwierig. Die Märkte reagieren nach wie vor empfindlich auf beunruhigende Nachrichten. Die Bank geht davon aus, dass die Unsicherheiten im Jahr 2010 anhalten werden, der globale Wille zur Bewältigung der Finanzmarktkrise jedoch exzessive Übertreibungen verhindern wird. Negative Bewertungsergebnisse lassen sich deshalb nicht gänzlich ausschließen. Es werden jedoch gute Chancen gesehen, auch in den Jahren 2010 und 2011 erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren.

Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen

Die Bremer Landesbank setzt derzeit im Rahmen des Fair Value Hedge Accounting lediglich Mikro Fair Value Hedges zur Reduktion der Ergebnisauswirkungen von IAS-immanenten sog. Balance Mismatches ein. In dieser Position werden die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungszusammenhängen erfasst. Je effektiver die Hedge-Beziehungen sind, umso geringer sind deren Ergebnisauswirkungen. Die von der Bremer Landesbank designierten Hedge-

Beziehungen erzeugten im Jahr 2009 ein Ergebnis von 8 Mio. € nach einem Wert von –4 Mio. € im Jahr 2008. Das Nominalvolumen der gehedgten Grundgeschäfte erhöhte sich im Jahr 2009 deutlich. Die negative Wertänderung der Grundgeschäfte wurde durch die positive Wertänderung der Sicherungsgeschäfte überkompensiert.

Die Bank geht davon aus, dass das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen sich in den kommenden Jahren mit erweiterter Nutzung des Hedge Accounting weiterhin volatil entwickeln wird.

Ergebnis aus Finanzanlagen

Das Ergebnis aus Wertpapieren und Beteiligungen der Kategorie Available for Sale (AfS) beläuft sich auf –15 Mio. € nach –22 Mio. € im Jahr 2008. Das Ergebnis wurde maßgeblich beeinflusst durch ein Impairment in Höhe von rd. 12 Mio. € auf Papiere isländischer Banken.

Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Das Ergebnis aus Unternehmen, die at Equity bewertet werden, beträgt 4 Mio. € nach 7 Mio. € im Jahr 2008. Neben den anteiligen GuV-Erfolgen der at Equity in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurde das Ergebnis durch den Verkauf eines at Equity konsolidierten Spezialfonds beeinflusst.

Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen haben sich insgesamt maßvoll um 4% von 136 Mio. € auf 142 Mio. € erhöht.

Während sich die Löhne und Gehälter tarifbedingt leicht erhöhten, blieben die Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung und die sozialen Abgaben auf stabilem Niveau. Die Personalaufwendungen des Konzerns Bremer Landesbank haben sich deshalb leicht um 1% auf 81 Mio. € erhöht.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind dagegen um etwa 5 Mio. € oder 10% gestiegen. Während die Gebäudeaufwendungen leicht zurückgingen, stiegen die Aufwendungen für Informationstechnologie und die Beratungsaufwendungen erwartungsgemäß weiter an. Hauptursachen sind die im Jahr 2011 anstehende Migration auf die Systeme der Finanz Informatik, aber auch Projekte für Steuerungsmaßnahmen aufgrund gesetzlicher oder aufsichtsrechtlicher Änderungen. Insgesamt blieben die anderen Verwaltungsaufwendungen dennoch unter dem geplanten Niveau.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind mit 4 Mio. € auf Vorjahresniveau geblieben.

Der tarifbedingte Anstieg der Personalaufwendungen wird sich nach den Planungen der Bank im Prognosezeitraum fortsetzen. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen wird im Jahr 2010 projektbedingt ein erneuter Anstieg erwartet, ab dem Jahr 2011 ist eine Stabilisierung des Kostenniveaus vorgesehen.

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Das sonstige betriebliche Ergebnis beläuft sich auf 6 Mio. € nach 9 Mio. € im Jahr 2008. Neben Auflösungen von Rückstellungen sind in diesem Posten auch Aufwendungen und Erträge aus dem Rückkauf eigener Emissionen enthalten.

Ergebnis vor Steuern

Das Ergebnis vor Steuern des Konzerns Bremer Landesbank für das Jahr 2009 beträgt 79 Mio. € und ist damit gegenüber dem Jahr 2008 um 42 Mio. € gestiegen. Vor dem Hintergrund einer stabilen Zinsüberschussentwicklung konnte die sehr positive Entwicklung aus den at Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten die deutlich erhöhte Risikovorsorge und den leichten Anstieg der Verwaltungsaufwendungen spürbar überkompensieren.

Ertragsteuern

Die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag der Bremer Landesbank haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 2 Mio. € auf 38 Mio. € erhöht. Im Jahr 2008 vereinnahmte Steuererstattungen für vorangegangene Jahre fielen im Jahr 2009 nicht in gleicher Höhe an.

Die latenten Steuern, die im Jahr 2008 mit einem Ertrag von 31 Mio. € erfasst wurden, belaufen sich im Jahr 2009 auf einen Ertrag von 17 Mio. €, sodass sich die Ertragsteuern insgesamt um 16 Mio. € auf 21 Mio. € erhöht haben. Wie im Vorjahr liegt der Jahresüberschuss vor Steuern unter dem tatsächlich zu versteuernden Ergebnis.

Konzernjahresüberschuss

Der Konzernjahresüberschuss stellt sich auf 58 Mio. € nach 30 Mio. € im Jahr 2008 ein.

Basis für die Gewinnverwendung ist der Jahresüberschuss des Mutterunternehmens nach nationalen Rechnungslegungsvorschriften in Höhe von 48 Mio. € (Vorjahr: 78 Mio. €). Wie im Vorjahr ist bei der Muttergesellschaft eine Ausschüttung von 28 Mio. € an die Träger der Bank vorgesehen. Dies entspricht einer Rendite von 20% auf das Stammkapital.

Die Schwierigkeiten an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und deren realwirtschaftliche Folgen hatten auch Einfluss auf das handelsrechtliche Ergebnis der Bremer Landesbank. Die Auswirkungen konnte die Bank jedoch ohne substanzielle Beeinträchtigungen ihrer guten Ertragslage verkraften. Die Bank geht davon aus, dass dies grundsätzlich auch in den Jahren 2010 und 2011 so bleibt.

3. Finanz- und Vermögenslage

Bilanzsumme

Die Bank konzentrierte sich wie in den Vorjahren verstärkt auf ertragsstarke Geschäfte. Dementsprechend wurde das margeneenge Interbankengeschäft weiter untergewichtet. Im Ergebnis reduzierte sich die Bilanzsumme um 2% auf 33,8 Mrd. € (Vorjahr: 34,3 Mrd. €).

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute sanken im Berichtsjahr 2009 deutlich um 1,0 Mrd. € auf 4,8 Mrd. €. Der Umfang der Forderungen aus Geldmarktgeschäften und anderen befristeten Forderungen reduzierte sich erheblich. Täglich fällige Forderungen, die in der Bremer Landesbank nur eine untergeordnete Rolle spielen, bestanden in ähnlicher Höhe wie im Vorjahr.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich um 0,7 Mrd. € auf 21,0 Mrd. €. Eine differenzierte Betrachtung dieser Position findet sich in den Erläuterungen zur Entwicklung der Geschäftsfelder im Rahmen der Segmentberichterstattung im Anhang.

Risikovorsorge

Der nach den Regeln der internationalen Rechnungslegung offen auf der Aktivseite abgesetzte Bestand an Risikovorsorge des Konzerns Bremer Landesbank hat sich deutlich um 118 Mio. € auf 267 Mio. € erhöht und beträgt damit 1,04% des Forderungsbestandes (Vorjahr: 0,58%).

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente (aFV)

In dieser Position werden die Marktwerte der der Kategorie Held for Trading zugeordneten Finanzinstrumente erfasst. Titel mit einem positiven Marktwert werden auf der Aktivseite, solche mit negativen Marktwerten auf der Passivseite ausgewiesen. Der Bestand an Finanzinstrumenten mit positiven Marktwerten hat sich im Jahr 2009 um 193 Mio. € auf 1.123 Mio. € erhöht, während sich die negativen Marktwerte um 12 Mio. € auf 1.267 Mio. € reduziert haben.

Derivative Geschäfte werden in der Bremer Landesbank im Wesentlichen zur Steuerung und Absicherung von Zins- und Fremdwährungsrisiken, aber auch zur Erzielung von Eigenhandelserfolgen eingesetzt. Darüber hinaus nutzt die Bremer Landesbank freie Eigenkapitalspielräume durch Abschluss von Kreditderivaten zur Erzielung von im Handelsergebnis ausgewiesenen Provisionseinnahmen und zur Diversifikation ihres Kreditportfolios, insbesondere mit Blick auf Regionen/Länder und Ratingklassen. Das Nominalvolumen zum Jahresende 2009 betrug 64,1 Mrd. € nach 53,9 Mrd. € im Vorjahr und damit das etwa 1,9-Fache (Vorjahr: 1,6-Fache) der Bilanzsumme. Im Vergleich zu anderen Instituten der Branche wird in der Bremer Landesbank also nur in relativ geringem Umfang auf solche Geschäfte zurückgegriffen. Kontrahenten sind fast ausschließlich Banken mit Sitz in Ländern, die der OECD angehören, sodass von einem einwandfreien finanziellen Hintergrund ausgegangen werden kann. Für Detailinformationen zu den Volumina sowie der Fristen- und Kontrahentengliederung wird auf die Darstellung im Anhang des Konzernabschlusses der Bremer Landesbank verwiesen.

Positive/negative beizulegende Zeitwerte aus derivativen Sicherungsbeziehungen

Die Fair Values aus Hedge-Derivaten haben sich im Jahr 2009 gemäß der in den Notes unter den Nummern (33) und (45) dargestellten Übersicht verändert. Dem Teil der Wertänderung, der auf das abgesicherte Zinsrisiko zurückzuführen ist, stehen entsprechend gegenläufige Wertänderungen bei den Grundgeschäften gegenüber.

Finanzanlagen/Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

Der Bestand an Finanzanlagen hat sich von 7,0 Mrd. € im Jahr 2008 auf 6,4 Mrd. € im Jahr 2009 reduziert. Hier werden im Wesentlichen Wertpapiere und Anteile an nicht konsolidierten Unternehmen der Kategorie Available for Sale mit ihren Marktwerten ausgewiesen. Der Bestand an von öffentlichen Emittenten ausgegebenen Schuldverschreibungen wurde noch einmal deutlich erhöht, während Emissionen anderer Schuldner dagegen deutlich reduziert wurden. Der Bestand an Geldmarktpapieren und Investmentanteilen wurde vollständig abgebaut.

Der Bestand der Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen hat sich im Berichtsjahr um 7 Mio. € auf 81 Mio. € reduziert. Die Veränderung hängt im Wesentlichen mit dem Abgang des Spezialfonds NC-SP 100 Poolfonds 1 zusammen.

Wertpapiere sind entweder der strategischen Position des Vorstands oder dem sog. Credit Investment Portfolio des Geschäftsfelds Financial Markets zuzuordnen. Es kam 2009 sowohl zu Bestandsveränderungen durch Ab- und Zugänge von Finanzanlagen als auch durch Wertveränderungen weiterhin gehaltener Papiere. Diese sind in der Neubewertungsrücklage, einer Unterposition des Eigenkapitals, abgebildet.

Traditionell kommt die Bremer Landesbank ihren öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und den Verpflichtungen im Verbund auch über das Beteiligungsportfolio nach. Insbesondere sei hier die Förderung der Wirtschaft über Beteiligungen an Bürgschaftsbanken (z.B. Bürgschaftsbank Bremen, Niedersächsische Bürgschaftsbank), Spezialkreditinstituten (z.B. Deutsche Factoring Bank) sowie Wirtschaftsförderungsgesellschaften genannt.

Der regionale Bezug wird insbesondere durch die Beteiligung der Bank an mehreren Wohnungsbaugesellschaften, die teilweise dem im Anhang aufgelisteten Anteilsbesitz entnommen werden können, deutlich.

Im Verbund der deutschen Sparkassenorganisation sei hier die DekaBank mit ihrem breiten Spektrum an Fondsanlagemöglichkeiten erwähnt.

Wesentliche Beteiligungstransaktionen wurden im Jahr 2009 nicht durchgeführt.

Primär zielt das Beteiligungsgeschäft auf den strategischen und operativen Nutzen und erst sekundär auf das Ertragspotenzial ab. Im Rahmen der strategischen Fokussierung der Bremer Landesbank wird daher von einer stagnierenden bis rückläufigen Entwicklung des Beteiligungsvolumens ausgegangen. Neue Beteiligungen kommen künftig nur in Betracht, wenn sie einen deutlichen Mehrwert für die Bank respektive die Region generieren.

Sachanlagen/Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien/ Immaterielle Vermögenswerte

Das Sachanlagevermögen, in dem die Betriebs- und Geschäftsausstattung und die betrieblich genutzten Gebäude und Gebäudeteile erfasst werden, hat sich bedingt durch die zum Bilanzstichtag noch nicht abgeschlossenen Umbaumaßnahmen der Gebäude am Standort Oldenburg um 2 Mio. € auf 27 Mio. € erhöht. Der Anteil der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt unverändert 5 Mio. €.

In der Position „Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien“ werden die zur Fremdnutzung vorgesehenen bzw. fremd vermieteten Immobilien des Konzerns ausgewiesen. Der Bestand hat sich bedingt durch Regelabschreibungen um 1 Mio. € auf 64 Mio. € reduziert.

Tatsächliche Ertragsteueransprüche/Aktive latente Steuern/Sonstige Aktiva

Aus zeitlich begrenzten Unterschieden von handelsrechtlichen Werten in der IFRS-Konzernbilanz für Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten zu den steuerlichen Werten in den Konzerngesellschaften resultieren potenzielle Ertragsteuerentlastungen in der Zukunft, die als aktive latente Steuern ausgewiesen werden und im Jahr 2009 87 Mio. € (Vorjahr: 74 Mio. €) betragen. Darüber hinaus bestehen bereits im HGB-Abschluss unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesene sog. laufende Ertragsteueransprüche in Höhe von 11 Mio. € gegenüber 12 Mio. € im Vorjahr. Es ergeben sich somit Ertragsteueransprüche von insgesamt 98 Mio. € gegenüber 86 Mio. € 2008.

Die sonstigen Aktiva betragen per 31.12.2009 25 Mio. € (Vorjahr: 17 Mio. €). Neben Vorräten und aktivierten Erstattungen für die Inanspruchnahme aus Avalverbindlichkeiten sind hier Forderungen gegenüber nicht konsolidierten Tochtergesellschaften in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sanken von 12,2 Mrd. € auf 10,5 Mrd. €. Während die Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften sich weiter deutlich reduzierten, hat sich die Refinanzierung durch andere befristete Verbindlichkeiten und durch Einlagen von anderen Banken etwas erhöht.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Refinanzierung der Bank über Verbindlichkeiten gegenüber Kunden konnte um 3% auf 10,2 Mrd. € gesteigert werden. Während die Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften im Vergleich zum Vorjahr deutlich abgenommen haben, konnten die anderen Verbindlichkeiten – vor allem gegenüber der inländischen Kundschaft – deutlich ausgeweitet werden. Spareinlagen spielen in der Refinanzierung der Bremer Landesbank nur eine untergeordnete Rolle.

Verbriefte Verbindlichkeiten

In den verbrieften Verbindlichkeiten der Bank werden Pfandbriefe, Kommunalschuldverschreibungen und sonstige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere wie z.B. Commercial Papers ausgewiesen. Der Bestand ist im Jahr 2009 um 0,8 Mrd. € oder 10% auf 9,2 Mrd. € gestiegen.

Eine differenzierte Darstellung der Refinanzierung der Bank über die verschiedenen Emissionsprogramme findet sich in den Erläuterungen zum Geschäftsfeld Financial Markets in der Segmentberichterstattung im Konzernanhang und im Abschnitt Finanzierungsmaßnahmen.

Rückstellungen

Die Rückstellungen insgesamt betragen für den Konzern Bremer Landesbank zum Jahresende 2009 300 Mio. € (Vorjahr: 273 Mio. €) und sind damit um 27 Mio. € gestiegen.

Den weit überwiegenden Teil machen die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aus, die im Konzern 259 Mio. € nach 233 Mio. € im Vorjahr betragen. Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung wird dabei unter Nutzung bestimmter Parameter, wie z.B. einem konzerneinheitlichen Diskontierungszinssatz basierend auf der Rendite erstrangiger Industrieanleihen mit gleicher Duration, aktuarisch ermittelt. Andere einfließende Parameter sind u.a. Gehalts-, Karriere- und Rententrends und Fluktuationsraten (siehe u.a. Übersicht). Das durch die Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank zweckgebunden angelegte Vermögen – die sog. Plan Assets – wird zum Zeitwert (38 Mio. € nach 39 Mio. € 2008) mit dem Barwert der Verpflichtung verrechnet. Darüber hinaus werden durch die Veränderung des Diskontierungszinssatzes entstehende finanzmathematische Gewinne bzw. Verluste erfolgsneutral in einer gesonderten Position im Eigenkapital abgebildet. Im Berichtsjahr betragen diese kumuliert 61 Mio. € (Vorjahr: 74 Mio. €).

Parameter	Bremer Landesbank	Vorjahr
Fluktuation (ohne Ruhestand/Vorruhestand)	1,500%	1,500%
Rechnungszins	5,500%	6,000%
Rententrend		
Vorstand/Vertragsangestellte	2,500%	2,500 %
Gesamtversorgungen	3,500%	3,500%
Additive Versorgungs- ermittelt aus	2,000%	2,000%
Tarifsteigerungen	2,000%	2,000%
Berufsjahressprünge	ca. 0,5% p.a.	ca. 0,5 % p.a.
Individuellen Gehaltsanhebungen (ruhegehaltfähig)	0,375%	0,375%
Erhöhungen der gesetzlichen Rente	0,500%	0,500%
Erhöhungen der ÖLV-Rente	1,000%	1,000%
BVV	0,000%	0,000%

Für Mitarbeiter, mit denen die Bremer Landesbank nach dem 31.12.2008 ein Arbeitsverhältnis begründet hat, erfolgt eine Neuausrichtung der betrieblichen Altersversorgung.

Den Versorgungsberechtigten werden jährlich festgelegte Versorgungsbeiträge auf individuellen Versorgungskonten gutgeschrieben, die bis zum Eintritt des Versorgungsfalls mit einem garantierten Zinssatz in Höhe von 3,25% p.a. verzinst werden. Zur Rückdeckung der zugesagten Versorgungsleistungen erwirbt die Bremer Landesbank in Höhe des jeweils gutgeschriebenen Versorgungsbeitrags Wertpapiere. Die Bemessungsgrundlage für die späteren Versorgungsleistungen richtet sich nach dem höheren Wert aus Versorgungskonto (inklusive Garantieverzinsung) und dem Wert des Wertpapiervermögens bei Eintritt des Versorgungsfalls.

Darüber hinaus besteht für die Versorgungsberechtigten die Möglichkeit, der betrieblichen Altersversorgung durch Entgeltumwandlungen eigene Beiträge zuzuführen. Die Regelungen zur arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersversorgung sollen rückwirkend zum 1.1.2009 umgesetzt werden.

Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft bestanden per Jahresende in einer Höhe von 25 Mio. € nach 22 Mio. € zum Ende des Vorjahres.

Die Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten betragen Ende 2009 16 Mio. € nach 18 Mio. € 2008. Hier handelt es sich im Wesentlichen um Verpflichtungen aus dem Personalbereich wie z.B. Vorruhestandsrückstellungen (2009: 10 Mio. €, 2008: 12 Mio. €) oder Jubiläumsrückstellungen (2009: 3 Mio. € wie im Vorjahr).

Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen/Passive latente Steuern/Sonstige Passiva

Aus zeitlich begrenzten Unterschieden von handelsrechtlichen Werten in der IFRS-Konzernbilanz für Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten zu den steuerlichen Werten in den Konzerngesellschaften resultieren potenzielle Ertragsteuerbelastungen in der Zukunft, die als passive latente Steuern ausgewiesen werden und wie im Vorjahr 1 Mio. € betragen. Darüber hinaus bestehen bereits im HGB-Abschluss unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesene sog. laufende Ertragsteuerverpflichtungen in Höhe von unverändert 27 Mio. €. Es ergeben sich somit wie im Vorjahr Ertragsteuerverpflichtungen von insgesamt 28 Mio. €.

Die sonstigen Passiva betragen per 31.12.2009 24 Mio. € (Vorjahr: 41 Mio. €). Davon entfallen 2 Mio. € auf noch abzuführende Steuern und Sozialbeiträge. Darüber hinaus sind in diesem Posten wie im Vorjahr noch 8 Mio. € auf noch zu zahlende Arbeitnehmervergütungen und 5 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €) Verbindlichkeiten auf noch ausstehende Rechnungen enthalten.

Nachrangkapital

Das Nachrangkapital des Konzerns Bremer Landesbank beläuft sich zum Jahresende 2009 auf 1,2 Mrd. € nach 1,1 Mrd. € im Vorjahr und ist damit geringfügig um 1% gestiegen. In dieser Position werden auch die nach HGB dem Eigenkapital zugerechneten Einlagen stiller Gesellschafter ausgewiesen.

Eigenkapital

Das Eigenkapital des Konzerns Bremer Landesbank beträgt insgesamt zum Ende des Jahres 2009 960 Mio. €. Es hat damit um 24 Mio. € oder 3% zugenommen. Seit Beginn der Bilanzierung nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung zum Jahresanfang 2006 hat sich das Eigenkapital des Konzerns um 97 Mio. € oder 11% erhöht.

Da nach IFRS auch Sachverhalte, die die Vermögenslage des Konzerns betreffen, direkt im Eigenkapital erfasst werden – d.h. die Wertveränderung der in der Kategorie Available for Sale erfassten Vermögenswerte – und nicht durch die Gewinn- und Verlustrechnung laufen, kommt der Veränderung des Eigenkapitals eine höhere Bedeutung zu als nach den bis 2006 für die Konzernrechnungslegung anzuwendenden Vorschriften des HGB.

Das gezeichnete Kapital des Mutterunternehmens beträgt unverändert 140 Mio. €, die Kapitalrücklage beläuft sich ebenfalls unverändert auf 40 Mio. €.

Die Gewinnrücklagen im Konzern Bremer Landesbank sind von 722 Mio. € zum Ende des Jahres 2008 auf 739 Mio. € angestiegen. In die Gewinnrücklagen wird im laufenden Jahr der Jahresüberschuss des Vorjahres vermindert um Ausschüttungen an die Träger des Mutterunternehmens eingestellt.

Der Jahresüberschuss des Konzerns Bremer Landesbank beträgt im Jahr 2009 58 Mio. € nach 30 Mio. € im Vorjahr. Zur Ausschüttung an die Träger der Bremer Landesbank AöR sind wie im Vorjahr 28 Mio. € vorgesehen.

Die Rücklage aus Erstanwendung, in der die Unterschiede von Vermögenswerten und Verpflichtungen zwischen der nationalen Rechnungslegung und der erstmaligen Anwendung von IFRS als ein fixer Bestandteil dargestellt werden, beträgt 185 Mio. €.

Die versicherungsmathematischen Erfolge aus Pensionsrückstellungen betragen nunmehr 61 Mio. € nach 74 Mio. € zum Ende des Vorjahres.

Die Neubewertungsrücklage, in der die Wertänderungen der in der Kategorie Available for Sale geführten Vermögenswerte abgebildet werden, hat sich im Jahr 2009 um 7 Mio. € auf 41 Mio. € erhöht. Positiven Wertänderungen bei den Wertpapieren der Kategorie AfS standen negative Wertänderungen bei den in dieser Kategorie bilanzierten Anteilen an nicht konsolidierten Unternehmen gegenüber.

Die Kernkapitalquote belief sich zum Jahresende unter Berücksichtigung der Gewinnverwendung und der im Jahresabschluss gebildeten Wertberichtigungen auf 9,3% (Vorjahr: 10,4%).

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Das Volumen des als Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen dargestellten traditionellen außerbilanziellen Geschäftes der Bremer Landesbank bewegte sich per Jahresende auf einem reduzierten Niveau von 1,4 Mrd. € (Vorjahr: 1,8 Mrd. €).

Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 2,8 Mrd. € (Vorjahr: 3,7 Mrd. €).

Darüber hinaus bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen des Konzerns Bremer Landesbank aus den im Konzernanhang angegebenen Sachverhalten.

Finanzierungsmaßnahmen

Im 2009 waren die begebenen Inhaber- und Namensschuldverschreibungen erneut die wichtigste überjährige Refinanzierungsquelle der Bank.

Der Bruttoabsatz im Emissionsgeschäft der Bremer Landesbank einschließlich aufgenommener Schulscheindarlehen erhöhte sich auf 4,2 Mrd. € (ohne ECP-Programm und EIB-Darlehen) gegenüber 2,9 Mrd. € im Jahr 2008. Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise ist das stark angestiegene Absatzvolumen an eigenen Emissionen im Sinne der Platzierungsfähigkeit und Refinanzierungssicherheit besonders bemerkenswert. Gleichzeitig ist es der Bank gelungen, ihre Investorenbasis wesentlich zu verbreitern. Diese Diversifizierung hat die Refinanzierung der Bank nachhaltig stabilisiert.

Das Volumen der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen erhöhte sich auf 18,7 Mrd. € (Jahresultimo Vorjahr: 17,0 Mrd. €).

Das ausstehende Gesamtvolumen aufgenommenener Refinanzierungsdarlehen bei der Europäischen Investitionsbank (EIB) betrug zum Jahresende 1,0 Mrd. € (Jahresultimo Vorjahr: 1,1 Mrd. €). Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank insbesondere die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Das European-Commercial-Paper-Programm (ECP-Programm) wurde dagegen im Jahr 2009 nur punktuell genutzt. Per Jahresultimo besteht aus diesem Programm ein Umlauf von 45 Mio. € (Jahresultimo Vorjahr: kein Umlauf).

Für weitergehende Erläuterungen wird auf die Abschnitte Chancen- und Risikobericht und Geschäft und Rahmenbedingungen verwiesen.

Kennzahlen

Der Return on Equity (RoE) für das Berichtsjahr 2009 nach der oben definierten Bewertungsformel beträgt 9,5% nach 4,2% im Vorjahr.

Die Cost-Income-Ratio (CIR) beläuft sich auf 37,7% nach 63,2% im Jahr 2008.

Die Risikoquote per 31.12.2009 beträgt 0,57% nach einem Stand von 0,10% im Vorjahr.

Die Eigenmittelanforderungen nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) betragen insgesamt rd. 1,3 Mrd. € (Vorjahr: rd. 1,2 Mrd. €), was Risikoaktiva in Höhe von rd. 15,6 Mrd. € (Vorjahr: rd. 14,8 Mrd. €) entspricht. Die Gesamtkennziffer beläuft sich auf 11,9% nach 13,5% zum Ende des Vorjahres. Wesentliche Ursachen für den Anstieg der Risikoaktiva und das Absinken der Gesamtkennziffer sind Ratingmigrationen und damit ein höherer sog. Shortfall für IRBA-Positionen. Eine zusammengefasste Meldung nach § 10a KWG ist wegen der Befreiungsvorschrift des § 10a Abs. 10 KWG nicht erforderlich.

Investitionstätigkeit

Die Bremer Landesbank plant nach wie vor, erhebliche Investitionen in die Modernisierung und Umgestaltung ihrer Gebäude sowohl am Standort Bremen als auch am Standort Oldenburg zu tätigen. Am Standort Oldenburg werden die Baumaßnahmen im Jahr 2010 abgeschlossen. Für den Standort Bremen ist mit der Planung begonnen worden.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Nähe zu den Märkten und den Menschen, die in der Region arbeiten und leben, ist für die Bremer Landesbank Anspruch und Verpflichtung zugleich. Dies dokumentiert sich z.B. in ihrem sozialen und gesellschaftlichen Engagement, in der Auslobung des Förderpreises NordWest Award, aber auch darin, dass der Konzern Bremer Landesbank mit seinen durchschnittlich 1.006 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vorjahr: 981) zu den bedeutenden Wirtschaftsfaktoren des Landes Bremen und der Nordwest-Region zählt. Er bietet attraktive Arbeitsplätze, was sich für die Bremer Landesbank AöR auch in der im Branchenvergleich niedrigen Fluktuationsrate von 0,9% (Vorjahr: 2,0%) und einer vergleichsweise hohen durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 16,9 Jahren (Vorjahr: 17,4 Jahre) widerspiegelt.

Gesamtaussage

Das trotz schwieriger konjunktureller Lage – insbesondere bei den Schiffsfinanzierungen – sehr zufriedenstellende Ergebnis des Jahres 2009 bestätigt die Ausrichtung der Bremer Landesbank als Regionalbank mit Spezialitäten – im und für den Nordwesten. In enger Zusammenarbeit mit den Sparkassen und den Verbundpartnern hat sie sich nachhaltig als führende Bank in der Region positioniert und etabliert und ist nach wie vor mit Abstand größter Partner der mittelständischen Wirtschaft im Nordwesten. Mit der rechtzeitigen und konsequenten Ausrichtung auf ihr Geschäftsmodell hat die Bremer Landesbank sich gut positioniert, um auch in schwierigerem konjunkturellem Umfeld ihre geschäftliche Entwicklung in den Jahren 2010 und 2011 weiter zielgerichtet voranzutreiben.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Bank nach Abschluss des Geschäftsjahres 2009 sind bis zur Aufstellung des Konzernabschlusses nicht eingetreten.

Bestandsgefährdende Risiken liegen unverändert nicht vor.

5. Chancen- und Risikobericht

Der Risikobericht der Bremer Landesbank und des Teilkonzerns Bremer Landesbank zum 31.12.2009 wurde auf Basis des IFRS 7 erstellt; ferner wurden die nationalen Vorgaben des HGB sowie des näher konkretisierenden Deutschen Rechnungslegungsstandards DRS 5 bzw. DRS 5-10 berücksichtigt.

Anwendungsbereich

Die Berichterstattung umfasst dabei alle Unternehmen aus dem Konsolidierungskreis (IFRS).

Keine der für den Konzernrisikobericht relevanten Bremer-Landesbank-Töchter hat aus der Instituts-/Teilkonzernsicht Bremer Landesbank wesentliche Risiken. Dies ist für die BLB Leasing GmbH und BLB Immobilien GmbH halbjährlich dokumentiert. Im 1. Quartal 2009 wurde der letzte voll konsolidierte BLB-Spezialfonds verkauft.

Die Bremer Landesbank wird daher grundsätzlich mangels Wesentlichkeit auch keine qualitative Einwertung etwaiger Risiken aus Bremer-Landesbank-Töchtern in den IFRS-Notes vornehmen, bedeutende oder spezifische Risiken würden aber unabhängig von den Ergebnissen der Wesentlichkeitsprüfung insgesamt erläutert werden.

Gesamtbanksteuerung

Gesamtbanksteuerung – Risikostrategie

Das Berichtsjahr war trotz der sich abzeichnenden Stabilisierung der Märkte geprägt von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Hier hat sich für die Bremer Landesbank die Bedeutung des funktionierenden und ausgereiften Risikosteuerungssystems gezeigt.

Die Bremer Landesbank verfügt über angemessene Systeme und Prozesse der Risikosteuerung, die insbesondere auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllen. Das Instrumentarium zur Risikosteuerung wird sowohl durch betriebsorganisatorische Maßnahmen als auch durch die Anpassung von Risikomess- und Risikosteuerungsparametern laufend verfeinert. Die Prozesse werden im Rahmen des Internen Kontrollsystems kontinuierlich überwacht.

Die Verantwortung gegenüber ihren Gläubigern verpflichtet die Bank zudem zu einer konservativen Risikopolitik und einer konsequenten Risikosteuerung, deren Rahmenbedingungen vom Vorstand vorgegeben werden. Dieser trägt auch die Gesamtverantwortung für die Risikosteuerung.

Für die wirkungsvolle Risikosteuerung ist die risikobewusste Unternehmenskultur innerhalb der Bank von entscheidender Bedeutung. Sie stellt den notwendigen Rahmen für den kompetenten Umgang mit Risiken dar und fördert die aktive Bereitschaft aller Mitarbeiter, Risiken zu erkennen, zu kommunizieren und risikobewusst zu handeln.

Diese Risikokultur äußert sich in den risikobewussten Einstellungen, den Fähigkeiten und der fachlichen Kompetenz der Mitarbeiter, die durch die Unternehmensphilosophie und den Führungsstil bewusst zusätzlich gefördert werden. Dabei spielt die klare Verteilung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten innerhalb der Bremer Landesbank eine große Rolle. Durch die Sicherstellung einer funktionierenden horizontalen und vertikalen Kommunikation wird die Sensibilisierung aller Mitarbeiter für Risiken in der Bremer Landesbank und ihren Geschäftsabläufen zusätzlich unterstützt.

Basierend auf der Gruppenrisikostategie des NORD/LB-Konzerns, der Geschäftsstrategie und einem integrierten Strategie- und Planungsprozess wird vom Vorstand eine gesamtbankweite Risikostrategie festgelegt. Sie orientiert sich an den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Die Risikostrategie wird mindestens im jährlichen Turnus überprüft, gegebenenfalls adjustiert sowie dem Aufsichtsrat (Allgemeiner Arbeits- und Kreditausschuss) zur Kenntnis gegeben und mit ihm erörtert. Die Risikostrategie dient als Leitlinie für den gesamten Bremer Landesbank-Konzern. Sie enthält Aussagen zu den risikopolitischen Grundsätzen und der Organisation des Risikosteuerungsprozesses sowie Risikoteilstrategien zu den wesentlichen bankspezifischen Risikoarten. Basierend auf der Ist-Situation und unter Berücksichtigung der geplanten Geschäftstätigkeit legt die Risikostrategie ihren Fokus auf die zukunftsgerichtete Sicherstellung der Risikotragfähigkeit der Bank.

Der Rahmen für die Ausgestaltung des Risikomanagements wird auf der Grundlage des § 25a KWG von den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vorgegeben.

Gesamtbanksteuerung – Risikotragfähigkeit

Das Risikotragfähigkeitsmodell (RTF-Modell) bildet die methodische Basis für das Monitoring der Risikostrategie. Es stellt in aggregierter Form die Risiken („Risikopotenzial“) dem Risikokapital der Bremer Landesbank gegenüber.

Das Modell beinhaltet vier Stufen. Die ersten drei Stufen (A-/B-/C-Case) sind intern definiert und dienen als Frühwarnindikatoren. Mit der vierten Stufe werden die aufsichtsrechtlichen Anforderungen gemäß Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) umgesetzt. Im ICAAP wird auf das aufsichtsrechtliche Kapital und in den internen RTF-Stufen auf freie Kapitalteile, d.h. auf die über die aufsichtlichen Mindestanforderungen hinausgehenden Eigenmittel referenziert. Um die Angemessenheit der Kapitalausstattung zu sichern, legt die Bremer Landesbank fest, dass der Risikodeckungsgrad auf jeder Stufe des Modells nicht unter 125% sinken soll.

Die strategische Allokation des Risikokapitals auf die einzelnen Risikoarten stellt die folgende Tabelle dar. In Kombination mit dem Primärkriterium der Risikostrategie, dass die mittels des Risikotragfähigkeitskonzeptes ermittelten Risikodeckungsgrade auf jeder Stufe das Niveau von 125% nicht unterschreiten sollen, bildet dieses Sekundärkriterium der Risikostrategie das Kernelement des Abgleichs der konkreten Geschäftsaktivitäten mit den Vorgaben der Risikostrategie.

Risikokapitalallokation

Risikoart	Allokation auf Risikokapital
Kreditrisiken	max. 70%
Beteiligungsrisiken	max. 2%
Marktpreisrisiken	max. 16%
Liquiditätsrisiken	max. 5%
Operationelle Risiken	max. 7%

Im Berichtsjahr hat die NORD/LB in Zusammenarbeit mit der Bremer Landesbank eine grundlegende Analyse ihres RTF-Modells vorgenommen. Im Mittelpunkt der sich daran anschließenden, noch laufenden Überarbeitung steht neben einer weiteren Verbesserung der Gesamtbanksteuerung insbesondere die Umsetzung der Anforderungen der MaRisk-Novelle hinsichtlich einer erweiterten Darstellung von risikoartenübergreifenden Stresstests sowie einer detaillierteren gruppenweiten Risikosteuerung.

Das zukünftige Modell der NORD/LB Gruppe wird weiterhin mehrere Szenarien umfassen und zum Nachweis der Kapitaladäquanz sowie der Konsistenz der Geschäftsaktivitäten mit der Risikostrategie dienen. Zusätzlich wird jedoch die Einhaltung der aufsichtlich vorgegebenen Eigenmittelquote als strenge Nebenbedingung für die Gesamtbanksteuerung in das RTF-Modell integriert sowie eine ausführlichere Beurteilung der Risikosituation unter Berücksichtigung von risikoartenübergreifenden Stress-Szenarien vorgenommen.

Die Einführung des weiterentwickelten RTF-Modells ist im Jahr 2010 sowohl auf Gruppenebene als auch auf Ebene der Einzelinstitute vorgesehen.

Die Risikotragfähigkeit der Bank war im Jahr 2009 trotz der sich im Portfolio auswirkenden Folgen der Wirtschaftskrise durchgehend gewährleistet. Die negativen Auswirkungen der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, insbesondere auf das Schiffsfinanzierungsportfolio, spiegeln sich im erhöhten Kreditrisikopotenzial wider. Aus diesem resultiert insbesondere der im Vergleich zum Vorjahr gesunkene Deckungsgrad.

Risikopotenzialauslastung des vorhandenen Risikokapitals im ICAAP

in Mio. €	Risikotragfähigkeit			
	31.12.2009		31.12.2008	
Risikokapital	1.853,1	100,0%	1.998,6	100,0%
Kreditrisiken	894,7	48,3%	579,9	29,0%
Beteiligungsrisiken	19,7	1,1%	22,8	1,1%
Marktpreisrisiken	27,8	1,5%	76,4	3,8%
Liquiditätsrisiken	0,1	0,0%	20,0	1,0%
Operationelle Risiken	55,1	3,0%	52,4	2,6%
Risikopotenzial gesamt	997,4	53,8%	751,4	37,6%
Überdeckung	855,7	46,2%	1.247,2	62,4%
Risikodeckungsgrad		185,8%		266,0%

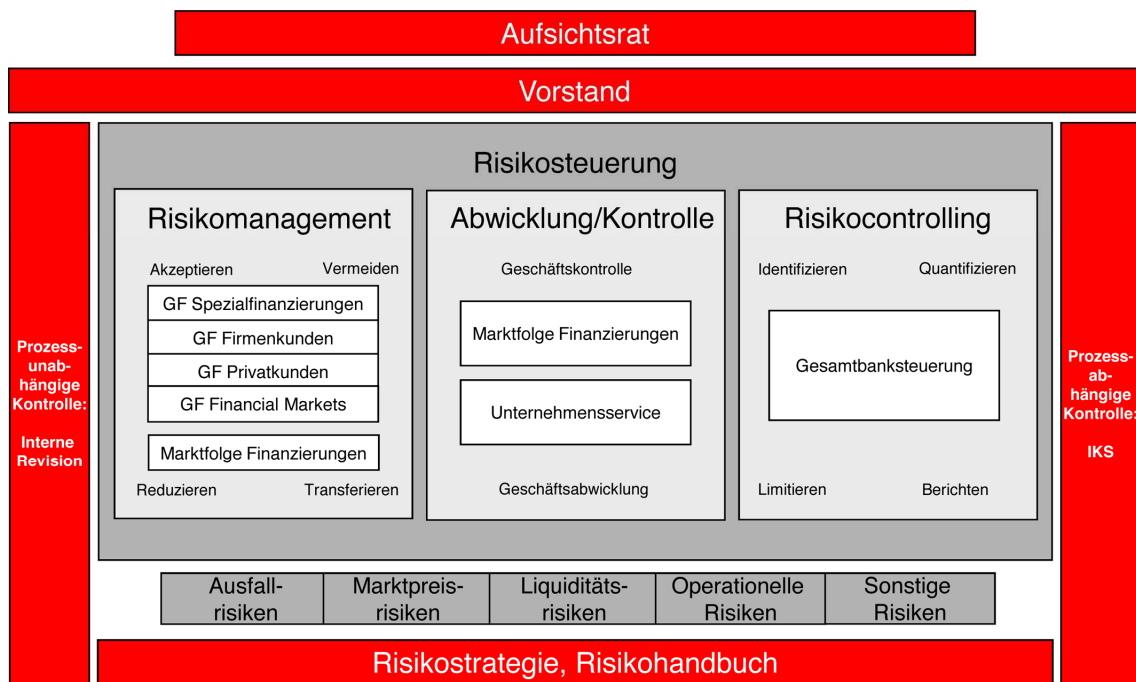
(Anpassung der Werte per 31. Dezember 2008 aufgrund methodischer Änderungen.)

Ausgehend von der Risikotragfähigkeit und unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Ergebnisplanungen erfolgt neben der Risikokapitalallokation für die Risikoarten auch die strategische Kapitalallokation auf die Geschäftsfelder in Form von Obergrenzen für die risikogewichteten Aktiva (RWA). Dies wird monatlich im Risikobericht überwacht. So können frühzeitig Risikoaktiva für die betroffenen Geschäftsfelder reallokiert und die Marktaktivitäten unterjährig im Kontext der Gesamtrisikosituation gesteuert werden.

Gesamtbanksteuerung – Aufbauorganisation

Die Bremer Landesbank hat eine Risikoorganisation implementiert, die den risikopolitischen Grundsätzen der Risikostrategie entspricht. Ihr Aufbau gewährleistet dauerhaft ein geregeltes Zusammenspiel aller am Risikosteuerungsprozess beteiligten Bereiche. Des Weiteren sorgen effiziente Risikomanagement- und -controllingprozesse mit klar definierten Aufgaben und Kompetenzen für einen reibungslosen Ablauf – unterstützt durch eine adäquate IT-Infrastruktur und qualifizierte Mitarbeiter.

Risikosteuerungssystem in der Bremer Landesbank



Das Risikocontrolling ist auf Gesamtbankebene dafür verantwortlich, die verschiedenen Risiken zu identifizieren, messbar zu machen, zu bewerten und darüber zu informieren. Dafür entwickelt es die Methoden, implementiert die notwendigen Systeme, überwacht den gesamten Risikosteuerungsprozess und berichtet über die Risiken. Die Zeitintervalle der Berichterstattung orientieren sich an der Dynamik der jeweiligen Risikoarten. Dem Vorstand werden monatlich im Rahmen der Risikoberichterstattung ein Risikobericht und ein Bericht über die Intensivbetreuungs- und Problemengagements sowie die Entwicklung der Risikovorsorge (IPE-Bericht) vorgelegt. Der Risikobericht umfasst die Risikotragfähigkeit sowie Risikopotenziale und eine Risikostrukturanalyse über alle Risikoarten. Im Rahmen des vom Bereich Marktfolge Finanzierungen

auf Einzelkreditnehmerbasis erstellten Berichts über Intensiv- und Problemengagements erfolgt eine enge Überwachung der Entwicklung potenziell problematischer und ausgefallener Kreditnehmer. Unter anderem können dadurch kurzfristige oder auch sich über einen längeren Zeitraum erstreckende strukturelle Veränderungen in diesem Portfolio bzw. hieraus abgeleiteten Teilportfolien erkannt und Aktionsfelder für risikobegrenzende bzw. risikoreduzierende Maßnahmen identifiziert werden. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss wird fünfmal pro Jahr über die Risikosituation informiert, darüber hinaus wird auch der Aufsichtsrat in seinen halbjährlich stattfindenden Sitzungen über die Risikolage informiert.

Das aktive Risikomanagement wird von den vier Geschäftsfeldern und dem Bereich Marktfolge Finanzierungen innerhalb vorgegebener Rahmenbedingungen umgesetzt.

Die Organisationseinheit (OE) Marktfolge Finanzierungen ist eine von den Marktbereichen unabhängige Instanz, die die Risiken auf Einzelkreditnehmerebene bzw. der Teilportfolioebene überwacht. Die mit den Einzelkrediten in Zusammenhang stehenden administrativen Tätigkeiten werden ebenfalls von dem Bereich Marktfolge Finanzierungen durchgeführt. Ferner obliegen dem Bereich die Optimierung und Qualitätssicherung des gesamten Kreditprozesses (Markt, Marktfolge) sowie die zentrale Zuständigkeit für die Regularien und die Meldungen gemäß § 13 und § 14 KWG.

Der Bereich Unternehmensservice ist für die Abwicklung und Kontrolle der im Marktbereich abgeschlossenen Handelsgeschäfte verantwortlich. Die Aufgaben beinhalten unter anderem die Kontrolle der vollständigen und korrekten Erfassung der Geschäfte sowie die Prüfung auf Abweichungen von vorgegebenen Standards. Die Prüfung der Marktgerechtigkeit der Geschäfte erfolgt durch das Risikocontrolling.

Die risikoorientierte und prozessunabhängige Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit der gesamten Risikosteuerung erfolgt durch die Interne Revision. Als ein Instrument des Vorstands ist sie Bestandteil des Internen Überwachungssystems. Zu den Zielen der internen Revision zählt auch, einen Beitrag zur Sicherung der Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftstätigkeit zu leisten. Weiterhin fördert sie die Optimierung der Geschäftsprozesse sowie der Steuerungs- und Überwachungsverfahren. Im Rahmen der Weiterentwicklung der gruppenweiten Überwachungsinstrumente arbeitet die Interne Revision der Bremer Landesbank auf Basis einer einheitlichen Revisionspolicy und einer Bewertungsmatrix für Prüfungsfeststellungen eng mit der Konzernrevision der NORD/LB und den Internen Revisionen der NORD/LB Luxembourg und der Deutschen Hypo zusammen.

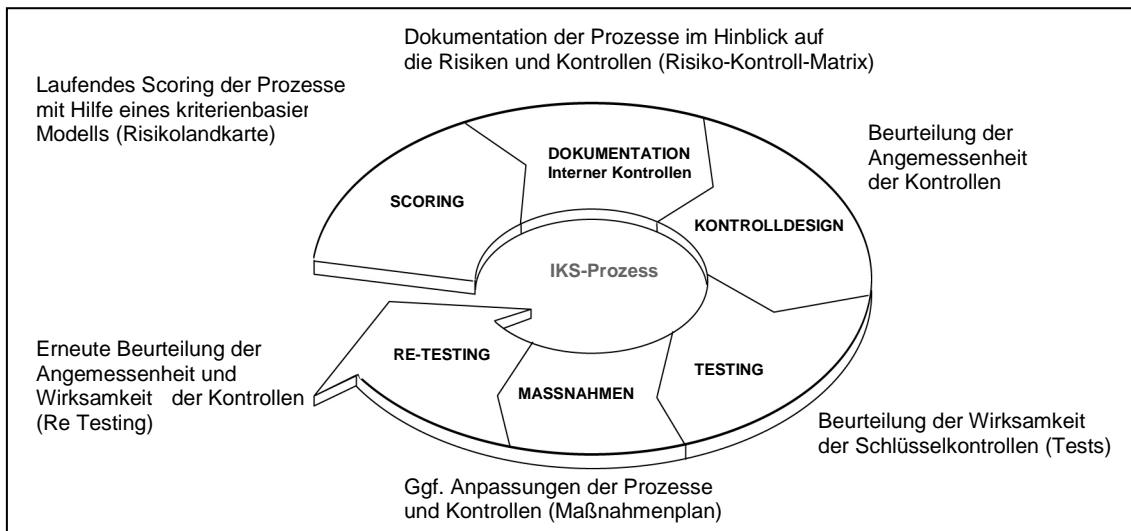
Gesamtbanksteuerung – Internes Kontrollsystem

Im Hinblick auf die kontinuierliche Optimierung der Risikoorganisation erfolgte u.a. eine Weiterentwicklung des Internen Kontrollsystems mit dem Ziel, eine einheitliche prozess- und risikoorientierte Aufbau- und Ablauforganisation zu schaffen. Dem Internen Kontrollsystem (IKS) werden hierzu sämtliche organisatorischen Sicherungs- und Kontrollmaßnahmen zugeordnet. Sie ermöglichen eine umfassende Kontrolle aller relevanten Geschäftsabläufe innerhalb der Bremer Landesbank. Diese Weiterentwicklung ist Teil des gruppenweiten IKS-Projekts.

In der Aufbauorganisation sind Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten klar verteilt. Die Fachbereiche führen die Kontrollen im Rahmen des Tagesgeschäftes durch. Die IKS-Evidenz liegt in der Organisation/Informatik. Sie entwickelt die Methoden und Instrumente wei-

ter, beurteilt die Angemessenheit und Wirksamkeit der Kontrollen in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen und leitet gegebenenfalls Maßnahmen ab.

Die sechs Phasen im IKS-Prozess (IKS-Regelkreis)



Um die Funktionstüchtigkeit des IKS sicherzustellen, werden regelmäßig die sechs Phasen des IKS-Regelkreises durchlaufen:

- Laufendes Scoring der Prozesse
- Dokumentation der Prozesse im Hinblick auf Risiken und Kontrollen
- Beurteilung der Angemessenheit der Kontrollen
- Beurteilung der Wirksamkeit der Kontrollen
- Gegebenenfalls Anpassungen der Prozesse und Kontrollen
- Erneute Beurteilung der Angemessenheit und Wirksamkeit der Kontrollen

Ein funktionierendes Internes Kontrollsystem (IKS) sorgt für Prozesssicherheit, stellt die Verlässlichkeit der Finanzdaten sicher und minimiert wirtschaftskriminelles Handeln. Neben der Erfüllung gesetzlicher Anforderungen werden Prozesswissen gesichert, Geschäftsabläufe optimiert und das Risikobewusstsein im Unternehmen erhöht. Damit trägt ein IKS zur Überlebensfähigkeit des Unternehmens bei.

Da das Mutterunternehmen Bremer Landesbank AöR eine kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft im Sinne des § 264d HGB ist, sind gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB die wesentlichen Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess, der auch die Rechnungslegungsprozesse bei den in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften einbezieht, zu beschreiben.

Das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess ist gesetzlich nicht definiert. Die Bank versteht das Interne Kontroll- und Risiko-

managementsystem als umfassendes System und lehnt sich dabei an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf, zum rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340, Tz. 4) an. Unter einem Internen Kontrollsystem werden danach die von dem Management im Unternehmen eingeführten Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen verstanden, die gerichtet sind auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Das Risikomanagementsystem beinhaltet die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikoerkennung und zum Umgang mit den Risiken unternehmerischer Betätigung.

Im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess sind bei der Bremer Landesbank folgende Strukturen und Prozesse implementiert.

Der Konzernvorstand trägt die Gesamtverantwortung für das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem – auch im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess in der Bremer Landesbank. Über eine fest definierte Führungs- und Berichtsorganisation sind alle in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften und strategischen Geschäftsfelder eingebunden.

Die Grundsätze, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems (inklusive des konzernrechnungslegungsbezogenen) sind in einer Arbeitsanweisung niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst wird.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess erachtet die Bremer Landesbank solche Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems als wesentlich, die die Konzernbilanzierung und die Gesamtaussage des Konzernabschlusses einschließlich Konzernlagebericht maßgeblich beeinflussen können. Dies sind insbesondere die folgenden Elemente:

- Identifikation der wesentlichen Risikofelder und Kontrollbereiche mit Relevanz für den Konzernrechnungslegungsprozess
- Bereichsübergreifende Kontrollen zur Überwachung des Konzernrechnungslegungsprozesses
- Präventive Kontrollmaßnahmen im Finanz- und Rechnungswesen des Konzerns, der in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften und den strategischen Geschäftsfeldern sowie in operativen, leistungswirtschaftlichen Unternehmensprozessen, die wesentliche Informationen für die Aufstellung des Jahresabschlusses einschließlich Lagebericht generieren, inklusive einer Funktionstrennung und vordefinierte Genehmigungsprozesse in relevanten Bereichen

- Maßnahmen, die die ordnungsmäßige EDV-gestützte Verarbeitung von konzernrechnungslegungsbezogenen Sachverhalten und Daten sicherstellen
- Maßnahmen zur Überwachung des konzernrechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Gesamtbanksteuerung – Steuerung

Die Bank hat risikoartenspezifische Frühwarnsysteme eingerichtet. Diese versetzen die Bank in die Lage, latente Risiken im zeitlichen Vorlauf frühzeitig zu identifizieren und zu analysieren. So wird sichergestellt, dass die für die kritischen Erfolgsfaktoren der Bank relevanten risikobezogenen Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden. Es besteht aus den Reportings (Marktpreis- und Liquiditätsrisiken und monatlichem Risikobericht) und den risikoartenspezifischen Methoden der Früherkennung.

Das Risikoberichtssystem gewährleistet die frühzeitige Risikoerkennung und stellt dem Vorstand die für die Risikosteuerung nötigen Informationen, auf Anforderung auch weitere Analysen und Zwischenberichte zur Verfügung und unterstützt das dezentrale Risikomanagement in den Geschäftsfeldern.

Der Risikosteuerungsprozess ist aufgrund der bereichsübergreifenden Aufgaben und der sich in verschiedenen Bereichen ständig ändernden Parameter einer stetigen Überprüfung und Weiterentwicklung unterworfen. Die gegebenenfalls erforderlichen Anpassungen umfassen organisatorische Maßnahmen, die Änderung von Verfahren der Risikoquantifizierung sowie die laufende Aktualisierung relevanter Parameter.

Die Verfahren zur Risikoquantifizierung innerhalb des NORD/LB-Konzerns werden mit dem Risikocontrolling der NORD/LB abgestimmt. Ziel ist die Anwendung grundsätzlich einheitlicher Methoden und Verfahren im NORD/LB-Konzern.

Neu entwickelte Produkte und Geschäftsideen werden über einen strukturierten Prozess eingeführt und ihre Auswirkungen auf die Risikosteuerung von Beginn an berücksichtigt.

Das Risikohandbuch trägt zu einem einheitlichen Risikoverständnis innerhalb der Bank bei. Es bietet einen Überblick über das gesamte Risikosteuerungssystem und ist die Basis, um die für die Weiterentwicklung des Risikobewusstseins notwendige Transparenz zu schaffen. Konkretisierungen und Details werden in Arbeitsanweisungen, Organisationsrichtlinien bzw. Vorstandsbeschlüssen geregelt. Im Rahmen der ständigen Qualitätskontrolle werden die Regularien regelmäßig aktualisiert. Etwaige Änderungen im Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem werden in den jeweiligen Arbeitsanweisungen bzw. Handbüchern dargestellt.

Kreditrisiko

Kreditrisiko – Definition

Das Kreditrisiko ist Bestandteil des Adressausfallrisikos und bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners ein Verlust eintritt.

Neben das adressenbezogene Kreditrisiko tritt bei grenzüberschreitenden Kapitaldienstleistungen das Länderrisiko, das die Gefahr beinhaltet, dass trotz Rückzahlungsfähigkeit und Rückzahlungswilligkeit des individuellen Kreditnehmers ein Verlust aufgrund übergeordneter staatlicher Hemmnisse entsteht (Transferrisiko).

Das Kontrahentenrisiko wird unter dem Oberbegriff der Kreditrisiken subsumiert und bezeichnet die Gefahr, dass durch den Ausfall eines Vertragspartners ein unrealisierter Gewinn aus schwebenden Handelsgeschäften nicht mehr vereinnahmt werden kann (Wiedereindeckungsrisiko) oder dass im Rahmen eines Zug-um-Zug-Geschäftes bei einer bereits erbrachten Vorleistung durch den Ausfall des Kontrahenten die Gegenleistung nicht mehr erbracht wird (Erfüllungsrisiko).

Kreditrisiko – Strategie und Management

Für die Bank stellt das Kreditgeschäft und somit das Management von Kreditrisiken eine Kernkompetenz dar, die es gilt, permanent weiterzuentwickeln und auszubauen. Das Selbstverständnis der Bank ist auch künftig, sich gegenüber den Kunden als zuverlässige Regionalbank mit überregionalem Spezialgeschäft zu positionieren.

Um den besonderen Erfordernissen jedes Geschäftsfeldes gerecht zu werden, hat die Bank für jedes Marktsegment Finanzierungsgrundsätze festgelegt, die für den zuständigen Marktbereich verbindliche Leitplanken für das Kreditneugeschäft darstellen. Der Fokus im Kreditneugeschäft liegt eindeutig auf Abschlüssen mit Kunden von guter Bonität.

Kreditrisiko – Aufbauorganisation

Die Aufbauorganisation der Bremer Landesbank gewährleistet für das Kreditgeschäft eine funktionale Trennung der Marktbereiche von der Marktfolge bzw. dem Risikocontrolling bis auf Vorstandsebene. Die Aufgaben der unabhängigen Marktfolge werden vom Bereich Marktfolge Finanzierungen, die Aufgaben der unabhängigen Überwachung der Risiken auf Portfolioebene und das unabhängige Berichtswesen vom Risikocontrolling im Bereich Gesamtbanksteuerung wahrgenommen.

Das von der Bank gewählte Modell zur Funktionstrennung im Kreditentscheidungsprozess trägt ihrer strategischen Ausrichtung als Regionalbank mit überregionalem Spezialfinanzierungsgeschäft Rechnung, indem die Kreditentscheidung sowohl eine qualitativ hochwertige Risikoanalyse im Rahmen des Marktvotums als auch ein Zweitvotum der Marktfolge voraussetzt, welche damit die unabhängige und einheitliche Qualitätssicherungsfunktion für die Risikobeurteilung im Kreditgeschäft übernimmt. Die Marktfolge ist neben der Erstellung des Zweitvotums für die Überprüfung und Festsetzung des Ratings, die Überprüfung von Sicherheitenwerten, die Bearbeitung und Betreuung der Sanierungs-/Abwicklungsfälle und der Risikovorsorge sowie die Gestaltung der Prozesse und Regelwerke des Kreditgeschäfts der Bank zuständig.

Ab bestimmten Größenordnungen werden Entscheidungen durch den Vorstand, den Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss (AAKA) bzw. dessen Vorsitzenden getroffen. Der AAKA als Ausschuss des Aufsichtsrats hat die Aufgabe, in regelmäßig stattfindenden Sitzungen Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats bei der Beratung und Überwachung der Geschäftsführung wahrzunehmen.

Engagements außerhalb der Ratingklassen 1 bis 8 werden in der Regel intensiver betreut bzw. ab der Ratingklasse 12 zur Sanierung in eine gleichnamige Gruppe abgegeben. Dieser Gruppe obliegt grundsätzlich die Entscheidung über die weitere Begleitung des Engagements bzw. die Kündigung und die Durchführung von Zwangsmaßnahmen.

Kreditrisiko – Analyse

Basis der operativen Tätigkeiten im Kreditgeschäft sind die in den Organisationsrichtlinien der Bank enthaltenen Arbeitsanweisungen und internen Richtlinien, insbesondere die Kredit-, Zuständigkeits-, Votierungs-, Sicherheiten- und Ratingrichtlinien, welche die wesentlichen Grundsätze der Kreditvergabe enthalten.

Grundlage zur individuellen Beurteilung des Adressausfallrisikos auf Kundenebene sind die in der Sparkassenfinanzgruppe entwickelten Ratingverfahren, die auf die jeweiligen Kundensegmente individuell zugeschnitten und bankaufsichtlich zugelassen sind. Neben den wirtschaftlichen Verhältnissen werden in Abhängigkeit von der Kundengruppe auch die Marktverhältnisse, die Produktqualität, die Wettbewerbssituation, das Management sowie Cashflow- und zukunftsbezogene Daten analysiert und beurteilt.

Mit Hilfe dieser Ratingverfahren wird die Ausfallwahrscheinlichkeit von Kreditnehmern und Kontorahenten ermittelt und einer entsprechenden Ratingklasse zugeordnet.

Masterskala der Bremer Landesbank

IFD	Ratingklasse	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit	Kundenklasse	
Sehr gut bis gut	1 (AAAA)	0,00%	Normalbetreuung	
	1 (AAA)	0,01%		
	1 (AA+)	0,02%		
	1 (AA)	0,03%		
	1 (AA-)	0,04%		
	1 (A+)	0,05%		
	1 (A)	0,07%		
	1 (A-)	0,09%		
Gut/zufriedenstellend	2	0,12%		
	3	0,17%		
Noch gut/befriedigend	4	0,26%		
	5	0,39%		
Erhöhtes Risiko	6	0,59%		
	7	0,88%		
Hohes Risiko	8	1,32%		Intensivbetreuung
	9	1,98%		
Sehr hohes Risiko	10	2,96%		
	11	4,44%		
	12	6,67%		
	13	10,00%		
Default (=Non-Performing-Loans)	14	15,00%	Sanierung	
	15	20,00%		
	16	100,00%		
	17	100,00%	Abwicklung	
	18	100,00%		

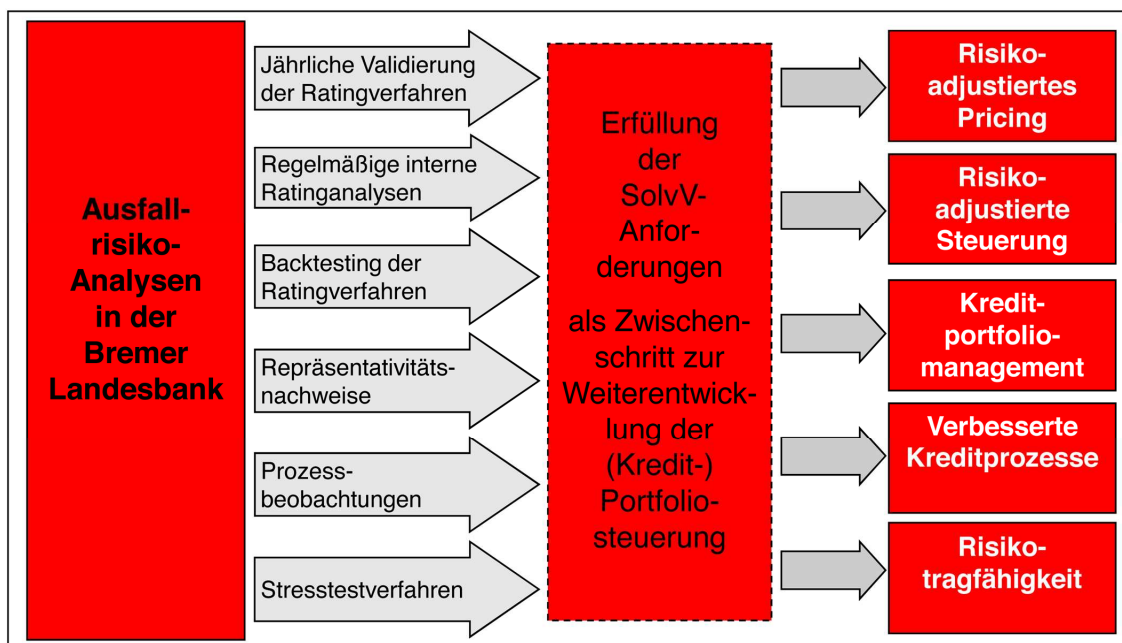
Die Ratingverfahren stellen ein Instrument des aktiven Risikomanagements dar. Die Trennschärfe (Prognosequalität) der Ratingverfahren, jeder einzelnen Ratingkomponente und deren Zusammenwirken wird regelmäßig von den Ratingdienstleistern durch Backtesting und Validierung auf Basis der Datenpools geprüft. Diese unter anderem über beobachtete Ausfallraten durchgeführten Qualitätskontrollen bestätigen nicht nur die Einhaltung von Mindeststandards, sondern geben auch Impulse für Weiterentwicklungen.

Die Validierung der Ratingverfahren erfolgt über die beiden zentralen Ratingdienstleister der Sparkassenfinanzgruppe, die „Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH“ (S Rating), eine Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), und die „Rating Service Unit GmbH & Co. KG“ (RSU), eine Beteiligung zusammen mit anderen Landesbanken. Beide Ratingdienstleister gewährleisten ein internes Rating im Sinne der Solvabilitätsverordnung (Basel-II-Vorgaben).

Die Daten der Bremer Landesbank werden bei den beiden Ratingdienstleistern gepoolt. Aufgabe der Bremer Landesbank ist es jeweils, die Angemessenheit der auf Poolebene validierten Ratingmodule für das bankinterne Portfolio nachzuweisen (Repräsentativitätsnachweis).

Die Bank hat die Anforderungen der Solvabilitätsverordnung umgesetzt und unterlegt seit 2008 ihre Ausfallrisiken auf Basis des auf internen Ratings basierenden Ansatzes (Basis-IRBA) mit Eigenkapital.

Ratingverfahren als Instrument des aktiven Risikomanagements



Bei den Ratingsystemen der RSU engagiert sich die Bank bei der Weiterentwicklung der Methodik. Die Schwerpunkte liegen hier bei den Schiffs-, Projekt- und Leasingfinanzierungen, bei denen die Bank über eine besondere Expertise verfügt. Bei den Ratingsystemen der S Rating engagiert sich die Bank in der Qualitätssicherung der Kommunikation der erarbeiteten Ergebnisse innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe.

Zur Ermittlung der Länder- und Transferrisiken nutzt die Bremer Landesbank das volkswirtschaftliche Know-how der NORD/LB.

Die Module Banken, Corporates, Länder- und Transferrisiko, Leasing sowie das DSGVO-StandardRating und das DSGVO-KundenkompaktRating basieren auf Scorecard-Verfahren. Im Rahmen von Scorecard-Ansätzen werden Merkmale und Faktoren identifiziert, die die Fähigkeit aufweisen, zwischen guten und schlechten Kreditnehmern zu differenzieren. Voraussetzung für die Anwendung eines Scorecard-Ansatzes ist eine ausreichende Anzahl an relativ homogenen Kreditnehmern.

Da diese Voraussetzung bei Spezialfinanzierungen häufig nicht gegeben ist, kommt hier vorwiegend die Simulationstechnik zum Einsatz. So wird die Bewertung der Finanzierungen von Projekten, Schiffen und nationalen Immobilien mit Hilfe von Cashflow-Simulationsmodellen durchgeführt. Primäre Quelle für die Rückführung der Verbindlichkeit sind die Einkünfte aus dem finanzierten Objekt. Das Kreditrisiko wird insofern durch die Schwankung der Einkünfte und Ausgaben des Objekts bestimmt. Im Simulationsverfahren wird der Cashflow des Objekts in verschiedenen Szenarien nachgebildet, die hinsichtlich der makroökonomischen und industriespezifischen Gegebenheiten variieren und die zukünftige Entwicklung von Faktoren wie z.B. Beispiel Mieten und Charrerraten simulieren. Unter der Vielzahl der Szenarien lassen sich im Anschluss diejenigen identifizieren, in denen der Kreditnehmer als ausgefallen gelten muss.

Im Rahmen der Ratingmodule werden sowohl bei den Scorecard- als auch bei den Simulationsverfahren neben den quantitativen auch qualitative Faktoren berücksichtigt. Im Anschluss sind noch Überschreibungsmöglichkeiten vorgesehen, die jedoch in Richtung einer Ratingverbesserung streng begrenzt sind. Zudem werden Warnsignale und der Konzernhintergrund einbezogen. Erst die Berücksichtigung dieser Aspekte führt dann zum endgültigen Ratingergebnis.

Im Jahr 2010 wird sich die Zusammenarbeit mit der NORD/LB, den in der RSU zusammengeschlossenen Landesbanken und dem DSGVO bei der Weiterentwicklung der Ratingverfahren fortsetzen. Einen Schwerpunkt wird die Zusammenarbeit in der Schätzung von ausfallgefährdetem Volumen und Verlustquoten bilden.

Die vollständige Bewertung des Kreditnehmers bzw. der Transaktion bildet die Grundlage für die Kreditgewährung, die Kreditrisikosteuerung und die risikoadjustierte Kreditbepreisung des erwarteten Verlustes. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei die sich in den Ratingergebnissen widerspiegelnde Ausfallwahrscheinlichkeit der Kreditnehmer bzw. der Transaktionen. Über die Ausfallwahrscheinlichkeit hinaus sind jedoch auch die Verlustquote, die Laufzeit, der ausfallgefährdete Betrag sowie weitere transaktionsspezifische Risiken (unter anderem Währung, Produkt) von zentraler Bedeutung.

Kreditrisiko – Steuerung

Zur Steuerung der Risiken auf Einzelgeschäftsebene wird für jeden Kreditnehmer ein spezifisches Limit festgelegt. Die wesentlichen Parameter zur Ableitung dieses Limits sind die Bonität des Schuldners, ausgedrückt durch eine Ratingnote, sowie die ihm zur Verfügung stehenden freien Mittel zur Bedienung des Kapitaldienstes.

Die Risikobewertung der Engagements erfolgt mittels Ratingverfahren und im Rahmen definierter Kreditprozesse. Im Bestandsgeschäft wird – ausgehend von den Ergebnissen bzw. Warnhinwei-

sen turnusmäßig oder aufgrund von Negativinformationen anlassbezogen eingesetzter Ratingverfahren – ein Handlungsbedarf in den operativen Bereichen identifiziert. Wesentliche Rating- bzw. Bonitätsverschlechterungen lösen je nach Rating-/ Bonitätsstufe und Engagementhöhe die Erstellung eines Sachstandsberichtes oder einer Kreditüberwachungsvorlage aus.

Die Bank stellt weiterhin sicher, dass Engagements mit höherer Ausfallwahrscheinlichkeit in gesonderten Organisationseinheiten von besonders qualifizierten Mitarbeitern betreut werden. Höhere Engagementrisiken führen gemäß Kreditregularien zu Zwangsläufigkeiten in der Bearbeitung und Steuerung. Diese Engagements sind in wesentlich kürzeren Zeitintervallen (halbjährlich oder anlassbezogen bei Negativinformationen) vorzutragen. In Abhängigkeit von Ratingklasse und Engagementhöhe reicht der Genehmigungsprozess bis in den Gesamtvorstand. Grundsätzlich gilt folgende Zuordnung:

1. Engagements ab Ratingklasse 9 sind „intensiv“ zu betreuen. Zu analysieren sind die Ursachen für die Situationsverschlechterung und die Engagementstrategie unter Kosten-Nutzen-Aspekten. Gegebenenfalls werden die Sicherheiten verstärkt, die Konditionen angepasst, die Berichterstattungspflichten des Kunden intensiviert sowie Sanierungsbetreuer oder externe Berater hinzugezogen.
2. Ab der Ratingklasse 12 erfolgt eine Übertragung in die der „Marktfolge“ zugeordnete OE Sanierung. Dort erfolgt eine Überprüfung auf Sanierungsfähigkeit und -würdigkeit. Eine Neufestsetzung der Engagementstrategie ist unter Kosten-Nutzen-Aspekten vorgeschrieben. Gegebenenfalls erfolgt eine Absicherung des Sanierungskredits durch weitere adäquate Sicherheiten, eine Anpassung der Konditionen sowie eine Entscheidung über die Kündigung der Geschäftsverbindung.
3. Werden akute Ausfallrisiken erkannt, wird ein Prozess initiiert, der die zeitnahe Bildung, DV-Erfassung und Kommunikation einer Einzelwertberichtigung einheitlich in der Bank sicherstellt. Diese Engagements sind grundsätzlich neu zu bewerten, wobei der Ausfallgrund „EWB-Bildung“ zu erfassen ist. Aus der Einstufung ergeben sich die bereits aufgeführten Zwangsläufigkeiten. Bei erheblichem Risikovorsorgeneu-/mehrerbedarf (ab 1 Mio. € im laufenden Jahr) wird über den Dezernenten Marktfolge der Gesamtvorstand unverzüglich informiert.
4. Gekündigte Engagements werden durch die OE Abwicklung bearbeitet; bei Kündigung des Engagements, Insolvenz o.Ä. ist ein neues Rating zu erstellen, wobei der jeweilige Ausfallgrund zu erfassen ist.

Zur Identifizierung und Überwachung von Risikokonzentrationen auf Adressebene (LEM = Large Exposure Management) hat die Bank ein LEM-Limitmodell im Einsatz. Die Limitierung erfolgt dabei auf Basis wirtschaftlicher Verbände, die als Kreditnehmereinheiten nach § 19 Abs. 2 KWG, gegebenenfalls ergänzt um indirekte Obligen, definiert sind. Das Modell erlaubt eine Bewertung des Risikokonzentrationsgehalts eines Engagements unter Berücksichtigung des Risikodeckungskapitals der Bank und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Kreditnehmers und der Besicherung der Forderung.

Das Limitmodell definiert für jedes Large Exposure Grenzen, anhand derer ein Engagement als unauffällig (Weiß-Bereich), risikokonzentrationsbehaftet (Grau-Bereich) oder stark risikokon-

zentrationsbehaftet (Schwarz-Bereich) klassifiziert wird. Ziel ist es, Engagements im Schwarz-Bereich zu reduzieren und im Grau-Bereich ein ausgewogenes Verhältnis von Risiko und Ertrag zu erhalten. Damit ist ein Schutz vor zu hohen Konzentrationen auf Adressebene gewährleistet.

Die Steuerung von Risiken auf Portfolioebene erfolgt im Wesentlichen auf Basis von Risikoaktivobergrenzen für Geschäftsfelder sowie auf Basis von Länder- und Branchensegmentlimiten. Die Obergrenzen werden aus der Risikotragfähigkeit der Bremer Landesbank abgeleitet.

Kreditrisiko – Sicherheiten

Für die Bemessung der Adressausfallrisiken sind neben der Bonität der Kreditnehmer bzw. der Kontrahenten auch die zur Verfügung gestellten banküblichen Sicherheiten und andere Risikominderungstechniken von wesentlicher Bedeutung. Die Bank nimmt daher zur Reduzierung des Adressausfallrisikos in- und ausländische Sicherheiten in Form von Gegenständen und Rechten (Beleihungsobjekten) herein. Bei der Hereinnahme von Sicherheiten wird auf die Verhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen der Besicherung geachtet.

Die Sicherheiten werden sowohl zum Zeitpunkt der Kreditgewährung als auch in der laufenden (mindestens jährlichen) Überwachung danach beurteilt, ob sie nach der voraussehbaren wirtschaftlichen Entwicklung während der (Rest-)Laufzeit des Kredites zu dem angenommenen Wert als verwertbar erscheinen. Es wird daher in jedem Einzelfall geprüft, ob der Wertansatz nach der besonderen Art der Sicherheit und nach ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Verwertbarkeit unter Würdigung der Person des Kreditnehmers und der Art des Kredites gerechtfertigt erscheint. Sofern sich bewertungsrelevante Einflussfaktoren geändert haben, wird die Bewertung entsprechend angepasst.

In den Kreditrichtlinien und Beleihungsgrundsätzen der Bank ist festgelegt, welche grundsätzlichen Arten von Sicherheiten und Beleihungsobjekten Verwendung finden sollen und bis zu welchem Anteil des Beleihungswertes (Beleihungsgrenze) ein Beleihungsobjekt maximal beliehen werden kann. Als Kreditsicherheiten werden Bürgschaften, bürgschaftsähnliche Kreditsicherheiten, Sicherungsabtretungen von Forderungen und anderen Rechten, Pfandrechte an beweglichen Sachen, Immobilien, Forderungen und anderen Rechten sowie Sicherungsübertragungen von beweglichen Sachen hereingenommen. Darüber hinaus können weitere Sicherheiten mit dem Kreditnehmer kontrahiert werden, die jedoch den Blankoanteil des Engagements nicht reduzieren.

Zur Berechnung der Kreditrisikominderung werden die relevanten Sicherheiten vollständig im Collateral-Management-System (CMS) erfasst. Die realistische Einschätzung der Sicherheitenlöse bzw. der Verlustquote bei Ausfall sowie der ausfallgefährdeten Beträge ermöglicht zusammen mit der Ausfallwahrscheinlichkeit eine detaillierte Quantifizierung der Verlustpotenziale aus den einzelnen Kreditengagements.

Kreditrisiko – Verbriefungstransaktionen

Die Bank ist zuletzt 2004 im Rahmen von Verbriefungstransaktionen als Investor aufgetreten und verfügt über eine unbedeutende Restposition, welche mit dem ratingbasierten Ansatz für Verbriefungen bewertet wird.

Das von der Bank als Investor gehaltene Wertpapier aus Verbriefungen wird gemäß den Vorschriften des IAS 39 bewertet und bilanziert.

Des Weiteren ist die Bremer Landesbank im Rahmen einer Solidaraktion der Landesbanken unter Führung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. (DSGV) an der Stützungsaktion der Sachsen LB im Rahmen eines Darlehens für die Zweckgesellschaft Sealink Funding beteiligt. Die mit diesem Darlehen verbundenen Risiken sind begrenzt. Die Position wird planmäßig abgebaut.

Verbriefungen des eigenen Kreditgeschäftes hat die Bank – abgesehen vom traditionellen Pfandbriefgeschäft und von Kommunalobligationen – nicht vorgenommen.

Kreditrisiko – Messung

Die Quantifizierung des Ausfallrisikos (Kreditrisiko und Beteiligungsrisiko) erfolgt mit den Risikokennzahlen Erwarteter Verlust und Unerwarteter Verlust. Der Erwartete Verlust wird auf Basis einjähriger Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) unter Berücksichtigung von Verlustquoten ermittelt. Die Risikoprämie, die zur Abdeckung des Erwarteten Verlustes vereinnahmt werden muss, wird mit der Software CPC (Credit Pricing Calculator) berechnet.

Im Gegensatz zum Erwarteten Verlust besteht das eigentliche Risikopotenzial für die Bank in dem Unerwarteten Verlust risikobehafteter Geschäfte, das heißt in der Gefahr, dass tatsächlich eintretende Verluste höher ausfallen als erwartet. Für Unerwartete Verluste steht ausreichend Eigenkapital zur Verfügung.

Der Unerwartete Verlust wird für unterschiedliche Konfidenzniveaus und einen Zeithorizont von einem Jahr quantifiziert. Die Bank hat diesbezüglich 2009 ein konzerneinheitliches ökonomisches Kreditrisikomodell eingeführt. Das Modell dient der Schätzung der Eintrittswahrscheinlichkeiten von unerwarteten Schäden (Unexpected Loss) unter Berücksichtigung von Portfolioeffekten (Konzentrations- und Diversifikationseffekte aufgrund von Korrelationen im Portfolio). Ziel ist die Überwachung und Begrenzung von Kreditrisiken auf Portfolioebene, insbesondere unter Einbeziehung von Adress- und Branchenkonzentrationen. Das Kreditrisikomodell wird stetig weiterentwickelt.

Kreditrisiko – Berichterstattung

Das Risikocontrolling verfasst monatlich für den Vorstand einen Risikobericht, der alle wesentlichen Strukturmerkmale und Parameter darstellt und analysiert, die für die Steuerung des Kreditportfolios benötigt werden. Das gesamte Berichtswesen basiert auf dem „KRC-Datenpool“, der vom Risikocontrolling betrieben wird.

Die gesamte Methodenhoheit (Rating, Scoring, Risikomodellierung) ist im Risikocontrolling gebündelt, das im Rahmen seiner Berichterstattungspflichten auch für die notwendige Evidenz über das Kreditrisiko Sorge trägt.

Kreditrisiko – Entwicklung im Jahr 2009

Die Risikoberichterstattung der Bank erfolgt unter dem IFRS 7 (International Financial Reporting Standard) nach dem Management Approach. Interne und externe Risikoberichterstattung basieren damit grundsätzlich auf gleichen Begriffen, Methoden und Daten. Im Kontext der Kreditrisikosteuerung spielt der Begriff des Kreditexposures eine maßgebliche Rolle. Diese Zahl spiegelt den Gegenwert aller kreditrisikobehafteten Transaktionen mit einem Kontrahenten wider.

Basis für die Berechnung des Kreditexposures sind die Inanspruchnahmen (bei Garantien der Nominalwert, bei Wertpapieren der Buchwert) und die Kreditäquivalente aus Derivaten (inklusive AddOn und unter Berücksichtigung von Netting). Unwiderrufliche Kreditzusagen werden zu 75% in das Kreditexposure eingerechnet, während widerrufliche Kreditzusagen und Sicherheiten unberücksichtigt bleiben.

Das Kreditexposure der Bank beträgt zum 31. Dezember 2009 rd. 39.010 Mio. € und ist damit gegenüber dem Vorjahresresultimo um rd. 47 % gefallen.

Die nachfolgende Tabelle vergleicht die Ratingstruktur des Kreditbestandes mit dem Vorjahr. Die Klassifizierung entspricht dabei der Standard-IFD-Ratingskala, auf die sich die in der Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD) zusammengeschlossenen Banken, Sparkassen und Verbände geeinigt haben. Diese soll die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Ratingeinstufungen der einzelnen Kreditinstitute verbessern.

Die Ratingklassen der in der Bank genutzten 18-stufigen DSGVO-Rating-Masterskala können direkt in die IFD-Klassen überführt werden.

Kreditgeschäft nach Ratingstruktur

Risikostruktur ^{1) 2)} in Mio. €	Darlehen ³⁾	Wertpapiere ⁴⁾	Derivative ⁵⁾	Sonstige ⁶⁾	Gesamt	
					31.12.2009	31.12.2008 ⁷⁾
Sehr gut bis gut	13.971	6.181	3.672	4.577	28.401	30.858
Gut/zufriedenstellend	3.598	137	82	615	4.432	4.875
Noch gut/befriedigend	2.707	–	24	408	3.139	3.648
Erhöhtes Risiko	899	–	16	93	1.008	705
Hohes Risiko	446	–	4	19	469	307
Sehr hohes Risiko	891	–	12	18	921	245
Default (= NPL)	600	8	5	26	640	276
Gesamt	23.113	6.326	3.815	5.756	39.010	40.914

1) Zuordnung gemäß IFD-Ratingklassen.

2) Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

3) Beinhaltet in Anspruch genommene bzw. zugesagte Kredite, Bürgschaften, Garantien und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva, wobei analog zur internen Berichterstattung die unwiderruflichen Kreditzusagen i.d.R. zu 72% und die widerruflichen zu 5% einbezogen sind.

4) Beinhaltet den Wertpapier-Eigenbestand fremder Emittenten (nur Anlagebuch).

5) Beinhaltet derivative Finanzinstrumente wie Finanzswaps, Optionen, Futures, Forward Rate Agreements und Devisengeschäfte.

6) Beinhaltet sonstige Produkte wie Durchleitungs- und Verwaltungskredite.

7) Anpassung der Werte per 31. Dezember 2008 aufgrund methodischer Änderungen.

Der hohe Anteil in den Klassen „sehr gut“ und „gut“ resultiert aus der großen Bedeutung des Interbankengeschäfts bzw. des Geschäfts mit öffentlichen Haushalten und ist gleichzeitig ein Spiegelbild der Risikopolitik der Bank. Insgesamt hat sich jedoch 2009 die Risikostruktur des Kreditportfolios verschlechtert. Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat sich insbesondere negativ auf das Schiffsfinanzierungsportfolio ausgewirkt. Der 2009 um mehr als 10% eingebrochene Welthandel führte zu sinkenden Charterraten und Schiffspreisen, wodurch sich die Bonität vieler Reedereien verschlechterte. Die Bremer Landesbank achtet weiterhin auf eine konservative Finanzierungsstruktur und eine breite Streuung des Portfolios in den verschiedenen Teilmärkten und Schiffsgrößen.

Aufgeteilt nach Regionen stellt sich das Kreditexposure wie folgt dar:

Kreditgeschäft nach Regionen

Regionen in Mio. €	Darlehen	Wertpapiere Derivative		Sonstige	Gesamt	
		31.12.2009			31.12.2009	31.12.2008
Euro-Länder	21.725	5.772	2.891	5.585	35.974	37.671
Sonstiges Westeuropa	370	385	896	153	1.804	1.891
Osteuropa	50	9	0	4	63	126
Nordamerika	113	140	27	12	293	336
Lateinamerika	137	–	–	0	137	132
Naher Osten/Afrika	100	–	–	1	101	108
Asien	73	20	–	0	93	96
Übrige	545	–	–	–	545	553
Gesamt	23.113	6.326	3.815	5.756	39.010	40.914

Die Tabelle belegt, dass das Länderrisiko für die Bank von nachgeordneter Bedeutung ist. Der Euro-Raum ist nach wie vor das mit Abstand wichtigste Geschäftsgebiet der Bank.

Die Abweichungen zwischen der Gesamtsumme gemäß vorstehender Tabelle und derjenigen für die in der Bilanz enthaltenen Finanzinstrumente resultieren aus unterschiedlichen Bewertungen und anderen AddOns.

Der Anteil von Finanzierungsinstitutionen/Versicherern am Gesamtexposure ist mit 38,25% zwar relativ hoch, aber er beinhaltet Institutionen mit sehr guten bis guten Ratingnoten. Bedeutendste Kreditrisiken sind weiterhin das Spezialfinanzierungs- und Firmenkundengeschäft.

Kreditgeschäft nach Branchengruppen

Branchen in Mio. €	Darlehen	Wertpapiere Derivative		Sonstige	Gesamt	
		31.12.2009			31.12.2009	31.12.2008
Finanzierungsinstitutionen /Versicherer	3.938	5.022	3.463	2.501	14.923	15.993
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	7.869	1.249	160	1.298	10.576	11.789
- davon Grundstücks-, Wohnungswesen	1.074	–	12	136	1.223	1.607
- davon öffentliche Verwaltung	3.171	1.249	124	887	5.431	4.978
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	7.567	9	132	84	7.793	7.988
- davon Schifffahrt	6.867	0	129	12	7.008	7.282
- davon Luftfahrt	118	–	0	0	118	148
Verarbeitendes Gewerbe	720	–	9	121	850	887
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	1.607	–	10	1.489	3.107	2.605
Handel, Instandhaltung, Reparatur	919	7	34	116	1.077	1.259
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	130	–	6	79	214	264
Baugewerbe	362	–	1	68	431	129
Übrige	–	40	–	0	40	0
Gesamt	23.113	6.326	3.815	5.756	39.010	40.914

In der Bank werden für akute Ausfallrisiken bei Vorliegen objektiver Hinweise Einzelwertberichtigungen gebildet. Der Risikovorsorgebedarf basiert auf einer barwertigen Betrachtung der noch zu erwartenden Zins- und Tilgungszahlungen sowie der Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten.

Dem latenten Adressausfallrisiko des gesamten nicht einzelwertberichtigten Forderungsbestands wird in der Bank durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen für bereits eingetretene, aber zum Stichtag noch nicht bekannte Wertminderungen Rechnung getragen.

Der Bestand an Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen für das Kreditgeschäft ist im Jahr 2009 deutlich gestiegen. Dies ist insbesondere auf die Krise in der Schiffsfiananzierung zurückzuführen (Verkehr/Nachrichtenübermittlung: EWB-Bestand 2009 49 Mio. €; Vorjahr: 5 Mio. €). Die EWB-Quote als das Verhältnis von EWB-Bestand (2009 164 Mio. €; Vorjahr: 97 Mio. €) zur Summe der Exposures (2009 39.010 Mio. €; Vorjahr: 40.914 Mio. €) beträgt 0,41% (Vorjahr: 0,23%). Der Anteil der Non-Performing Loans (2009 640 Mio. €; Vorjahr: 276 Mio. €) am Gesamtexposure beträgt 1,67% (Vorjahr: 0,67%). Die Non-Performing Loans sind vor Sicherheitenanrechnung zu 25,6% (Vorjahr: 35,1%) durch Einzelwertberichtigungen abgesichert.

Die Handelsschiffahrt zeigte bis in den Spätsommer 2008 eine sehr gute Beschäftigungs- und Einnahmesituation. Seitdem kam es zu einem drastischen Verfall der Frachtraten. Die Charterraten sind in allen wesentlichen Teilssegmenten signifikant gesunken und liegen zum Teil deutlich unter dem durchschnittlichen Niveau der letzten fünfzehn Jahre. In der Folge ist festzustellen, dass mit den fallenden Fracht- und Charterraten auch die Wertentwicklung der Schiffspreise und der Sicherheitenwerte negativ beeinflusst ist. Unter Berücksichtigung dieser verschärferten Rahmenbedingungen wurde das Incurred Loss Potential im Schiffsfiananzierungsportfolio durch eine zusätzliche Portfoliowertberichtigung in Höhe von 10,3 Mio. € für die Segmente Container- und Bulkschiffahrt sowie Multipurpose abgedeckt.

Risikovorsorgebedarf nach Branchengruppen

Branchen in T€	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen ^{1) 2)}		Bestand EWB		Bestand Rück- stellungen für das Kredit- geschäft		Nettozuführung/ Auflösungen von EWB/Rück- stellungen	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Finanzierungsinstitutionen/ Versicherer	15.405	2.515	6.851	1.144	148	0	5.855	14
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	139.586	134.391	64.056	59.304	1.819	1.014	5.557	-2.984
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	123.262	7.547	48.815	5.161	3.334	23	46.965	2.045
Verarbeitendes Gewerbe	24.858	10.352	12.062	7.862	3.242	2.903	4.539	3.470
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	345	1.053	60	532	1.050	0	579	4
Handel, Instandhaltung, Reparatur	24.236	18.669	14.059	11.240	893	1.173	2.538	-4.681
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	5.456	4.612	2.614	2.292	2.273	2.837	-242	-1.829
Baugewerbe	24.267	17.708	15.050	9.353	8.469	9.357	4.809	-5.775
Übrige	-	0	-	0	0	0	-	-208
Gesamt	357.416	196.848	163.568	96.888	21.229	17.308	70.601	-9.944

¹⁾ Exposure notleidender Forderungen vor Wertberichtigungsbedarf mit Wertminderungen.

²⁾ Anpassung der Werte per 31. Dezember 2008 aufgrund methodischer Änderungen.

Risikovorsorgebedarf nach Regionen

Regionen in T€	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen		Bestand EWB		Bestand Rückstellungen für das Kredit-geschäft		Nettozuführung/ Auflösungen von EWB/Rückstellungen	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Euro-Länder	354.140	195.529	161.769	96.298	21.166	16.410	70.227	-8.534
Sonstiges Westeuropa	426	704	388	352	-0	771	-736	-59
Osteuropa	66	66	-	-	63	126	-63	64
Nordamerika	2.783	-	1.411	-	-	-	1.411	-1.161
Lateinamerika	-	549	-	238	-	-	-238	0
Naher Osten/Afrika	-	-	-	-	-	-	-	0
Asien	-	-	-	-	-	-	-	-46
Übrige	-	-	-	-	-	-	-	-208
Gesamt	357.416	196.848	163.568	96.888	21.229	17.308	70.601	-9.944

Die folgenden Tabellen geben Auskunft über den in Verzug geratenen, aber noch nicht wertgeminderten Forderungsbestand. Analog der Basel-II-Definition geraten Forderungen in der Bremer Landesbank dann in Verzug, wenn vereinbarte Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Branchengruppen

Branchen in T€	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter ¹⁾ For- derungen ^{2) 3)}		Bestand PoWB		Nettozuführung/Auf- lösungen von PoWB	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	8.380	22.476	829	282	547	-2.708
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	19.594	34.699	18.858	21.459	-2.601	47
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	233.646	1.369	76.302	25.588	50.714	16.074
Verarbeitendes Gewerbe	1.778	324	2.858	1.581	1.277	-1.372
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	12.468	1.889	2.215	2.408	-193	-701
Handel, Instandhaltung, Reparatur	548	13.182	3.028	2.966	62	-3.451
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	2.715	3.140	956	1.315	-359	-824
Baugewerbe	3.371	1.644	2.227	697	1.530	22
Übrige	-	-	-	-	0	0
Gesamt	282.500	78.723	107.273	56.296	50.977	7.087

¹⁾ Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

²⁾ Forderungen der Risikoklassen 16, 17 und 18, die nicht wertgemindert sind, auch hier EAD.

³⁾ Anpassung der Werte per 31. Dezember 2008 aufgrund methodischer Änderungen.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Regionen

Regionen in T€	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen		Bestand PoWB		Nettozuführung/Auf- lösungen von PoWB	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Euro-Länder	272.435	56.444	102.501	53.609	48.892	5.802
Sonstiges Westeuropa	9.773	22.279	1.339	359	980	-68
Osteuropa	-	-	16	19	-3	-119
Nordamerika	-	-	1.398	957	441	480
Lateinamerika	293	-	330	95	235	-45
Naher Osten/Afrika	-	-	167	187	-20	85
Asien	-	-	619	191	428	169
Übrige	-	-	902	878	24	783
Gesamt	282.500	78.723	107.273	56.296	50.977	7.087

Aufgeteilt nach Altersstruktur ergeben sich folgende überfällige, nicht wertgeminderte Forderungen an Kunden, die der Ratingklasse 16 bis 18 zugeordnet sind. Diese Engagements unterliegen entsprechend der Bonitätseinstufung einer Intensivbetreuung.

Überfällige, nicht wertgeminderte Forderungen

Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten in Mio. €	Verzug ≤ 90 Tage		Verzug > 90 Tage, ≤ 180 Tage		Verzug > 180 Tage		Gesamt		Fair Value der Si- cherheiten überfäl- liger, nicht wertge- minderter Finanzin- strumente	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Forderungen an Kunden	209	22	19	25	54	32	283	79	186	48

Der Bestand an überfälligen oder wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten in der Bank ist überwiegend durch bankübliche Sicherheiten und sonstige Kreditverbesserungen besichert, deren Bewertung anhand von Beleihungsgrundsätzen erfolgt. Die folgende Tabelle zeigt wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte zu den Stichtagen.

Des Weiteren wird ersichtlich, dass der Buchwert nach Wertminderung weitestgehend durch den Fair Value der Sicherheiten abgedeckt wird.

Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Betrag vor Wertmin- derung		Betrag der Wertmin- derung		Buchwert nach Wertminderung		Fair Value der Si- cherheiten wertge- minderter Instru- mente	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Forderungen an Kunden	357	197	160	97	197	100	179	96
Forderungen an Kreditinstitute	26	–	3	–	22	–	–	–

Die Bremer Landesbank hat im Berichtsjahr bei finanziellen Vermögenswerten mit einem Gesamtbuchwert von 42 Mio. €, die ansonsten überfällig oder wertgemindert geworden wären, Neuverhandlungen der Vertragskonditionen durchgeführt.

Im Zusammenhang mit der Verwertung gehaltener Sicherheiten und sonstiger Kreditverbesserungen infolge des Ausfalls von Kreditnehmern hat die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Vermögenswerte erworben.

Kreditrisiko – Ausblick

Die Bank wird auch im Jahr 2010 ihre Ausfallrisikosteuerung weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang werden die Risikoparameter und das Kreditrisikomodell insgesamt validiert. Die auch im Zuge der aktuellen Wirtschaftskrise weiter zu intensivierenden Ausfallrisikoanalysen mit Schwerpunkt Stresstesting sowie die Risikokonzentrationsanalysen auf Adress- und Kreditportfolioebene werden weitere Impulse zur effizienten Kreditrisikosteuerung in der Bank liefern.

Die Bank rechnet in den Jahren 2010 und 2011 mit weiteren Belastungen in Form erforderlicher Risikovorsorge aus dem Kreditgeschäft, insbesondere in der Schiffsfiananzierung.

Beteiligungsrisiko

Beteiligungsrisiko – Definition

Das Beteiligungsrisiko ist Bestandteil des Adressausfallrisikos. Es bezeichnet das Risiko der Verlustentstehung aus der zur Verfügungstellung von Eigenkapital an Dritte.

Beteiligungsrisiko – Strategie und Management

Mit ihren Beteiligungen kommt die Bank ihrer besonderen Verantwortung für die Nordwest-Region nach. Dementsprechend bilden Beteiligungen an regionalen Unternehmen neben Beteiligungen im Rahmen des Sparkassenfinanzverbundes den Schwerpunkt des Beteiligungsportfolios. Die Bank trägt mit ihren Beteiligungen gleichermaßen zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags und der Stärkung des regionalen Wirtschaftsraumes bei.

Die Tochtergesellschaften sind in die Unternehmensstrategie eingebunden und nehmen am konzernweiten Risikosteuerungsprozess im Sinne des § 25a KWG teil.

Die laufende Kontrolle und Steuerung der Beteiligungsgesellschaften erfolgt durch die Auswertung und Analyse des regelmäßigen Reportings der maßgeblichen Beteiligungsgesellschaften und die Einflussnahme in den jeweiligen Gremien der Gesellschaft (Gesellschafterversammlung, Aufsichts-, Verwaltungs- oder Beirat).

Beteiligungsrisiko – Aufbauorganisation

Die Management der Adressenausfallrisiken bei Beteiligungen erfolgt durch die OE Vorstandsassistentz/Unternehmensentwicklung/Beteiligungen, die Überwachung durch das Risikocontrolling.

Beteiligungsrisiko – Messung

Die Beteiligungen der Bank werden – bis auf wenige Ausnahmen – analog zum Kreditprozess dem Ratingprozess unterzogen. Ausnahmen hiervon bestehen lediglich dann, wenn bei eigenen Beteiligungen mit geschäftspolitischer Ausrichtung ohne Kreditgeschäft der Buchwertanteil der Bremer Landesbank 1.000 T€ gem. § 19 (2) KWG nicht übersteigt. Das Risikopotenzial wird auf der Grundlage der Beteiligungsbuchwerte und der zugeordneten Ausfallwahrscheinlichkeit nach den Methoden der Ausfallrisikomessung quantifiziert.

Beteiligungsrisiko – Berichterstattung

Das Risikomanagement erfolgt in einem systematischen und permanenten Vorgehen und umfasst die Identifikation, die Analyse und Bewertung sowie die Dokumentation und Kommunikation etwaiger Risiken. Das mit den Beteiligungen verbundene Ausfallrisiko wird dabei im monatlichen Gesamtrisikobericht kommuniziert. Darüber hinaus wird der Vorstand mindestens halbjährlich in Form eines Beteiligungsreports über die wesentlichen beteiligungsrelevanten Sachverhalte informiert.

Beteiligungsrisiko – Entwicklung im Jahr 2009

Das Beteiligungsportfolio wurde während der letzten Jahre einer kritischen Prüfung unterzogen. Die Bank hat sich seither von einigen Beteiligungen getrennt und hat diesen Prozess auch 2009 weiter vorangetrieben.

Beteiligungsrisiko – Ausblick

Die Optimierung des Beteiligungsportfolios wird auch 2010 konsequent fortgesetzt.

Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiko – Definition

Als Marktpreisrisiko werden die potenziellen Verluste bezeichnet, die sich aus Veränderungen von Marktparametern ergeben können. Die Bank unterscheidet das Marktpreisrisiko in Zinsrisiko, Credit-Spread-Risiko im Anlagebuch, Währungsrisiko, Aktienkurs- und Fondspreisrisiko, Volatilitätsrisiko und Rohwarenrisiko. Das Rohwarenrisiko besitzt für die Bremer Landesbank derzeit keine Relevanz.

Das Zinsrisiko besteht immer dann, wenn der Wert einer Position oder eines Portfolios sensitiv auf Veränderungen von einem oder mehreren Zinssätzen bzw. auf Veränderungen von kompletten Zinskurven reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Das Zinsrisiko besteht aus den Komponenten allgemeines Zinsrisiko und besonderes Zinsrisiko (emittentenspezifisches Zinsrisiko, Credit-Spread-Risiko). Letzteres resultiert aus Veränderungen des für den jeweiligen Emittenten (bei Wertpapieren) bzw. Referenz-

schuldner (bei Kreditderivaten) gültigen Zinsaufschlags, der im Rahmen der Marktbewertung der Position auf den risikolosen Zinssatz addiert wird.

Währungsrisiken (oder Wechselkursrisiken) liegen vor, wenn der Wert einer Position oder eines Portfolios sensitiv auf Veränderungen von einem oder mehreren Devisenwechsellkursen reagiert und die Veränderung der Wechselkurse zu einer Wertminderung der Position führen kann.

Aktienkursrisiken bestehen immer dann, wenn der Wert einer Position oder eines Portfolios sensitiv auf Veränderungen von einem oder mehreren Aktienkursen bzw. -indizes reagiert und die Veränderungen der Aktienkurse oder -indizes zu einer Wertminderung der Position führen können. Fondspreisrisiken folgen aus einer sensitiven Reaktion des Wertes einer Position oder eines Portfolios auf Veränderungen von einem oder mehreren Fondspreisen.

Volatilitätsrisiken werden abhängig von der Art der Optionsprodukte den Risikokategorien Zinsänderungsrisiko, Aktienkursrisiko und Wechselkursrisiko zugeordnet.

Offene Positionen in Rohwaren werden nicht geführt.

Marktpreisrisiko – Strategie und Management

Im Rahmen der Steuerung der Marktpreisrisiken konzentrieren sich die Aktivitäten der Bank auf ausgewählte Märkte, Kunden und Produktsegmente. Die Positionierung in den Geld-, Devisen- und Kapitalmärkten orientiert sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Kunden. Daneben werden auch Eigenhandelsaktivitäten ausgeübt und strategische Investitionen gehalten, die Marktpreisrisiken tragen.

Hinsichtlich des Zinsrisikos ist es das Ziel der Bank, Fristentransformation zu betreiben und an den allgemeinen Marktentwicklungen im Rahmen der Risikolimits zu partizipieren. Aus den strategischen Investitionen in fristenkongruent refinanzierte Wertpapiere und Kreditderivate resultieren darüber hinaus bedeutsame Credit-Spread-Risiken. Für diese Positionen wird allerdings weit überwiegend eine Buy&Hold-Strategie verfolgt. Die Abbildung der Geschäfte erfolgt daher grundsätzlich im Anlagebuch. Fondsrisiken, Aktienkurs- und Wechselkursrisiken sind 2009 strategisch von untergeordneter Bedeutung.

Marktpreisrisiko – Aufbauorganisation

Das Management der offenen Marktpreisrisikopositionen erfolgt im Geschäftsfeld Financial Markets in den Handelseinheiten sowie im Aktiv-Passiv-Management, welches u.a. die im Einlagen- und Kreditgeschäft begründeten Marktpreisrisiken zentral für Laufzeiten von mehr als zwölf Monaten disponiert und steuert. Der Geldhandel steuert das Zinsänderungsrisiko für Laufzeiten bis zwölf Monate, dem Devisenhandel obliegt die Verantwortung für Abläufe in Fremdwährung über alle Laufzeiten.

Im Dispositionsausschuss stellt das Aktiv-Passiv-Management die aktuelle Situation vor und unterbreitet Handlungsvorschläge. Der Dispositionsausschuss votiert über das weitere strategische Dispositionsverhalten. Bei diesem zweiwöchentlich tagenden Ausschuss handelt es sich um ein Beratungsgremium des Gesamtvorstandes, dem Vertreter der Bereiche Financial Markets und Gesamtbanksteuerung angehören. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt durch das Aktiv-Passiv-Management nach Beschluss des Vorstandes und innerhalb des Risikolimits für die strategische Disposition (Gesamtbankdisposition).

Serviceleistungen erbringen der Bereich Unternehmensservice und die Gruppe Financial Markets Zentrale Aufgaben. Das Risikocontrolling ist den MaRisk entsprechend funktional wie organisatorisch unabhängig von den Marktpreisrisiko-Management-Bereichen. Das Risikocontrolling nimmt Überwachungs-, Limitierungs- und Berichterstattungsaufgaben wahr und ist verantwortlich für die Bewertungsmethodik von Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiko – Messung

Für das Management und die Überwachung von Marktpreisrisiken werden für alle Portfolien Value-at-Risk-(VaR-)Verfahren eingesetzt.

Die Ermittlung der Value-at-Risk-Kennzahlen erfolgt mittels eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Dabei kommen konzerneinheitlich ein einseitiges Konfidenzniveau von 95% und eine Haltedauer von einem Handelstag zur Anwendung. Grundlage der Analyse sind die historischen Veränderungen der Risikofaktoren über die letzten zwölf Monate. Die Modelle berücksichtigen direkt oder indirekt Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren, den Risikoarten, den Währungen und den Teilportfolien.

Für die Value-at-Risk-Werte werden Limite festgelegt, die sich pro Handelsbereich aus den vom Vorstand festgelegten Verlustlimiten ableiten. Etwaige Verluste der Handelsbereiche werden umgehend auf die Verlustlimite angerechnet und führen dem Prinzip der Selbstverzehrung folgend zu einer Reduzierung der Value-at-Risk-Limite. Die genannten Limite werden für den Bereich Financial Markets und die strategische Position in Strukturlimite für die verschiedenen Risikokategorien untergliedert.

Die Credit-Spread-Risiken des Anlagebuchs werden aktuell nicht mit Hilfe eines Value-at-Risk-Verfahrens gesteuert, sondern über eine Szenario-Analyse ermittelt und separat limitiert. Durch die Marktverwerfungen aufgrund der Finanzmarktkrise und die daraus resultierende stark verminderte Marktliquidität im Wertpapierhandel führt die Modellierung der betroffenen Anlagebuchpositionen über einen Value-at-Risk-Ansatz zwangsläufig zu sehr volatilen Risikowerten. Daher erweist sich die Steuerung des auf eine Buy&Hold-Strategie ausgelegten Portfolios anhand der Szenario-Analysen als stabiler.

Die täglichen Value-at-Risk-Berechnungen werden im Risikocontrolling anhand von Backtesting-Analysen überprüft. Dazu werden im Rahmen des Backtestings die täglichen Ergebnisschwankungen der Handelsbereiche den Value-at-Risk-Prognosen vom Vortag gegenübergestellt.

Parallel zur Ermittlung der Value-at-Risk-Kennzahlen werden täglich die Auswirkungen von Stress-Szenarien auf die Positionen der Handelsbereiche und der Gesamtbankdisposition berechnet. Für jedes Risiko sind konzerneinheitlich Stressparameter definiert.

Die zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken verwendeten Prognosemodelle und Parameter werden laufend überprüft und gegebenenfalls der aktuellen Marktentwicklung angepasst.

Marktpreisrisiko – Berichterstattung

Den MaRisk entsprechend berichtet das von den positionsverantwortlichen Bereichen unabhängige Risikocontrolling dem Gesamtvorstand täglich über die Marktpreisrisiken. In der täglichen Marktpreisrisikomeldung enthalten ist die Berichterstattung der Credit-Spread-Risiken des Anlagebuchs. Im Rahmen der monatlichen Risikoberichterstattung wird der Gesamtvorstand

umfassend über die Marktpreisrisiken und die Ergebnislage informiert, die Information des AA-KA erfolgt fünfmal jährlich. Im Berichtsjahr 2009 beträgt die durchschnittliche Auslastung des Risikolimits der OE Financial Markets 29%, die der Gesamtbankdisposition 9%.

Marktpreisrisiko – Entwicklung im Jahr 2009

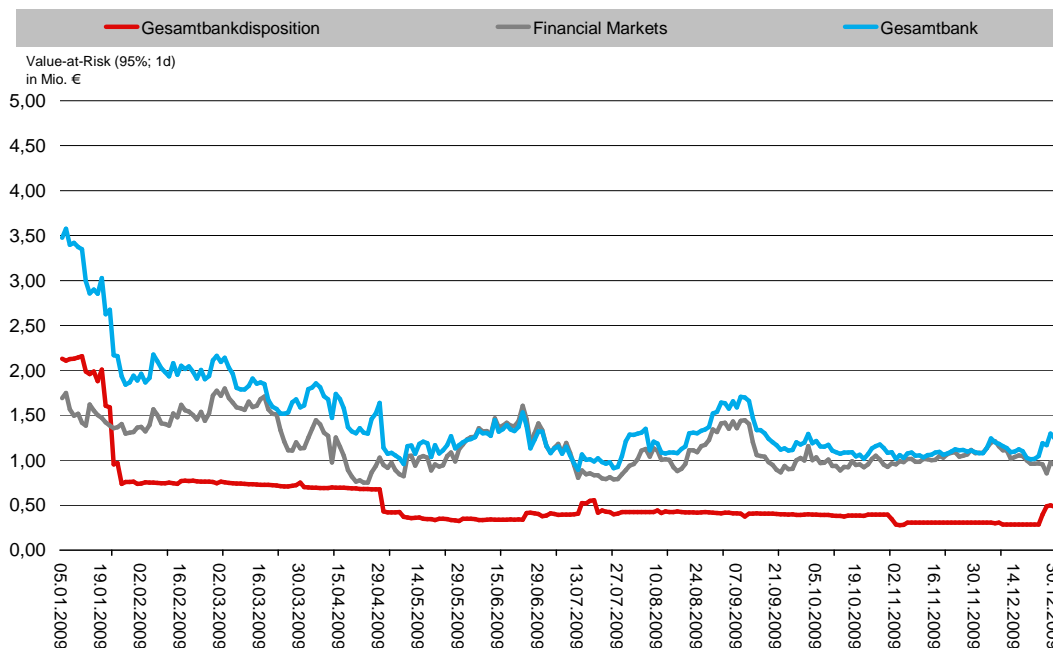
In der folgenden Tabelle werden die Marktpreisrisiken der Bank im Berichtsjahr sowie im Vorjahr gezeigt (Credit-Spread-Risiken des Anlagebuchs sind nicht Bestandteil dieser Übersicht):

Marktrisiken – Überblick

Marktrisiken in T€	Maximum		Durchschnitt		Minimum		Jahresendwert	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Zinsrisiko (VaR)	3.189	3.319	1.494	2.696	1.019	1.859	1.285	2.908
Währungsrisiko (VaR)	218	193	66	52	16	5	28	52
Aktienkurs- und Fondsrisiko (VaR)	1.364	1.591	186	1.073	95	787	164	1.318
Gesamt	3.575	4.390	1.456	3.348	892	2.044	1.244	3.416

Der Verlauf des Value-at-Risk der Bank wird in der nachstehenden Grafik für das Jahr 2009 gezeigt. Auch hier sind die Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches nicht enthalten.

Marktrisiken Value-at-Risk-Verläufe

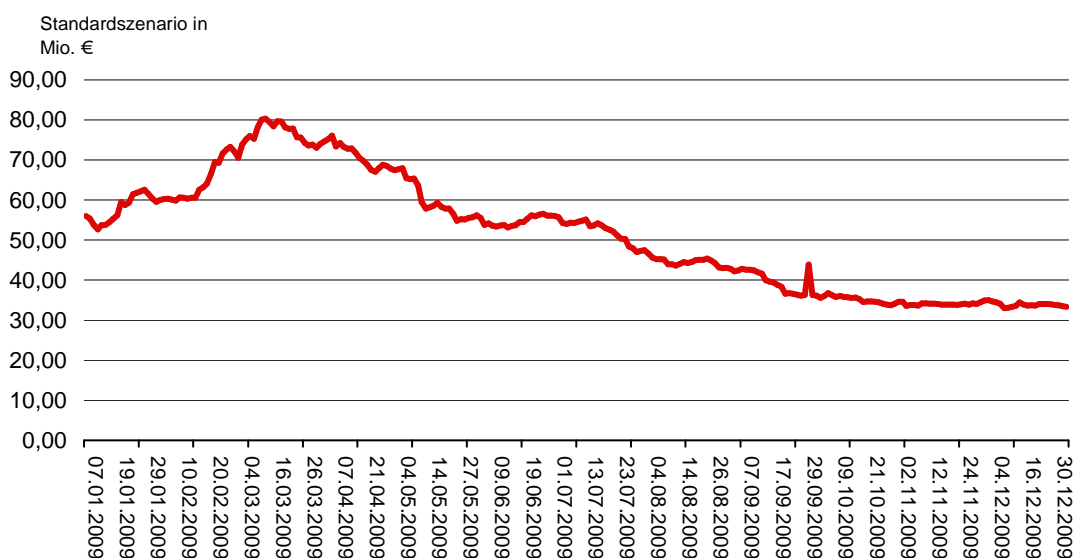


Die Auslastung des Marktpreisrisiko-Limits für die Gesamtbank lag im Jahresdurchschnitt bei 15% (die maximale Auslastung betrug 40%, die minimale Auslastung 9%). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 betrug der Value-at-Risk (Konfidenzniveau von 95% und Haltedauer von einem Tag) der Bank 1,24 Mio. €.

Im Berichtsjahr 2009 ergaben die durchgeführten Stresstests auf Gesamtbankebene ein maximales Risiko von 22 Mio. € sowie einen Durchschnittswert von 9,6 Mio. € bei einem Minimum von 3,3 Mio. €. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 betrug der Stresstestwert der Gesamtbank 12,4 Mio. €.

Unter der Finanzmarktkrise hat sich für die Bank das Marktpreisrisiko aus der Änderung der Credit Spreads im Credit Investment Portfolio seit Mitte 2007 deutlich erhöht und betrug gemäß Szenarioansatz am 31. Dezember 2009 33 Mio. €. Dabei erfuhr das Risiko im März 2009 seinen bisherigen Höchststand und unterliegt in den letzten neun Monaten einer kontinuierlichen Reduktion, die mit der Beruhigung und Stabilisierung der Märkte einherging. Für diese Position steht ein separates Risikolimit zur Verfügung, das im Rahmen des Steuerungsprozesses maßgeblich ist. In zweiwöchentlichen Sitzungen haben sich das Credit Investment Board und der Vorstand weiter eingehend mit der Markt- und Risikoentwicklung befasst, das Gesamtportfolio einer intensiven, laufenden Durchschau unterzogen und selektiv Einzelpositionen abgebaut.

Verlauf des Credit-Spread-Risikos im Jahr 2009



Des Weiteren wird monatlich der von Basel II unterstellte Zinsschock berechnet. Bei diesem Zinsschock handelt es sich – den Anforderungen eines Rundschreibens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) folgend – um eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 130 Basispunkte (BP) nach oben und 190 BP nach unten für das Berichtsjahr 2009. Die BaFin überprüft die Parallelverschiebung mindestens jährlich und passt gegebenenfalls bei deutlichen Abweichungen die Höhe des Zinsschocks entsprechend an.

Im Berichtsjahr 2009 betrug das Zinsänderungsrisiko bezogen auf das haftende Eigenkapital durchschnittlich 0,63%. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bank weit von einer Klassifizierung als „Outlier-Bank“ entfernt ist. Gemäß MaRisk dürfen Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, nicht mehr in die barwertige Ermittlung der Zinsänderungsrisiken mit einbezogen werden. Die konzeptionelle Lösung dieser Änderung liegt vor und wird im Rahmen des neuen RTF-Konzeptes eingeführt.

Marktpreisrisiko – Ausblick

Die Bank strebt im Jahr 2010 gemeinsam mit der NORD/LB die Weiterentwicklung des Konzern-Value-at-Risk-Modells für Credit-Spread-Risiken des Anlagebuchs an, insbesondere bezüglich der Modellierung von weniger liquiden Positionen.

Darüber hinaus wird die Bank das Marktpreisrisikomodell überprüfen und weiterentwickeln, inwiefern ein Wechsel der Grundmethodik - z.B. zu einer historischen Simulation - sinnvoll sein kann.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko – Definition

Liquiditätsrisiken umfassen Risiken, die sich aus Störungen in der Liquidität einzelner Marktsegmente, unerwarteten Ereignissen im Kredit- oder Einlagengeschäft oder Verschlechterungen der eigenen Refinanzierungsbedingungen ergeben können. Es wird zwischen klassischem Liquiditätsrisiko, Refinanzierungsrisiko und Marktliquiditätsrisiko unterschieden.

Als klassisches Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass die Bank aufgrund von unerwarteten Ereignissen im Kredit- oder Einlagengeschäft Liquidität aufnehmen muss oder dass ihr potenzielle Verluste entstehen, die aus fremdinduzierten Störungen in der Liquidität der Geldmärkte resultieren. Der Fokus liegt auf der kurzfristigen Betrachtung (bis 1 Jahr).

Als Refinanzierungsrisiko werden die potenziellen Ergebniseinbußen bezeichnet, die sich für die Bank durch die Verschlechterung der eigenen Refinanzierungsbedingungen am Geld- oder Kapitalmarkt ergeben. Wichtigste Ursache ist eine veränderte Einschätzung der Bonität der Bank durch die anderen Marktteilnehmer. Es erfolgt eine Betrachtung des gesamten Laufzeitspektrums.

Als Marktliquiditätsrisiko werden die potenziellen Verluste bezeichnet, die die Bank zu tragen hat, wenn aufgrund geringer Liquidität in einzelnen Marktsegmenten Transaktionen zu Konditionen abgeschlossen werden müssen, die nicht dem fairen Marktwert entsprechen. Das Marktliquiditätsrisiko wird zurzeit im Bereich Marktpreisrisiken subsumiert.

Liquiditätsrisiko – Strategie und Management

Die Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität stellt für die Bank eine betriebswirtschaftliche, strategische und aufsichtsrechtliche Notwendigkeit dar. Während das klassische Liquiditätsrisiko grundsätzlich durch das Vorhalten ausreichend liquider Aktiva (insbesondere notenbankfähiger Wertpapiere) vermieden wird, wird das Refinanzierungsrisiko durch eine strukturelle Liquiditätsfristentransformation begründet. In beiden Fällen werden die Risiken durch entsprechende Limite begrenzt. Bei der Bemessung der Höhe der Liquiditätsrisikolimiten werden die Faktoren Sicherstellung der ausreichenden Liquidität, Risikotragfähigkeit und Nutzung der Chance auf einen Erfolgsbeitrag aus der banktypischen Erfolgsquelle Liquiditätsspreads berücksichtigt. Durch die Liquiditätsrisikolimiten erhalten die Fachbereiche den zur Zielerreichung notwendigen Handlungsrahmen.

Die Liquidity Policy der Bank dokumentiert die Grundsätze der Liquiditätssteuerung und damit die strategischen Rahmenrichtlinien zur Sicherstellung der ausreichenden Liquidität. Das beinhaltet insbesondere die Festlegung der jeweiligen Ziele sowie die Verantwortlichkeiten für die Liquiditätssteuerung unter verschiedenen Szenarien (Situationsmuster). Die Liquidity Policy wird jährlich überarbeitet.

Die Messung, Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos werden im Risikohandbuch dokumentiert. Das Handbuch LRC (Liquiditätsrisikocontrolling) bildet das Rahmenwerk des Liquiditätsrisikomanagements der Bremer Landesbank. Es definiert die Objekte der Risikosteuerung, den organisatorischen, methodischen und technischen Aufbau des Liquiditätsrisikocontrollings sowie die Einbindung in die Gesamtbanksteuerung.

Der Notfallplan Liquidity Management regelt die Aktivitäten und das Management im Falle von Krisensituationen. Ziel dieses Planes ist die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Bank bei unvorhergesehenen Extremsituationen am Markt.

Liquiditätsrisiko – Aufbauorganisation

In den Prozess der Liquiditätsrisikosteuerung sind in der Bank der Geldhandel, das Aktiv-Passiv-Management und das Risikocontrolling eingebunden.

Der Geldhandel und das Aktiv-Passiv-Management übernehmen das Management von liquiditätsrisikotragenden Positionen und tragen Gewinne und Verluste, die sich aus den Veränderungen der Liquiditätssituation ergeben. Die Liquiditätsablaufbilanz ist Grundlage für das Aktiv-Passiv-Management und wird im Dispositionsausschuss vorgestellt. In diesem Ausschuss wird auch über das Refinanzierungsrisiko berichtet und gegebenenfalls über Handlungsvorschläge hinsichtlich des weiteren strategischen Dispositionsverhaltens beraten.

Das Risikocontrolling ist an der Einführung und Weiterentwicklung von internen Verfahren zur Messung, Limitierung und Überwachung von Liquiditätsrisiken maßgeblich beteiligt. Die Berechnung des Refinanzierungsrisikos und des klassischen Liquiditätsrisikos sowie die Überwachung der Einhaltung der Limite erfolgen ebenfalls durch das Risikocontrolling. Das Meldewesen ermittelt und überwacht die Auslastung gemäß Liquiditätsverordnung und übt in diesem Zusammenhang Service- und Kontrollfunktionen aus.

Für den Notfall einer Liquiditätskrise steht ein Krisenstab Liquidity Management bereit, der dann in enger Abstimmung mit dem Vorstand die Liquiditätssteuerung übernimmt.

Die Hauptaufgaben des im September 2008 institutionalisierten Arbeitskreises Liquiditätssteuerung bestehen darin, die Liquiditätssteuerung zu optimieren und damit in Zusammenhang stehende Detailfragen zeitnah zu klären. Dabei kommt einer kurzfristig reagiblen Steuerung der Neugeschäfts- und Funding-Aktivitäten eine besondere Bedeutung zu.

Liquiditätsrisiko – Messung

Zur Steuerung des klassischen Liquiditätsrisikos setzt die Bank folgende Instrumente ein.

Gemäß Liquiditätsverordnung wird die Liquidität des Instituts als gegeben angesehen, wenn die innerhalb der nächsten 30 Tage zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums zu erwartenden Liquiditätsabflüsse mindestens decken. Die Gegenüberstellung der Zahlungsmittel und der Zahlungsverpflichtungen ergibt die Liquiditätskennzahl, welche mindestens eins betragen muss. Die Anforderung wurde im Berichtsjahr 2009 durchgängig erfüllt.

Mit den Instrumenten der LST (Liquidity Stress Tests) werden täglich die Auswirkungen von unerwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank simuliert. Dies bietet der Bank die Möglichkeit, vorausschauend zu planen und für Notfälle vorbereitet zu sein. Ziel ist es, Li-

liquiditätsengpässe zu verhindern. In einem dynamischen und drei statischen Szenarien werden die Liquiditätszahlungsströme der Bank über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr betrachtet. In den verschiedenen Szenarien werden bestimmte Annahmen über den im Krisenfall zur Verfügung stehenden Zahlungsstrom der Bank simuliert.

Mittels Current-Case-Szenarien (CC-Szenarien) werden Zahlungsströme von verschiedenen Produkten sowie Neugeschäfts- und Refinanzierungspotenziale simuliert. Mit den CC-Szenarien können die Auswirkungen von erwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank durchgespielt werden. Dieses Instrument bietet der Bank die Möglichkeit, zu planen und das Neugeschäft im Kontext bestehender Vorratsliquidität und eines beeinträchtigten Refinanzierungsmarktes auszusteuern und Liquiditätsengpässe zu verhindern.

Zur Begrenzung des klassischen Liquiditätsrisikos hat die Bremer Landesbank ein Limitsystem implementiert, welches über ein Ampelsystem auf die Anzahl der Tage an Liquiditätsüberdeckung die notwendigen Steuerungsmaßnahmen induziert.

Das Refinanzierungsrisiko analysiert die Bank, indem die barwertigen Kosten für das Schließen einer passiven Liquiditätsinkongruenz im Zeitablauf aller Fälligkeiten in allen Laufzeiten und Währungen unter der Annahme einer definierten Erhöhung der Liquiditätsspreads (Spread-Parameter) ermittelt werden. Das barwertige Refinanzierungsrisiko wird dem vom Vorstand allokierten Risikokapital gegenübergestellt und limitiert. Ferner wird die Höhe der passiven Liquiditätsinkongruenzen pro Laufzeitband (Liquiditätsablaufbilanz) durch Volumenstrukturlimits begrenzt.

Für die Bank hat die Refinanzierung über Pfandbriefe eine hohe Bedeutung. Bei allen Emissionen der Bank werden die gesetzlichen Anforderungen des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) umfassend erfüllt.

An die Qualität der zur Deckung der Pfandbriefe hereinzunehmenden Darlehen stellt das PfandBG hohe Anforderungen. So hat die Prüfung der formal den Richtlinien des Gesetzes entsprechenden Indekungnahme von Forderungen durch einen externen Treuhänder zu erfolgen. Außerdem sind die wesentlichen Strukturzahlen der Deckungsmasse alle drei Monate durch die Bank zu veröffentlichen.

In Anbetracht des sich abzeichnenden Trends an den relevanten Kapitalmärkten zur gedeckten Refinanzierung hat die Bremer Landesbank mit der Formulierung einer Funding- und Collateral-Management-Strategie reagiert.

Das Marktliquiditätsrisiko wird unter den Marktpreisrisiken subsumiert. Ziel ist es, das Marktliquiditätsrisiko grundsätzlich zu begrenzen, indem im Wesentlichen auf liquiden Märkten agiert wird.

Die Risiken, die sich aus der Konzentration der Liquiditätsgaps in Höhe und Laufzeit ergeben, werden implizit mit der Implementierung von Volumenstrukturlimits begrenzt. Risikokonzentrationen in der Refinanzierungsstruktur werden im Rahmen der formulierten Funding-Strategie als Bestandteil der Liquidity Policy beachtet. Die Ziele der Funding-Strategie sind die Sicherstellung einer hinsichtlich der Laufzeiten und Währungen weitgehend kongruenten Refinanzierungsstruktur, die Optimierung der Funding-kosten sowie die Sicherstellung einer angemessenen Diversifikation der Funding-Basis.

Liquiditätsrisiko – Berichterstattung

Über die Liquiditätsrisikosituation erfolgt die Berichterstattung durch den wöchentlichen Liquiditätsstatusbericht, welcher wechselweise zweiwöchentlich im Arbeitskreis Liquidität sowie im Dispositionsausschuss erörtert wird.

Darüber hinaus wird der Gesamtvorstand im Rahmen des Gesamtrisikoberichts monatlichen informiert, der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss fünfmal jährlich. Im Risikobericht wird der Vorstand ferner über die mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken informiert.

Die Liquiditätskennzahl wird täglich dem Geldhandel zur Unterstützung der operativen Steuerung gemeldet, während die Meldung an die Bundesbank monatlich erfolgt. Die Ergebnisse des Liquiditätsstresstests werden ebenfalls täglich den Liquiditätsmanagementeinheiten Geldhandel und Aktiv-Passiv-Management, die des Liquiditätsstatusberichtes zweiwöchentlich den Steuerungseinheiten im Bereich Financial Markets zur Verfügung gestellt. Im Dispositionsausschuss wird zweiwöchentlich die Liquiditätsablaufbilanz präsentiert und besprochen.

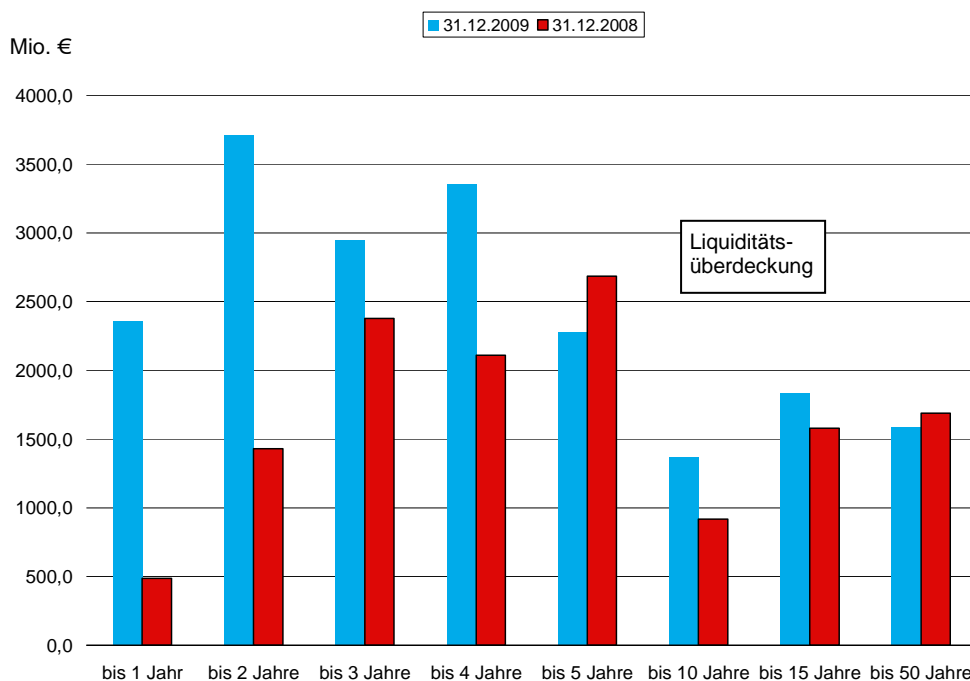
Liquiditätsrisiko – Entwicklung im Jahr 2009

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind nach wie vor an den Geld- und Kapitalmärkten zu beobachten. Dies zeigt sich an den im Vergleich zur Vorkrisenzeit veränderten Möglichkeiten zur Refinanzierung am Geld- und Kapitalmarkt.

Die Bank hatte im Jahr 2009 dennoch weiterhin ausreichenden Zugang zum Geld- und Kapitalmarkt. Durch aufmerksame Beobachtung der Märkte und aktive Liquiditätssteuerung war im Geschäftsjahr 2009 jederzeit sichergestellt, dass die Bank mit ausreichend Liquidität ausgestattet ist. Darüber hinaus konnte die Bank ihre Liquiditätsbevorratung 2009 kontinuierlich ausbauen.

Die zur internen Steuerung des Refinanzierungsrisikos genutzte Liquiditätsablaufbilanz stellt sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:

Kumulierte Liquiditätsabläufe



Die Liquiditätsablaufbilanz der Bank zeigt zum 31. Dezember 2009, dass sich die kumulierten Abläufe insgesamt wesentlich verbessert haben. Insbesondere wurden die strategischen Liquiditätsvorräte bis ein und zwei Jahre im Vergleich zum Vorjahresultimo erhöht.

Die zur Steuerung genutzten Liquiditätslimite wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr stets eingehalten.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Grundsatz II/Liquiditätsverordnung lag im Jahresverlauf stets deutlich über der aufsichtsrechtlich geforderten Mindesthöhe von 1,00; per 31.12.2009 betrug die Liquiditätskennzahl 1,81.

Die im Rahmen der Liquiditätsstresstests (LST) durchgeführten Szenarioauswertungen zeigen, dass die Liquiditätssituation der Bank auch durch unerwartete Ereignisse nicht gefährdet ist (durchgängig grüner Ampelstatus im Berichtsjahr, das heißt, die Anzahl der Tage mit positivem Liquiditätssaldo war stets größer als 180).

Liquiditätsrisiko – Ausblick

Mit der über den aufsichtsrechtlichen Rahmen hinausgehenden Steuerung des Liquiditätsrisikos wird sichergestellt, dass die Bank stets in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen termingerecht zu erfüllen.

Die Bremer Landesbank entwickelt ihr Liquiditätsrisikomanagement im Lichte der sich ändernden Anforderungen stets weiter.

Im Berichtsjahr 2009 wurden die bestehenden aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Verpflichtungen als Folge der Finanzmarktkrise verschärft. Durch einen verstärkten Ausbau des Liquiditätsmanagements und -controllings im Rahmen eines Projekts hat die Bank den gestiegenen

Anforderungen Rechnung getragen. Die Bank entwickelt die Methoden und Modelle der Liquiditätsrisikosteuerung systematisch weiter. Dabei ist die Weiterentwicklung eng in die konzernweiten Projektvorhaben zum Liquiditätsrisikomanagement eingebunden.

Die Entwicklungen im Jahr 2010 sind darauf gerichtet, nach der krisenbedingten Risikovermeidung wieder die Chancenorientierung in der Liquiditätsbewirtschaftung stärker in den Fokus zu bringen.

Operationelles Risiko

Operationelles Risiko – Definition

Operationelle Risiken werden definiert als die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Abläufen, Mitarbeitern und Technologie oder durch externe Einflüsse eintreten. Diese Definition enthält neben Rechtsrisiken implizit auch Reputationsrisiken als Folge- oder Sekundärrisiken; nicht einbezogen sind strategische Risiken sowie Geschäftsrisiken.

Operationelles Risiko – Strategie und Management

Die Leitlinien für den Umgang mit operationellen Risiken sind in der Risikostrategie der Bank formuliert. Die Bank verfolgt bei operationellen Risiken weitgehend eine Strategie der Vermeidung, die sich z.B. in einem Internen Kontrollsystem, Notfallkonzepten für zeitkritische Prozesse und Aktivitäten oder im Abschluss von Versicherungen widerspiegelt.

Das Kontinuitätsmanagement der Bank wurde in einer Arbeitsanweisung grundsätzlich geregelt. Auf dieser Basis werden die zentralen und dezentralen Notfallpläne auf einheitlicher Basis laufend aktualisiert.

Um die erforderlichen Kenntnisse der Mitarbeiter zu sichern und den Qualifikationsstand laufend an die sich ändernden Anforderungen anzupassen, wird eine Vielzahl von internen und externen Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt. Die anforderungsgerechte und zielgerichtete Personalentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist Aufgabe der jeweiligen Führungskräfte. Das Personalmanagement berät und unterstützt die Bereiche bei der Durchführung von Personalentwicklungsmaßnahmen.

Im IT-Bereich sorgen Verfahrensanweisungen, Ersatzkapazitäten und Sicherungen für eine angemessene Stabilität der IT-Infrastruktur. Sicherheitskonzepte und Notfallpläne ergänzen die vorbeugenden Maßnahmen, um Schäden durch den Ausfall oder die Manipulation von Anwendungen und Informationen zu verhindern.

Die Bank verfügt über angemessenen Versicherungsschutz. Die Versicherungsdeckung wird regelmäßig überprüft.

Etwaigen kriminellen Handlungen wird in enger Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden begegnet. Zur kontinuierlichen Verbesserung der Prävention gegen interne wie externe betrügerische Handlungen ist in der Bank die Aufgabe im Bereich Geldwäscheprävention angesiedelt. Zu den Aufgaben gehört u.a. nach § 25c KWG im Rahmen einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation entsprechende angemessene interne Sicherungsmaßnahmen zur Verhinderung von betrügerischen Handlungen vorzuhalten. Zu diesem Zweck wurde eine umfangreiche Fraud-Prevention-Organisation erarbeitet und im Dezember vom Vorstand genehmigt.

Neben bereits eingeführten internen Grundsätzen und Sicherungssystemen ist die abschließende Umsetzung für das 1. Quartal 2010 vorgesehen.

Zur Absicherung gegen rechtliche Risiken ist unter anderem bei Einleitung von rechtlichen Maßnahmen und beim Abschluss von Verträgen, die nicht auf freigegebenen Mustern basieren, die OE Recht einzuschalten.

Die Qualität externer Lieferanten und Dienstleister wird durch die Festlegung von Leistungsverzeichnissen oder von Service-Level-Agreements und die anschließende Kontrolle sichergestellt.

Naturkatastrophen und Terroranschläge werden als höhere Gewalt definiert. Diese Gefahren werden im Rahmen des Notfall- und Kontinuitätsmanagements berücksichtigt.

Operationelles Risiko – Aufbauorganisation

In den Prozess der Steuerung der operationellen Risiken in der Bank sind der Vorstand, das Risikocontrolling sowie alle weiteren Bereiche eingebunden. Der Vorstand legt den grundsätzlichen Umgang mit operationellen Risiken unter Berücksichtigung der Risikolage auf Gesamtbankenweite fest. Das Risikocontrolling ist für die zentrale Überwachung und unabhängige Berichterstattung der operationellen Risiken zuständig. Die Verantwortung für das Management der operationellen Risiken liegt innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen dezentral bei den einzelnen Bereichen bzw. Gesellschaften.

Die Konzeption und Definition der eingesetzten Controlling-Methoden, Verfahren und Begrifflichkeiten sowie deren laufende Weiterentwicklung obliegen dem Risikocontrolling.

Operationelles Risiko – Messung

Seit 2003 sammelt die Bank Schadensfälle aus operationellen Risiken und kategorisiert diese nach Ursachen und Auswirkungen. Die gesammelten Schadensfälle werden in das vom VÖB initiierte Datenkonsortium DakOR eingebracht.

Mit Hilfe der in der Bank jährlich durchgeführten Methode Self-Assessment wird die vergangenheitsbezogene Schadensfallsammlung um die Zukunftskomponente ergänzt. Durch Expertenschätzungen werden detaillierte Einblicke in die Risikosituation der einzelnen Fachbereiche gewonnen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen abgeleitet. Das Self-Assessment erfolgt mittels eines generischen Fragenkatalogs, der sowohl qualitative als auch quantitative Fragen enthält.

Operationelles Risiko – Berichterstattung

Die Ergebnisse aus Schadensfalldatenbank und Self-Assessment werden analysiert und den zuständigen Bereichen kommuniziert. Im Rahmen der Risikoberichterstattung erfolgt monatlich die Darstellung der Schäden und der Ergebnisse aus dem Self-Assessment sowie der Risiken. Bei der Ermittlung der Risiken wird seit 2008 eine VaR-Methode verwendet.

Operationelles Risiko – Entwicklung im Jahr 2009

Nettoschäden in % der Gesamtschadenssumme (ohne Schäden mit Kreditbezug)

Schadensfalldatenbank	Anteil 31.12.2009	Anteil 31.12.2008
Externe Einflüsse	14,0%	1,4%
Interne Abläufe	6,2%	1,6%
Mitarbeiter	79,8%	96,3%
Technologie	0,0%	0,7%

Die eingetretenen Schadensfälle werden als unwesentlich betrachtet.

Basierend auf den Ergebnissen des Self-Assessment und den Einträgen in die Schadensfalldatenbank, geht die Bank nicht davon aus, dass aus operationellen Risiken existenzgefährdende Schäden mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten werden. Im Rahmen eines Insolvenzverfahrens von dem Insolvenzverwalter gerichtlich geltend gemachte Zahlungsansprüche in Höhe von insgesamt ca. 18,2 Mio. € zuzüglich Zinsen hält die Bank nach wie vor für unbegründet; jedenfalls aber sind diese Ansprüche nicht geeignet, die Bank in ihrer Existenz zu gefährden.

Hinsichtlich der Eigenkapitalunterlegung für das operationelle Risiko wurde auch im Jahr 2009 weiterhin der Standardansatz verwendet.

Operationelles Risiko – Ausblick

Mit den eingeführten Methoden und Verfahren zur Steuerung von operationellen Risiken hat die Bank die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. An der Weiterentwicklung der Methoden wird in Abstimmung mit der NORD/LB gearbeitet.

Sonstige Risiken

Über die bereits dargestellten Kredit-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken hinaus sind die sonstigen Risiken von untergeordneter Bedeutung für die Bank.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Bank verfolgt eine konservative Risikopolitik. Sie hat für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zur Begrenzung getroffen. Das Verlustpotenzial steht in einem angemessenen Verhältnis zur substanziellen Tragfähigkeit der Bank. Die Wirksamkeit der Risikosteuerungssysteme hat sich bereits vor dem Hintergrund der marktübergreifenden Liquiditäts- und Kreditkrise bewährt. Die gewonnenen Erkenntnisse werden für die Weiterentwicklung der Risikosteuerungssysteme in allen Risikoarten genutzt.

Die Risikodeckungsgrade befinden sich auf einem hohen Niveau; die Risikodeckung war im Berichtszeitraum jederzeit gegeben. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nach Einschätzung der Bremer Landesbank nicht. Dennoch spiegelt sich die Schiffskrise in der Entwicklung der Gesamtbankkennzahlen wider.

Im Jahr 2009 hat die Bank die geltenden aufsichtsrechtlichen Vorschriften zum Eigenkapital und zur Liquidität erfüllt. Die Umsetzungserfordernisse aus der MaRisk-Novelle sind analysiert und werden planmäßig umgesetzt. Mit der Einführung des grundsätzlich überarbeiteten Risikotrag-

fähigkeitskonzeptes und der anschließenden Dokumentation findet die Umsetzung im Laufe des Jahres 2010 ihren Abschluss.

Die Bank hat nach Wegfall der Gewährträgerhaftung zufriedenstellende externe Ratings erreicht (Moody's AA2, Fitch A). Hierbei soll die laufende Weiterentwicklung der Risikosteuerungssysteme und -prozesse sowie deren konsequente Anwendung auch einen Beitrag zur weiteren Verbesserung des Ratings leisten.

Ziel ist es weiterhin, die Steuerung des Kreditportfolios unter Rendite-Risiko-Gesichtspunkten zu optimieren. Dies geschieht im Einklang mit der strategischen Geschäftsausrichtung als Regionalbank mit überregionalem Spezialgeschäft.

6. Prognosebericht

Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Die weltwirtschaftliche Aktivität hat sich zu erholen begonnen und deutet nach wie vor vermehrt auf eine Rückkehr zum Wachstum hin. Auch die globalen Teuerungsraten weisen wieder positive Werte auf, da sich die negativen Basiseffekte im Zusammenhang mit der Rohstoffpreisentwicklung nun umkehren. Wenngleich die kurzfristigen Aussichten für die Weltkonjunktur allgemein günstig zu sein scheinen, bleibt die Stärke des Aufschwungs noch ungewiss. Die Risiken für die globalen Wirtschaftsaussichten sind weitgehend ausgewogen, so die Europäische Zentralbank in ihrem Monatsbericht Februar 2010.

Die Deutsche Bundesbank schreibt in ihrem Monatsbericht Dezember 2009, dass die konjunkturellen Aussichten für die deutsche Wirtschaft sich in den letzten Monaten spürbar aufgehellt haben. Nach dem scharfen Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 hat im Frühjahr 2009 – unterstützt durch umfangreiche geld- und fiskalpolitische Impulse – ein Erholungsprozess eingesetzt, der in den nächsten beiden Jahren – wenn auch mit etwas reduziertem Tempo – anhalten dürfte. Während die Effekte der öffentlichen Stabilisierungsmaßnahmen nach und nach an Gewicht verlieren, gewinnen die marktendogenen Kräfte an Bedeutung. Gemäß diesem Basisszenario wird sich das reale Bruttoinlandsprodukt nach einem Rückgang um 4,9% im abgelaufenen Jahr 2010 um 1,6% und im Jahr 2011 um 1,2% erhöhen. Die Reaktion des Arbeitsmarktes auf den Konjunkturerinbruch ist bislang äußerst verhalten gewesen. Auch für die nächsten beiden Jahre ist kein abrupter Rückgang der Beschäftigung zu erwarten, sondern eher eine langgezogene Anpassung. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen kann unter diesen Bedingungen von 3,4 Millionen Personen in diesem Jahr über 3,8 Millionen im Jahr 2010 auf 4,2 Millionen im Jahr 2011 steigen. Das Preisklima bleibt günstig; die Verbraucherpreise erhöhen sich in den nächsten Jahren voraussichtlich nur moderat, und zwar um 0,9% im Jahr 2010 und um 1,0% im Jahr 2011.

Prognosen zur Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten sind weiterhin schwierig. Die Märkte reagieren nach wie vor empfindlich auf beunruhigende Nachrichten. Die Bank geht davon aus, dass die Unsicherheiten im Jahr 2010 anhalten werden, der globale Wille zur Bewältigung der Finanzmarktkrise jedoch exzessive Übertreibungen verhindern wird.

Region

Bremen hat nach Ansicht der Handelskammer Bremen und der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven gute Chancen, angesichts der weltweit anziehenden Exportkonjunktur gestärkt aus der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hervorzugehen. Die Aussichten für 2010 haben sich verbessert und die Konjunkturprogramme entfalten ihre Wirkung. Der Außenhandel sorgt wieder für Impulse, lediglich der private Konsum wird infolge steigender Arbeitslosigkeit weniger zum Wachstum beitragen können. Insgesamt wird das bremische Bruttoinlandsprodukt weiter wachsen.

Die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer sieht viele Anzeichen darauf hindeuten, dass der Tiefpunkt der Rezession vorbei ist und im Jahr 2010 eine leichte Erholung eintritt. Der Aufschwung ist aber noch nicht in Sicht. Die Konjunkturpakete wirken in der ersten Jahreshälfte 2010 noch nach, der Export wird wieder anziehen, die Umsatz- und Auftragslage befindet sich allerdings auf einem niedrigen Niveau. Dies wirkt sich 2010 auf den Arbeitsmarkt und damit

auch auf den Konsum aus. 2010 ist ein Jahr mit großen Herausforderungen für die Wirtschaft, mittelfristig stimmen aber die Stärken des Oldenburger Landes – ein starker Mittelstand und eine gesunde Wirtschaftsstruktur-zuversichtlich.

Nach Ansicht der IHK für Ostfriesland und Papenburg hat die Wirtschaft in ihrem Gebiet die Talsohle durchschritten. Die Unternehmen bewerten ihre Geschäftslage und die Aussichten für die Zukunft wieder überwiegend positiv, wobei die Einschätzung nicht uneingeschränkt für alle Wirtschaftszweige gilt. Die größten Risiken sehen die Betriebe in der Entwicklung der Binnen- nachfrage, die besten Chancen im Wiederanziehen des Exportgeschäfts. Insgesamt wird allerdings mit negativen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt gerechnet. Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Region ist es nach wie vor unerlässlich, dass Infrastrukturmaßnahmen wie der Ausbau der Küstenautobahn A 22, die innerostfriesische Anbindung und der Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals weiter vorangetrieben werden.

Der Wohnungsmarkt und damit die konjunkturelle Entwicklung in der Wohnungswirtschaft sind auch weiterhin maßgeblich von der demografischen Entwicklung, von dem Ausmaß der Zuwanderung und einem veränderten qualitativen Wohnanspruch der Bevölkerung abhängig. Insgesamt ist davon auszugehen, dass wohnungspolitische Problemgruppen weiterhin wachsen (z.B. Haushalte mit Migrationshintergrund, in Teilregionen einkommensschwache und armutsbedrohte Haushalte), während gute Chancen für bestimmte Marktnischen bestehen: urbanes Wohnen in den Oberzentren Bremen und Oldenburg, aber auch an Standorten wie Vechta, Cloppenburg und in der Emsregion, freizeitorientiertes Wohnen in den Tourismusgebieten, altersgerechtes Servicewohnen und bestimmte Eigenheimtypen.

Bremer Landesbank

Mit der rechtzeitigen und konsequenten Ausrichtung auf ihr Geschäftsmodell hat die Bremer Landesbank sich gut positioniert, um auch in schwierigerem konjunkturellem Umfeld – insbesondere im Schifffahrtsbereich – ihre geschäftliche Entwicklung in den Jahren 2010 und 2011 weiter zielgerichtet voranzutreiben. Die Lage an den Kapitalmärkten hat sich zwar im Jahr 2009 stabilisiert, ist jedoch noch immer von Unsicherheit geprägt. Dies wird nach Ansicht der Bank vermutlich auch in den kommenden Jahren anhalten. Die stetig verbesserte Kooperation mit den verbundenen Sparkassen und Landesbanken, kurze Entscheidungswege und hohe Reaktionsgeschwindigkeit bilden dennoch Erfolg versprechende Rahmenbedingungen für eine weitere solide Entwicklung des Ergebnisses in den Kerngeschäftsfeldern.

Unterstützende Impulse werden von den diversen Konjunkturmaßnahmen der öffentlichen Hand, aber auch von der Geschäftsausweitung in Zukunftsbranchen erwartet. Die Anerkennung des Nordwestens zur Metropolregion kann der regionalen Wirtschaft, insbesondere dem Mittelstand, zu weiterem Wachstum verhelfen, ebenso umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen entlang von Straße, Schiene und Wasserwegen sowie Großprojekte, wie z.B. in der Hafenwirtschaft.

Der Wettbewerb im Kreditgewerbe wird weiter zunehmen. Speziell der in der Vergangenheit oftmals untergewichtete Mittelstand ist mittlerweile in den Fokus der Großbanken geraten. Mit Blick auf Wettbewerbsvorteile wie kurze Entscheidungswege und Kapitalmarktcompetenz vor Ort, Expertise im Auslandsgeschäft und eine umfangreiche Produkt- und Leistungspalette ist die Bremer Landesbank dennoch zuversichtlich, sich im Wettbewerb um dieses risikoarme und

ertragreiche Geschäft nicht nur zu behaupten, sondern ihre Marktanteile durchaus noch weiter ausbauen zu können. Für eventuelle aus dem konjunkturellen Abschwung resultierende Belastungen sieht sich die Bank als gut vorbereitet an.

Die im Immobiliengeschäft tätigen Tochtergesellschaften der Bank gehen von mittel- bis langfristig stabilen bzw. langfristig kontinuierlich steigenden Ergebnissen aus.

Die im Leasinggeschäft tätige Tochtergesellschaft geht davon aus, dass Neugeschäftsvolumen und Erträge auf Basis des Jahres 2009 erreicht werden können. Ein entscheidender Faktor dafür ist die Entwicklung der Wirtschaftskraft der Unternehmen in der Region, die die Voraussetzung dafür schafft, dass die Funktion als Investitionsfinanzierer wahrgenommen werden kann. Für die Entwicklung der Anlageinvestitionen im Jahr 2010 besteht jedoch aufgrund der konjunkturellen Entwicklung eine hohe Prognoseunsicherheit. Dennoch sieht sich die BLB Leasing für die geschäftlichen und aufsichtsrechtlichen Herausforderungen gut gerüstet.

Gesamtbanksteuerung

Die Grundzüge der wert- und risikoorientierten Steuerung in der Bremer Landesbank werden auch im kommenden Jahr Bestand haben, die Verantwortung für die laufende Weiterentwicklung trägt der Bereich Gesamtbanksteuerung. Neben einer weiteren empfängerorientierten Optimierung und Harmonisierung des Reportings wird hier das monatliche Berichtswesen um wesentliche Elemente der quartalsweisen Deckungsbeitragsrechnung erweitert.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Nach den Einschätzungen der Bremer Landesbank wird das Konzernergebnis im Jahr 2010 konjunkturbedingt unter Druck bleiben, um in der Folge wieder stetig anzusteigen. Die Bank geht trotz der im Kreditgewerbe normalerweise erst mit einiger Verzögerung zu spürenden Rezessionsauswirkungen davon aus, auch in den kommenden Jahren in der Lage zu sein, ihre Kapitalbasis weiter zu stärken und eine angemessene Dividende auszuschütten. Eine Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsmaßnahmen wird nach den Planungen der Bank nicht erforderlich sein.

Für den Prognosezeitraum wird von weiter steigenden Zinsüberschüssen aus dem kundengetriebenen Geschäft ausgegangen. Belastungen aus der Liquiditätsbevorratung können auch künftig das Zinsergebnis beeinflussen, während nicht von Fristentransformationserfolgen aus der Eigenanlage in ähnlicher Höhe wie im Berichtsjahr ausgegangen wird. Insgesamt werden im Prognosezeitraum gute Chancen gesehen, das Zinsergebnis zu stabilisieren bzw. leicht zu steigern.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird nach den Einschätzungen der Bank im Prognosezeitraum konjunkturbedingt auf einem hohen Niveau verbleiben.

Prognosen zur Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten sind weiterhin schwierig. Die Märkte reagieren nach wie vor empfindlich auf beunruhigende Nachrichten. Die Bank geht davon aus, dass die Unsicherheiten im Jahr 2010 anhalten werden, der globale Wille zur Bewältigung der Finanzmarktkrise jedoch exzessive Übertreibungen verhindern wird. Negative Bewertungsergebnisse lassen sich deshalb nicht gänzlich ausschließen. Es werden jedoch gute Chancen gesehen, auch in den Jahren 2010 und 2011 erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren.

Der tarifbedingte Anstieg der Personalaufwendungen wird sich nach den Planungen der Bank im Prognosezeitraum fortsetzen. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen wird im Jahr 2010 projektbedingt ein erneuter Anstieg erwartet, ab dem Jahr 2011 ist eine Stabilisierung des Kostenniveaus vorgesehen.

Es wird erwartet, dass der Return on Equity nach dem sehr zufriedenstellenden Ergebnis des Jahres 2009 im Jahr 2010 konjunkturbedingt niedriger ausfallen jedoch in der Folge wieder ansteigen wird. Die Cost-Income-Ratio wird sich in den kommenden beiden Jahren über dem Niveau des Jahres 2009 bewegen. Die Risikoquote wird im Jahr 2010 konjunkturbedingt nochmals ansteigen und im Jahr 2011 voraussichtlich leicht zurückgehen. Nach den Planungen der Bank werden die Risikoaktiva im Prognosezeitraum weiter ansteigen.

Die Schwierigkeiten an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und deren realwirtschaftliche Folgen hatten auch Einfluss auf das handelsrechtliche Ergebnis des Bremer Landesbank Konzerns. Die Auswirkungen konnte die Bank jedoch ohne substanzielle Beeinträchtigungen ihrer sehr zufriedenstellenden Ertragslage verkraften. Die Bank geht davon aus, dass dies grundsätzlich auch in den Jahren 2010 und 2011 so bleibt.

Disclaimer – Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen zur Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Bremer Landesbank, die auf den derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Die Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten. Denn es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf das Geschäft der Bremer Landesbank einwirken und zu großen Teilen außerhalb ihres Einflussbereiches liegen. Dazu gehören vor allem die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der Finanzmärkte weltweit und mögliche Kreditausfälle. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können also erheblich von den im Bericht getroffenen Annahmen abweichen. Sie haben daher nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit. Es wird seitens der Bremer Landesbank keine Verpflichtung übernommen, die zukunftsgerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.

2. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Erfolgsrechnung

		1.1. –31.12. 2009	1.1. –31.12. 2008	Ver- änderung
	Notes	(in Mio. €)	(in Mio. €)	(in %)
Zinserträge		2.428	3.277	-26
Zinsaufwendungen		2.179	3.023	-28
Zinsüberschuss	(18)	249	254	-2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(19)	-141	-22	-
Zinsergebnis nach Risikovorsorge		108	232	-53
Provisionserträge		59	74	-20
Provisionsaufwendungen		21	24	-13
Provisionsüberschuss	(20)	38	50	-24
Handelsergebnis		70	-104	-
Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten		2	3	-33
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	(21)	72	-101	-
Ergebnis aus Hedge Accounting	(22)	8	-4	-
Ergebnis aus Finanzanlagen	(23)	-15	-22	-32
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(24)	4	7	-43
Verwaltungsaufwand	(25)	142	136	4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(26)	6	9	-33
Ergebnis vor Steuern		79	35	-
Ertragsteuern	(27)	21	5	-
Konzernergebnis		58	30	93
davon auf Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallend		58	29	
davon auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend		-	1	

Gesamtergebnisrechnung

Der gesamte Periodenerfolg der Bremer Landesbank setzt sich aus den direkt im Eigenkapital und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Erträgen und Aufwendungen zusammen.

	Notes	1.1. –31.12. 2009 (in Mio. €)	1.1. –31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Konzernergebnis aus der GuV		58	30	93
Veränderung aus Available-for-Sale-(AfS)-Finanzinstrumenten		13	-24	-
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen von at Equity bewerteten Unternehmen		0	-1	-
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste bei leistungsorientierten Pensionsrückstellungen		-18	28	-
Latente Steuern	(27)	-3	-17	-82
Direkt im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen		-8	-14	-43
Gesamteinkommen der Periode		50	16	-
davon: den Anteilseignern des Mutterunternehmens zustehend		50	15	
davon: auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend		0	1	

Bei den einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2).

3. Konzernbilanz

Aktiva

	Notes	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Barreserve	(28)	145	122	19
Forderungen an Kreditinstitute	(29)	4.780	5.776	-17
Forderungen an Kunden	(30)	20.988	20.255	-
Risikovorsorge	(31)	-267	-149	79
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	(32)	1.123	930	21
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	(33)	279	93	-
Finanzanlagen	(34)	6.442	6.998	-8
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	(35)	81	88	-8
Sachanlagen	(36)	27	25	8
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(37)	64	65	-2
Immaterielle Vermögenswerte	(38)	2	2	-
Laufende Ertragsteueransprüche	(39)	11	12	-8
Latente Ertragsteuern	(39)	87	74	18
Sonstige Aktiva	(40)	25	17	47
Summe Aktiva		33.787	34.308	-2

Passiva

	Notes	31.12. 2009 (in Mio €)	31.12. 2008 (in Mio €)	Ver- änderung (in %)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(41)	10.508	12.206	-14
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(42)	10.236	9.949	3
Verbriefte Verbindlichkeiten	(43)	9.244	8.423	10
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	(44)	1.267	1.279	-1
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	(45)	54	21	-
Rückstellungen	(46)	300	273	10
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	(47)	27	27	-
Latente Ertragsteuern	(47)	1	1	-
Sonstige Passiva	(48)	24	41	-41
Nachrangkapital	(49)	1.166	1.152	1
Eigenkapital		960	936	3
Gezeichnetes Kapital		140	140	-
Kapitalrücklage		40	40	-
Gewinnrücklagen		739	722	2
Neubewertungsrücklage		41	34	21
Auf die Anteilseigner der BLB entfallendes Eigenkapital		960	936	3
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		-	-	-
Summe Passiva		33.787	34.308	-2

Bei den einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2).

4. Eigenkapitalveränderungsrechnung

Entwicklung des Eigenkapitals:

in Mio. €	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage	Neubewertungsrücklage	Eigenkapital vor Anteilen Dritter	Anteile in Fremdbesitz	Konzern-eigenkapital
Eigenkapital zum 1.1.2008		140	40	705	47	932	1	933
Berichtigungen nach IAS 8								
Änderung Bewertungsmethodik Beteiligungen	(2)	0	0	0	-2	-2	0	-2
Korrektur Fair Values von Beteiligungen	(2)	0	0	0	22	22	0	22
angepasstes Eigenkapital zum 1.1.2008		140	40	705	67	952	1	953
Veränderung des Fair Values der AfS-Finanzinstrumente	(2)	0	0	0	-24	-24	0	-24
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(24)	0	0	-1	0	-1	0	-1
Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste		0	0	28	0	28	0	28
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Veränderungen	(27)	0	0	-9	-8	-17	0	-17
Direkt im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen		0	0	18	-32	-14	0	-14
Konzernjahresüberschuss		0	0	29	0	29	1	30
Gesamteinkommen der Periode		0	0	47	-32	15	1	16
Ausschüttungen		0	0	-28	0	-28	-1	-29
Veränderung des Konsolidierungskreises		0	0	-2	-1	-3	-1	-4
Eigenkapital zum 31.12.2008		140	40	722	34	936	0	936

in Mio. €	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage	Neubewertungsrücklage	Eigenkapital vor Anteilen Dritter	Anteile in Fremdbesitz	Konzern-eigenkapital
Eigenkapital 1.1.2009		140	40	722	34	936	0	936
Veränderung des Fair Values der AfS-Finanzinstrumente		0	0	0	13	13	0	13
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(24)	0	0	0	0	0	0	0
Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne/ Verluste		0	0	-18	0	-18	0	-18
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Veränderungen	(27)	0	0	6	-9	-3	0	-3
Direkt im Eigenkapital erfasste Erträge und Aufwendungen		0	0	-12	4	-8	0	-8
Konzernjahresüberschuss		0	0	58	0	58	0	58
Gesamteinkommen der Periode		0	0	46	4	50	0	50
Ausschüttungen		0	0	-28	0	-28	0	-28
Veränderung des Konsolidierungskreises		0	0	-1	3	2	0	2
Eigenkapital zum 31.12.2009		140	40	739	41	960	0	960

Bei einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2).

5. Kapitalflussrechnung

in Mio. €	2009	2008
Konzernjahresüberschuss	58	30
Korrektur um zahlungsunwirksame Posten		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte und Finanzanlagen	16	35
Veränderung der Rückstellungen	15	21
Gewinne/Verluste aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen sowie immateriellen Vermögenswerten	4	-16
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	89	116
Sonstige Anpassungen (per Saldo)	-188	-340
Zwischensumme	-6	-154
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	203	-982
Handelsaktiva	167	70
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-8	14
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	-1.450	-309
Verbriefte Verbindlichkeiten	807	995
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-421	-9
Erhaltene Zinsen und Dividenden	2.306	3.215
Gezahlte Zinsen	-2.021	-2.854
Ertragsteuerzahlungen	-35	-52
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-458	-66
Einzahlungen aus der Veräußerung von		
Finanzanlagen	1.129	526
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von		
Finanzanlagen	-641	-1.007
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-6	-3
Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	84	580
Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0	0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	566	96
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	30
Auszahlungen an Unternehmenseigner und Gesellschafter ohne beherrschenden Einfluss (Dividenden und sonstige Zahlungen)	-28	-64
Mittelveränderung aus sonstigem Kapital	0	0
Zinszahlungen für Nachrangkapital	-57	-64
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-85	-98
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	122	190
Cashflow aus operativer Tätigkeit	-458	-66
Cashflow aus Investitionstätigkeit	566	96
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-85	-98
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	145	122

6. Konzernanhang (Notes)

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, Oldenburg (Bremer Landesbank, Domshof 26, 28195 Bremen) hat ihren Sitz in Bremen (Amtsgericht Bremen; HRA 22159) und unterhält Niederlassungen in Bremen und Oldenburg. Am Stammkapital sind mit 92,5% die Norddeutsche–Landesbank–Girozentrale, Hannover, und mit 7,5% die Freie Hansestadt Bremen beteiligt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundlagen zur Aufstellung des Konzernabschlusses

Der Konzernabschluss der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale-, Bremen, Oldenburg (Bremer Landesbank) zum 31. Dezember 2009 wurde auf Basis der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standards Board (IASB) aufgestellt. Maßgeblich waren diejenigen Standards, die zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung veröffentlicht und von der Europäischen Union übernommen waren. Ferner wurden die nationalen Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) im Rahmen des § 315a HGB berücksichtigt.

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009 umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb der Notes (Note (17)). Die Risikoberichterstattung gemäß IFRS 7 erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des separaten Berichts über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht) als Bestandteil des Konzernlageberichts.

Die Bewertung von Vermögenswerten erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Davon ausgenommen sind diejenigen Finanzinstrumente nach IAS 39, welche zum Fair Value bewertet werden. Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind. Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden nachfolgend dargestellt.

Die im Rahmen der Bilanzierung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen durch das Management erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftigerweise erscheinen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen dargelegt. Die Schätzungen und Beurteilungen selbst sowie die zugrunde liegenden Beurteilungsfaktoren und Schätzverfahren werden regelmäßig überprüft und mit den tatsächlich eingetretenen Ereignissen abgeglichen. Schätzungsänderungen werden, sofern die Änderung nur eine Periode betrifft, nur in dieser berücksichtigt, und falls die Änderung die aktuelle sowie die folgenden Berichtsperioden betrifft, entsprechend in dieser und den folgenden Perioden beachtet.

Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro. Alle Beträge sind, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. €) kaufmännisch gerundet dargestellt.

Der vorliegende Konzernjahresabschluss wird durch den Vorstand am 16. März 2010 zur Veröffentlichung freigegeben, vom Aufsichtsrat geprüft und wird voraussichtlich in der Aufsichtsrats-sitzung am 9. April 2010 gebilligt.

(2) Anpassung der Vorjahreszahlen

	2009			2008		
	vor Anpassung (in Mio. €)	Anpassung (in Mio. €)	nach Anpassung (in Mio. €)	vor Anpassung (in Mio. €)	Anpassung (in Mio. €)	nach Anpassung (in Mio. €)
Zinserträge	1.367	1.061	2.428	1.671	1.606	3.277
Zinsaufwendungen	1.125	1.054	2.179	1.439	1.584	3.023
Zinsüberschuss	242	7	249	232	22	254
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	79	-7	72	-79	-22	-101

Die laufenden Zinszahlungen aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten wurden zum 31. Dezember 2009 erstmalig im Zinsergebnis (vormals im Handelsergebnis) ausgewiesen. Es handelt sich bei dem Ausweis um ein Wahlrecht nach IFRS 7 unter Berücksichtigung der grundsätzlichen Stetigkeit und einer damit verbundenen Änderung der Rechnungslegungsmethode, die nach IAS 8 entsprechend zu berücksichtigen ist. Diese Änderung ist zulässig, da in der Folge das Zinsergebnis der Bremer Landesbank zuverlässigere und relevantere Informationen im Sinne von IAS 8.14(b) vermittelt, wenn sämtliche Zinserträge und Aufwendungen in derselben GuV-Hauptposition ausgewiesen werden.

	31.12.2009			31.12.2008		
	vor Anpassung (in Mio. €)	Anpassung (in Mio. €)	nach Anpassung (in Mio. €)	vor Anpassung (in Mio. €)	Anpassung (in Mio. €)	nach Anpassung (in Mio. €)
Finanzanlagen	6.429	13	6.442	6.967	31	6.998
Neubewertungsrücklage	28	13	41	3	31	34
Eigenkapital	947	13	960	905	31	936

Im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008 wurden zwei Finanzanlagen der Kategorie AfS (Anteile an Unternehmen) nicht zum Fair Value bilanziert. Außerdem wurde bei der Ertragswertermittlung erstmals im Rahmen einer einheitlichen Vorgehensweise im NORD/LB-Konzern der Adjusted Betafaktor statt des Raw-Betafaktors verwendet. Um die Volatilität der Beteiligungsbewertung im Zeitablauf zu glätten, wurde das Raw Beta, welches das historische Beta eines Unternehmens darstellt, durch das Adjusted Beta, welches eine Schätzung der künftigen Betaentwicklung repräsentiert, ersetzt.

Der Anpassungsbetrag von 31 Mio. € zum 31. Dezember 2008 verteilt sich wie folgt: Zu Beginn des Geschäftsjahres 2008 waren nicht zum Fair Value bilanzierte Finanzanlagen in Höhe von 22 Mio. € abzüglich 2 Mio. € durch erstmaligen Ansatz des Adjusted Beta für die Beteiligungsbewertung anzupassen. Zum 31. Dezember 2008 waren durch Ansatz des Adjusted Beta nochmals 11 Mio. € anzupassen. Die Anpassungsbeträge für den Berichtsstichtag und den Vorjahresstichtag sind in der obigen Tabelle dargestellt.

Auf einen Drei-Spalten-Ausweis in der Konzernbilanz entsprechend IAS 1 Rev. wurde verzichtet, da sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vergleichsperiode ergeben.

(3) Angewandte IFRS

Die Bremer Landesbank wendet nur die IFRS an, die durch die EU anerkannt wurden (Endorsement).

Der Konzernabschluss der Bremer Landesbank zum 31. Dezember 2009 basiert demzufolge auf dem Rahmenkonzept des IASB und den folgenden IFRS:

IFRS 1	Erstmalige Anwendung der IFRS
IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse
IFRS 5	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebenen Geschäftsbereiche
IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben
IFRS 8	Geschäftssegmente
IAS 1	Darstellung des Abschlusses
IAS 2	Vorräte
IAS 7	Kapitalflussrechnungen
IAS 8	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler
IAS 10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
IAS 12	Ertragsteuern
IAS 16	Sachanlagen
IAS 17	Leasingverhältnisse
IAS 18	Erträge
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer
IAS 20	Bilanzierung und Darstellung von Zuwendungen der öffentlichen Hand
IAS 21	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse
IAS 23	Fremdkapitalkosten
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen
IAS 27	Konzern- und separate Einzelabschlüsse
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung
IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten
IAS 37	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung
IAS 40	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
IFRIC 4	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält
IFRIC 9	Neubeurteilung eingebetteter Derivate
SIC 10	Beihilfen der öffentlichen Hand – kein spezifischer Zusammenhang mit betrieblichen Tätigkeiten
SIC 12	Konsolidierung – Zweckgesellschaften
SIC 15	Operating-Leasingverhältnisse – Anreizvereinbarungen
SIC 21	Ertragsteuern – Realisierung von Neubewerteten, nicht planmäßig abzuschreibenden Vermögenswerten
SIC 25	Ertragsteuern – Änderungen im Steuerstatus eines Unternehmens oder seiner Anteilseigner
SIC 27	Beurteilung des wirtschaftlichen Gehalts von Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen

Keine Berücksichtigung fanden IFRS 2, 4 und 6, IAS 11, 26, 29, 31, 33, 34 und 41 sowie IFRIC 1, 2, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16 und SIC 7, 13, 29, 31 und 32, da sie für den Konzern nicht einschlägig sind oder nicht verpflichtend für den Abschluss per 31. Dezember 2009 anzuwenden waren.

Gemäß den Vorschriften des IAS 39 sind unter bestimmten Voraussetzungen Umwidmungen von Finanzinstrumenten aus der Kategorie HfT und der Kategorie AfS in die Kategorie LaR erlaubt. Im Bremer Landesbank Konzern wurde von diesen Umwidmungswahlrechten kein Gebrauch gemacht.

Von der vorzeitigen Anwendung der folgenden Standards, die erst nach dem 31. Dezember 2009 umzusetzen sind, wurde zulässigerweise abgesehen:

- **IFRS 3 (rev. 2008) Unternehmenszusammenschlüsse und IAS 27 (rev. 2008) Konzern- und separate Einzelabschlüsse**

Die überarbeiteten Standards wurden im Januar 2008 veröffentlicht und sind verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. IFRS 3 (rev. 2008) führt eine Reihe von Änderungen in der Bilanzierung von Unternehmenszusammenschlüssen ein, die sich auf den bilanzierten Betrag des Goodwills und auf die Ergebnisse zukünftiger Unternehmenszusammenschlüsse im Zeitpunkt der Akquisition und darüber hinaus auswirken. IAS 27 (rev. 2008) verlangt die Behandlung von Veränderungen der Eigentümerstruktur bei Tochterunternehmen als Eigenkapitaltransaktion.

- **IAS 24 (rev. 2009) Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen**

Der IAS 24 wurde im November 2009 veröffentlicht und tritt für Berichtsperioden in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Durch die Überarbeitung wird Unternehmen, an denen der Staat beteiligt ist (sog. state-controlled entities), eine Teilausnahme hinsichtlich der zu veröffentlichen Angaben gewährt. Bestimmte Angaben müssen nicht gemacht werden, wenn deren Bereitstellung mit hohem Kostenaufwand verbunden oder für die Adressaten wenig informativ sind. Darüber hinaus wurde die Definition der nahestehenden Unternehmen und Personen grundlegend überarbeitet.

- **IAS 32 Klassifizierung von Bezugsrechten**

Die Änderung von IAS 32 wurde im Oktober 2009 veröffentlicht und ist erstmals im Geschäftsjahr anzuwenden, das am oder nach dem 1. Februar 2010 beginnt. Diese Änderung beinhaltet eine Anpassung der Definition einer finanziellen Verbindlichkeit dergestalt, dass bestimmte Bezugsrechte als Eigenkapitalinstrumente eingestuft werden können. Dies gilt dann, wenn diese Rechte gegenwärtigen Eigentümern von nichtderivativen Eigenkapitalinstrumenten der gleichen Klasse eines Unternehmens anteilig gewährt werden, um eine festgelegte Anzahl von Eigenkapitalinstrumenten des Unternehmens zu einem Festpreis in einer beliebigen Währung zu erwerben.

- **IAS 39 Geeignete Grundgeschäfte**

Die Änderung von IAS 39 wurde im Juli 2008 veröffentlicht und ist retrospektiv erstmals im Geschäftsjahr anzuwenden, das am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnt. Es wird klargestellt, dass es zulässig ist, lediglich einen Teil der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts oder der Cashflow-Schwankungen eines Finanzinstruments als Grundgeschäft zu designieren. Dies umfasst auch die Designation der Inflation als Risiko oder Teil eines Finanzinstruments in bestimmten Fällen.

Des Weiteren wurde von einer vorzeitigen Anwendung der folgenden geänderten Standards, die verpflichtend für das Geschäftsjahr ab dem 1. Januar 2010 anzuwenden sind, abgesehen:

- Improvements to IFRS
- IFRIC 15 – Vereinbarungen über die Errichtung von Immobilien
- IFRIC 16 – Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb
- IFRIC 17 – Sachdividenden an Eigentümer
- IFRIC 18 – Übertragung von Vermögenswerten durch einen Kunden

Folgende EU-Endorsements sind noch nicht erfolgt:

- Änderung von IFRS 1 – Weitere Ausnahmeregelungen für IFRS-Erstanwender
- Änderung von IFRS 2 – Konzerninterne anteilsbasierte Vergütungen mit Barausgleich
- Verbesserung zu IFRS 2009
- IFRS 9 – Finanzinstrumente: Klassifikation und Bewertung

Der IFRS 9 wurde im November 2009 veröffentlicht und ist verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Der Standard soll schrittweise in drei Phasen den aktuellen IAS 39 ablösen. Die aktuell veröffentlichte erste Phase beinhaltet die Regelungen der Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten. Für die Kategorisierung von finanziellen Vermögenswerten nach IFRS 9 gibt es nur noch zwei Möglichkeiten; die Bewertung zu den fortgeführten Anschaffungskosten und die Bewertung zum Fair Value. Die Kategorisierung orientiert sich künftig nach dem Geschäftsmodell des Bilanzierenden und den vertraglichen vereinbarten Zahlungsströmen des Vermögenswerts. Des Weiteren sind die Regelungen für eingebettete Derivate und die Umwidmung modifiziert worden.

- Änderung von IFRS 1 – Begrenzte Ausnahmen für IFRS-Erstanwender von Vergleichsangaben nach IFRS 7
- IAS 24 – Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen (überarbeitet 2009)
- Änderung von IFRIC 14 – Vorauszahlungen aus Mindestdotierungsverpflichtungen
- IFRIC 19 – Ablösung finanzieller Verbindlichkeiten mit Eigenkapitalinstrumenten

Für die erstmalige Anwendung dieser Vorschriften in den Folgeperioden werden mit Ausnahme des IFRS 9 keine wesentlichen Einflüsse auf die Bilanzierung und Bewertung erwartet.

(4) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Bremer Landesbank, der nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt wird, beinhaltet den Abschluss des Mutterunternehmens

und der von ihr kontrollierten Unternehmen einschließlich der Zweckgesellschaften (Tochtergesellschaften). Kontrolle liegt vor, wenn das Unternehmen die Möglichkeit besitzt, die Finanz- und Geschäftspolitik eines Unternehmens zu bestimmen, um aus dessen Tätigkeit Nutzen zu ziehen.

Die Kapitalkonsolidierung wird nach der Erwerbsmethode vorgenommen. Dabei werden alle Vermögenswerte und Verpflichtungen der Tochtergesellschaften zum Zeitpunkt der Erlangung des beherrschenden Einflusses mit ihrem Fair Value unter Berücksichtigung latenter Steuern angesetzt. Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochtergesellschaften werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als Anteile ohne beherrschenden Einfluss ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie konzerninterne Aufwendungen und Erträge werden im Rahmen der Schulden- bzw. Aufwands- und Ertragskonsolidierung eliminiert. Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden im Rahmen der Zwischenergebniseliminierung konsolidiert.

Die Ergebnisse der im Laufe des Jahres hinzugekommenen oder abgegangenen Tochtergesellschaften werden entsprechend ab dem Erwerbszeitpunkt oder bis zum Abgangszeitpunkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet und als Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen. Die Anschaffungskosten dieser at Equity bewerteten Unternehmen und die Unterschiedsbeträge werden zum Zeitpunkt der Erlangung des maßgeblichen Einflusses bestimmt. Hierbei werden die gleichen Regeln wie bei Tochtergesellschaften angewandt. Die Fortschreibung des At-Equity-Wertes erfolgt auf Basis der konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erfolgswirksam bzw. erfolgsneutral. Verluste, die den At-Equity-Wert übersteigen, werden nicht erfasst, es sei denn, der Konzern ist rechtliche oder faktische Verpflichtungen eingegangen bzw. leistet Zahlungen an Stelle des at Equity bewerteten Unternehmens.

Bei Transaktionen zwischen einem Konzernunternehmen und einem assoziierten Unternehmen werden Gewinne und Verluste im Umfang des Konzernanteiles an dem entsprechenden Unternehmen eliminiert.

Eine Entkonsolidierung wird zu dem Zeitpunkt vorgenommen, ab welchem kein beherrschender oder maßgeblicher Einfluss mehr besteht.

(5) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss sind neben der Bremer Landesbank als Mutterunternehmen folgende Tochtergesellschaften und Investmentfonds einbezogen, an denen die Bremer Landesbank direkt oder indirekt mehr als 50% der Stimmrechte hält oder anderweitig einen beherrschenden Einfluss ausüben kann:

- BLB Immobilien GmbH
- BLB Leasing GmbH

- Bremische Grundstücks-GmbH
- Nordwest Vermögen Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG

Zudem werden folgende assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bilanziert:

- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG
- BREBAU GmbH
- Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH
- GSG Oldenburg Bau- und Wohngesellschaft mbH
- Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds

Die nachstehenden Tochtergesellschaften befinden sich in Liquidation, wurden liquidiert oder veräußert und werden daher nicht mehr konsolidiert:

Liquidation:

- A-Bremer Landesbank-Aktienfonds
- NC - Fonds SP 100 Poolfonds 1

Im Februar 2009 ist der A-Bremer Landesbank-Aktienfonds aufgrund der Fondsauflösung aus dem Vollkonsolidierungskreis ausgeschieden. In diesem Zusammenhang ergab sich ein Entkonsolidierungsverlust in Höhe von 3 Mio. € im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Der nach der Equity-Methode bewertete NC – Fonds SP 100 Poolfonds 1, Hannover, wurde aufgelöst und der Fonds somit entkonsolidiert. Aus der Entkonsolidierung ergab sich ein unwesentlicher Ergebnisbeitrag.

Das assoziierte Unternehmen Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede, wurde mit einem abweichenden Abschluss-Stichtag nach der Equity-Methode bewertet, da die Gesellschaft ihren Abschluss erst nach der Abschlusserstellung des Berichtsunternehmens erstellt.

Die Tochtergesellschaften, Investmentfonds, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sowie die Beteiligungen können der Anteilsbesitzliste (Note (75)) entnommen werden.

(6) Währungsumrechnung

Auf fremde Währung lautende monetäre Vermögenswerte und Verpflichtungen und nicht monetäre Posten, die zum Fair Value bewertet werden, sind mit den EZB-Referenzkursen zum 31. Dezember 2009 umgerechnet. Nicht monetäre Posten, die zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet werden, sind zu historischen Kursen angesetzt. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung werden mit marktgerechten Kursen umgerechnet. Währungsdifferenzen monetärer Posten schlagen sich in der Gewinn- und Verlustrechnung nieder; bei nicht monetären

Posten erfolgt die Vereinnahmung gemäß der Erfassung der Gewinne bzw. Verluste solcher Posten erfolgsneutral oder erfolgswirksam.

Zu konsolidierende ausländische Tochtergesellschaften, deren funktionale Währung nicht Euro ist, sind nicht vorhanden.

(7) Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist definiert als Vertrag, der bei einem Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei einem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verpflichtung oder zu einem Eigenkapitalinstrument führt. Die Finanzinstrumente der Bremer Landesbank sind bilanziell entsprechend erfasst. Sie werden gemäß den Vorgaben des IAS 39 den Haltekategorien zugeordnet und in Abhängigkeit der Zuordnung bewertet.

Die Finanzinstrumente beinhalten Finanzgarantien gemäß der Definition des IAS 39.

Zugang und Abgang von Finanzinstrumenten

Der Bilanzansatz eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verpflichtung erfolgt, wenn der Konzern Vertragspartei zu den vertraglichen Regelungen des Finanzinstruments wird. Bei regulären Kassakäufen oder -verkäufen von finanziellen Vermögenswerten fallen Handels- und Erfüllungstag im Allgemeinen auseinander. Für diese regulären Kassakäufe oder -verkäufe besteht ein Wahlrecht der Bilanzierung zum Handelstag (Trade Date Accounting) oder zum Erfüllungstag (Settlement Date Accounting). Im Konzern erfolgt für alle finanziellen Vermögenswerte bei Ansatz und Abgang Trade Date Accounting.

Die Abgangsvorschriften des IAS 39 richten sich sowohl nach dem Konzept der Chancen und Risiken als auch nach dem der Verfügungsmacht, wobei bei der Prüfung von Ausbuchungsvorgängen die Bewertung der Chancen und Risiken aus dem Eigentum Vorrang vor der Bewertung der Übertragung der Verfügungsmacht hat.

Bei einer nur teilweisen Übertragung der Chancen und Risiken und der Zurückbehaltung von Verfügungsmacht kommt der Continuing-Involvement-Ansatz zur Anwendung. Der finanzielle Vermögenswert wird dabei unter Berücksichtigung spezieller Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden in dem Umfang erfasst, der seinem fortdauernden Engagement (Continuing Involvement) entspricht. Die Höhe des Continuing Involvements bestimmt sich aus dem Umfang, in dem der Konzern weiterhin das Risiko von Wertänderungen des übertragenen Vermögenswertes trägt.

Eine finanzielle Verpflichtung (oder ein Teil einer finanziellen Verpflichtung) wird ausgebucht, wenn sie erloschen ist, d.h., wenn die im Vertrag genannten Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind. Auch der Rückerwerb eigener Schuldtitel fällt unter die Ausbuchung finanzieller Verpflichtungen. Unterschiedsbeträge beim Rückkauf zwischen dem Buchwert der Verpflichtung (einschließlich Agien und Disagien) und dem Kaufpreis werden erfolgswirksam erfasst; bei Wiederveräußerung zu einem späteren Zeitpunkt entsteht eine neue finanzielle Verpflichtung, deren Anschaffungskosten dem Veräußerungserlös entsprechen. Unterschiedsbeträge zwischen diesen neuen Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag werden nach der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit des Schuldtitels verteilt.

Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und ihre Bewertung

Die erstmalige Erfassung von finanziellen Vermögenswerten bzw. finanziellen Verpflichtungen erfolgt zum Fair Value. Für die im Konzernabschluss erfassten Finanzgarantien wird die Bruttomethode verwendet. Bei Finanzinstrumenten der Kategorien Loans and Receivables (LaR), Held to Maturity (HtM), Available for Sale (AfS) und Other Liabilities (OL) werden Transaktionskosten in die Anschaffungskosten einbezogen, soweit sie direkt zurechenbar sind. Sie werden im Rahmen der effektivzinskonstanten Verteilung der Agien und Disagien auf den Nominalwert bzw. Rückzahlungsbetrag berücksichtigt. Bei Finanzinstrumenten der Kategorie Financial Assets or Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss (aFV) werden die Transaktionskosten sofort erfolgswirksam erfasst.

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welcher Kategorie nach IAS 39 sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbs zugeordnet werden:

Loans and Receivables (LaR – Kredite und Forderungen)

Dieser Kategorie werden nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind, zugeordnet, soweit sie nicht als Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss (aFV) oder Available for Sale (AfS) kategorisiert sind. Die Kategorie LaR ist die umfangreichste im Konzern, da hier im Wesentlichen das gesamte klassische Kredit- und Darlehensgeschäft abgebildet wird. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten (Amortised Cost) unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Agien bzw. Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam berücksichtigt. Zu jedem Bilanzstichtag sowie bei Hinweisen auf potenzielle Wertminderungen werden Loans and Receivables (LaR) auf Werthaltigkeit geprüft und gegebenenfalls wertberichtigt (vgl. Notes (31) Risikovorsorge und (23) Ergebnis aus Finanzanlagen). Bei Vorliegen eines Impairments wird dieses bei der Berücksichtigung der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam berücksichtigt. Wertaufholungen werden erfolgswirksam vorgenommen. Die Obergrenze der Wertaufholung bilden die fortgeführten Anschaffungskosten, die sich zum Bewertungszeitpunkt ohne Wertminderungen ergeben hätten.

Held to Maturity (HtM – bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinstrumente)

Dieser Kategorie können nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen sowie einer festen Laufzeit zugeordnet werden, für die die Absicht und Fähigkeit besteht, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Eine Zuordnung kann insoweit erfolgen, als dass die Finanzinstrumente nicht als Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss (aFV), als Available for Sale (AfS) oder als Loans and Receivables (LaR) kategorisiert sind. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten (Amortised Cost) unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Im Konzernabschluss findet die Kategorie Held to Maturity gegenwärtig keine Anwendung.

Financial Assets or Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss (aFV – erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten)

Diese Kategorie umfasst zwei Unterkategorien:

Held for Trading (HfT – zu Handelszwecken gehalten)

Diese Unterkategorie umfasst Finanzinstrumente (Handelsaktiva und Handelspassiva), die mit der Absicht erworben wurden, Gewinne aus kurzfristigen Käufen und Verkäufen zu erzielen und beinhaltet sämtliche Derivate, soweit sie nicht Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accounting darstellen. Handelsaktiva setzen sich im Wesentlichen aus Geldmarktpapieren, Anleihen und Schuldverschreibungen sowie Derivaten mit positivem Fair Value zusammen. Handelspassiva umfassen im Wesentlichen Derivate mit negativem Fair Value. Handelsaktiva und Handelspassiva werden im Rahmen der Folgebewertung erfolgswirksam zum Fair Value erfasst. Eine separate effektivzinskonstante Amortisation von Agien und Disagien erfolgt nicht.

Designated at Fair Value through Profit or Loss

(DFV – zum Fair Value designierte Finanzinstrumente) Dieser als Fair-Value-Option bekannten Unterkategorie können, bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen, sämtliche Finanzinstrumente zugeordnet werden. Durch die Ausübung der Fair-Value-Option können die aus den unterschiedlichen Bewertungsmethoden entstehenden Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen vermieden bzw. signifikant verringert werden (z.B. durch Abbildung wirtschaftlicher Sicherungsbeziehungen ohne die restriktiven Anforderungen des Hedge Accountings). Des Weiteren ist es durch Zuordnung zu dieser Kategorie möglich, auf eine Separierung strukturierter Produkte zu verzichten. Erläuterungen zu Art und Umfang der Anwendung der Fair-Value-Option im Konzern sind in Note (58) dargestellt. Finanzinstrumente, für die die Fair-Value-Option angewandt wird, werden in der entsprechenden Bilanzposition ausgewiesen und im Rahmen der Folgebewertung erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Eine effektivzinskonstante Amortisation im Zinsergebnis erfolgt nicht.

Available for Sale (AfS – zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte)

Alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugewiesen wurden, sind dieser Kategorie zugeordnet. Dabei handelt es sich insbesondere um Anleihen und Schuldverschreibungen sowie Aktien und Beteiligungen. Die Folgebewertung wird zum Fair Value vorgenommen; ist der Fair Value für Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente wie z.B. bestimmte Aktien oder Beteiligungen, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt (sowie Derivate auf solche), nicht verlässlich ermittelbar, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten. Das Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung wird erfolgsneutral in einer gesonderten Eigenkapitalposition (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen. Bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswertes wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis aufgelöst und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Bei bonitätsinduzierten Wertminderungen (Impairment) ist der Unterschiedsbetrag zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem aktuellen Fair Value in der Gewinn- und Verlustrechnung zu berücksichtigen. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden erfolgswirksam, Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten – soweit nicht zu Anschaffungskosten bewertet – erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Unterschiede zwischen Anschaffungskosten

und Rückzahlungsbetrag werden mittels der Effektivzinsmethode erfolgswirksam amortisiert. Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte wird zu jedem Bilanzstichtag beurteilt, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Vermögenswerts oder einer Gruppe von Vermögenswerten vorliegen. Für Eigenkapitaltitel, die als Available for Sale klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Value der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Für Schuldtitel, die als Available for Sale klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt.

Other Liabilities (OL – sonstige finanzielle Verbindlichkeiten)

Zu dieser Kategorie zählen insbesondere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten sowie das Nachrangkapital, soweit diese Passiva nicht im Rahmen der Fair-Value-Option als DFV designiert wurden. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten (Amortised Cost) unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Die Buchwerte und Nettoergebnisse pro Bewertungskategorie finden sich in den Notes (51) und (52).

Ermittlung des Fair Values

Im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise wurden beginnend mit dem Jahr 2007 seitens des IASB, weiterer Standardsetter und der entsprechenden Fachgremien Diskussionen über die Bewertungshierarchie zur Ermittlung des Fair Value geführt. Seit dem 4. Quartal des Jahres 2008 intensivierten sich diese Erörterungen in Bezug auf angemessene Bewertungsmodelle für Finanzinstrumente auf inaktiven Märkten und die Definition, wann ein Markt als inaktiv gilt.

Für den Bremer Landesbank Konzern wurde seitdem die vom IDW vorgeschlagene fünfstufige Fair-Value-Hierarchie des IAS 39 aktiver Markt (Stufe 1–2), nicht-aktiver Markt (Stufe 3–5) in Analogie zu den US-GAAP-Vorschriften und mit den in SFAS 157 verankerten Ausprägungen und Begrifflichkeiten Mark-to-Market, Mark-to-Matrix und Mark-to-Model umgesetzt.

Im März 2009 hat das IASB eine Änderung des IFRS 7 veröffentlicht, welche sich im Wesentlichen auf Angabepflichten im Zusammenhang mit der Fair-Value-Bewertung von Finanzinstrumenten bezieht. Nach den neuen Vorschriften wird im Bremer Landesbank Konzern in diesem Geschäftsjahr erstmals die Hierarchie mit der im IFRS 7 vorgesehenen Terminologie Level 1, Level 2 und Level 3 eingesetzt.

Das jeweilige Level bestimmt sich nach den verwendeten Inputdaten, die zur Bewertung herangezogen werden, und spiegelt die Marktnähe der in die Ermittlung des Fair Values eingehenden Variablen wider. Die bisher im Bremer Landesbank Konzern verwandte und die mit den Vorgaben aus IFRS 7 neu implementierte Terminologie entsprechen sich dabei im Wesentlichen. Lediglich das seit dem Jahresabschluss 2008 für Bewertungszwecke etablierte Mark-to-Matrix-Verfahren ist differenziert nach den Eingangsparametern sowohl in das Level 2 als auch in das Level 3 zuzuordnen.

Im Rahmen der im Geschäftsjahr 2009 angewandten Fair-Value-Hierarchie wird ein Finanzinstrument in das Level 1 eingestuft, soweit dieses auf einem aktiven Markt gehandelt wird und zur Bestimmung des Fair Values öffentlich notierte Börsenkurse oder tatsächlich gehandelte

Preise am OTC-Markt Anwendung finden. Sofern keine Börsenkurse oder tatsächlich gehandelte Preise am OTC-Markt erhältlich sind, werden bei der Level-1-Bewertung zur Wertermittlung grundsätzlich Preisnotierungen von Händlern genutzt. Dabei finden beim Rückgriff auf andere Preisquellen als Börsen Quotierungen Verwendung, die von anderen Banken oder Market Makern eingestellt werden.

Für den Fall, dass nicht auf Preisnotierungen auf aktiven Märkten zurückgegriffen werden kann, wird der Fair Value über anerkannte Bewertungsmethoden bzw. -modelle sowie über externe Pricing Services ermittelt, sofern die Bewertung dort ganz oder in Teilen über Spread-Kurven erfolgt (Level 2).

Im Bereich der Bewertung von Finanzinstrumenten zählen hierzu unter üblichen Marktbedingungen am Markt etablierte Bewertungsmodelle (z.B. Discounted-Cash-Flow-Methode), deren Berechnungen grundsätzlich auf am Markt verfügbaren Eingangsparametern basieren. Es gilt die Maßgabe, dass Einflussgrößen in die Bewertung einbezogen werden, die ein Marktteilnehmer bei der Preisfestsetzung berücksichtigen würde. Die entsprechenden Parameter werden – sofern möglich – dem Markt entnommen, auf dem das Instrument emittiert oder erworben wurde.

Bewertungsmodelle werden vor allem bei OTC-Derivaten und für auf inaktiven Märkten notierte Wertpapiere eingesetzt. In die Modelle fließen verschiedene Parameter ein, wie Marktpreise und andere Marktnotierungen, beispielsweise Volatilität und Marktliquidität. Wenn es in Einzelfällen erforderlich ist, gegebenenfalls bei der Verwendung von Optionspreismodellen, Schätzungen vorzunehmen, wird dabei stets eine marktübliche Methode angewandt.

Für diese Level-2-Bewertungen werden diejenigen Marktdaten verwendet, die bereits als Grundlage für das Risikocontrolling Anwendung finden. Bei Discounted-Cash-Flow Methoden werden alle Zahlungen mit der um den Credit Spread des Kontrahenten adjustierten risikolosen Zinskurve diskontiert. Die Spreads werden auf Grundlage vergleichbarer Finanzinstrumente (beispielsweise unter Berücksichtigung des jeweiligen Marktsegments und der Emittentenbonität) ermittelt.

Im Verlaufe des Jahres 2008 haben Teile der Geld- und Kapitalmärkte ihre Funktionsfähigkeit verloren, was in der Folge zur Verunsicherung der Marktteilnehmer, zur Illiquidität einiger Märkte und zu rückläufigen Investments in Sekundärmarktprodukte geführt hat. Dies hatte zur Konsequenz, dass am Markt für einige Finanzinstrumente keine umsatzfähige Preisbildung mehr stattfand, Quotierungen zum Teil Abwehrkonditionen darstellten und einige Umsätze zu Firesale-Konditionen getätigt wurden.

Für Finanzinstrumente, für die am 31. Dezember 2009 kein aktiver Markt vorlag und bei denen zur Bewertung nicht mehr auf Marktpreise zurückgegriffen werden konnte, ist seit dem Jahresabschluss 2008 für Bewertungszwecke eine Fair-Value-Ermittlung nach einem im Jahr 2008 etablierten Mark-to-Matrix-Verfahren auf Basis von diskontierten Cashflows vorzunehmen.

Die Feststellung, welches Finanzinstrument im Bremer Landesbank Konzern auf diese Weise zu bewerten ist, erfolgt auf Einzeltitelbasis und einer darauf aufbauenden Trennung in aktive und inaktive Märkte. Eine veränderte Einschätzung des Marktes wird kontinuierlich bei der Bewertung herangezogen.

Das Bewertungsmodell für Finanzinstrumente auf inaktiven Märkten basiert dabei auf laufzeit-spezifischen Zinssätzen, der Bonität des jeweiligen Emittenten sowie einer angemessenen Verzinsung des gebundenen Eigenkapitals. Als Parameter im Verfahren werden u.a. auch die Ratings der jeweiligen Kontrahenten verwendet.

Da im Verfahren die von der Bremer Landesbank verwandten internen Ratings des Internal Ratings-Based Approachs (auf internen Ratings basierender Ansatz) eingehen, sind die Finanzinstrumente dem Level 3 zuzuordnen.

Eine Zuordnung zum Level 3 erfolgt unabhängig davon, dass die internen Daten für die aufsichtsrechtliche Zulassungsprüfung mit Daten aus öffentlich verfügbaren Ratings kalibriert wurden, welche Grundlage von Preisentscheidungen von Marktteilnehmern sind. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass für Finanzinstrumente, bei denen kein aktiver Markt mehr existiert und für deren Bewertung nicht mehr auf Marktpreise und nicht mehr vollständig auf beobachtbare Marktparameter zurückgegriffen werden kann, eine Fair-Value-Ermittlung nach dem sogenannten Level 3-Verfahren vorliegt.

Im Vergleich und in Abgrenzung zur Level-2-Bewertung werden bei dieser Methode sowohl institutsspezifische Modelle verwendet als auch Daten einbezogen, welche nicht am Markt beobachtbar sind. Der Anteil dieser Parameter ist möglichst gering gehalten, und die Einbeziehung von marktspezifischen Daten wird bevorzugt, d.h., Basissignale des Marktes, die am Bilanzstichtag zu beobachten sind, werden in die Methodik einbezogen.

Über das Level-3-Verfahren werden CDS-Papiere und Wertpapiere des Konzerns bewertet, bei denen der Markt als inaktiv eingestuft wurde. Darüber hinaus werden auch die übrigen mit auf einem internen Rating basierendem Ansatz bewerteten verzinslichen Wertpapiere dem Level 3 zugeordnet.

Sämtliche im Konzern eingesetzte Bewertungsmodelle werden periodisch überprüft.

Weitere Angaben zur Fair-Value-Hierarchie und den Fair Values von Finanzinstrumenten finden sich in Note (50) und (54).

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 „Reclassification of Financial Assets“

Von der Möglichkeit der Umklassifizierung von finanziellen Vermögenswerten aufgrund der Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 „Reclassification of Financial Assets“ hat der Konzern keinen Gebrauch gemacht.

Finanzanlagen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zum Fair Value ausgewiesen, wobei sich der Fair Value aus dem Barwert der mit dem Eigentum an dem Unternehmen verbundenen zukünftigen Nettozuflüsse an die Unternehmenseigner (Zukunftserfolgswert) ergibt. Die zur Ermittlung des Ertragswerts abzuzinsenden Nettoeinnahmen der Unternehmenseigner ergeben sich vorrangig aus den Ausschüttungen der vom Unternehmen erwirtschafteten finanziellen Überschüsse.

Ausgangspunkt der Ermittlung des beizulegenden Wertes der Beteiligung ist folglich eine Prognose über die Ergebnisentwicklung des Jahres 2009 sowie eine Detailplanung für das Jahr

2010 und gegebenenfalls eine Mittelfristplanung über die folgenden bis zu vier Jahre (Planungsphase I). Für die Folgejahre, die über den Planungshorizont hinausgehen, wird in der Regel eine ewige Lebensdauer der Unternehmung unterstellt. Dazu wird eine sog. ewige Rente ermittelt, die den nachhaltigen Zustand des Beteiligungsunternehmens widerspiegeln soll (Planungsphase II). Diese erwarteten Zukunftserfolge werden unter Berücksichtigung der erwarteten Ausschüttungen auf den Bilanzstichtag abgezinst.

Der verwendete Diskontierungszinssatz repräsentiert die Rendite aus einer zur Investition in das Beteiligungsunternehmen adäquaten Alternativanlage hinsichtlich Fristigkeit sowie Risiko und wird auf Basis eines Kapitalmarktmodells abgeleitet. Der Diskontierungszinssatz setzt sich aus den Komponenten risikofreier Zinssatz sowie Risikozuschlag aufgrund des Risikos künftiger finanzieller Überschüsse zusammen. Der Risikozuschlag stellt dabei das Produkt aus einer durchschnittlichen Marktrisikoprämie und des Betafaktors dar, der die unternehmensspezifische Risikostruktur des jeweils zu bewertenden Unternehmens zum Ausdruck bringt. Als relatives Maß beschreibt der Betafaktor, in welchem Ausmaß die Rendite des betreffenden Wertpapiers an dem Beteiligungsunternehmen die Veränderungen der Rendite des Marktportfolios nachvollzieht.

Zur Bewertung von Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen werden Vergleichsgruppen vergleichbarer börsengehandelter Titel gebildet und für jeden Einzelwert das Beta in Relation zum jeweiligen landesweiten Index berechnet. In Summe fließt der auf diese Weise ermittelte Betafaktor der Vergleichsgruppe als wesentlich wertbestimmender Multiplikator in die Berechnung des Kapitalisierungszinses ein.

Das Raw Beta stellt dabei das historische Beta eines Unternehmens dar, wie es sich aus einer linearen Regression der Aktienrendite gegen die Rendite des Marktportfolios ergibt. Alternativ zur Verwendung des Raw Betas repräsentiert das Adjusted Beta eine Schätzung der künftigen Betaentwicklung. Für das Jahr 2009 wird im Rahmen einer einheitlichen Vorgehensweise im NORD/LB-Konzern erstmals der Adjusted Betafaktor ($\text{Adjusted Beta} = \text{Raw Beta} \times 0,67 + 0,33$) genutzt, um die Volatilität der Beteiligungsbewertung im Zeitablauf zu glätten. Der Methodenwechsel hat in der Summe zu einem um 13 Mio. € höheren Ansatz der in den Finanzanlagen enthaltenen Beteiligungen bzw. Anteilen an verbundenen Unternehmen geführt.

Strukturierte Produkte

Strukturierte Produkte setzen sich aus zwei Bestandteilen – einem oder mehreren eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten (Embedded Derivatives, z.B. Swaps, Futures, Caps) und einem Basisvertrag (Host Contract, z.B. Finanzinstrumente, Leasingverträge) – zusammen. Beide Bestandteile sind Gegenstand nur eines Vertrages über das strukturierte Produkt, d.h., diese Produkte bilden eine rechtliche Einheit und können aufgrund der Vertragseinheit nicht getrennt voneinander gehandelt werden.

Nach IAS 39 ist ein eingebettetes Derivat vom Basisvertrag zu trennen und als eigenständiges Derivat zu bilanzieren, sofern folgende Kriterien kumulativ erfüllt sind:

- Die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats sind nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken des Basisvertrages verbunden.

- Ein eigenständiges Derivat mit den gleichen Bedingungen wie das eingebettete derivative Finanzinstrument würde die Definition eines derivativen Finanzinstruments erfüllen.
- Das strukturierte Produkt wird nicht erfolgswirksam zum Fair Value angesetzt (Kategorie aFV).

Im Konzern werden trennungspflichtige Finanzinstrumente – sofern nicht der Kategorie aFV zugeordnet – getrennt bewertet und ausgewiesen. Die Bilanzierung und Bewertung des Basisvertrags folgt den Vorschriften der zugewiesenen Kategorie des Finanzinstruments, die des eingebetteten Derivats erfolgt als Teil der Handelsaktiva bzw. Handelspassiva ergebniswirksam zum Fair Value.

Hedge Accounting (Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen)

Unter Hedge Accounting wird die buchhalterische und bilanzielle Abbildung von Sicherungsbeziehungen verstanden. In diesem Rahmen werden Hedge-Beziehungen zwischen Grund- und Sicherungsgeschäften gebildet. Ziel ist es, Schwankungen des Jahresergebnisses und des Eigenkapitals zu vermeiden, die aus der unterschiedlichen Bewertung der Grund- und Sicherungsgeschäfte resultieren.

Es werden drei Grundformen von Hedges unterschieden, die eine unterschiedliche Behandlung beim Hedge Accounting erfordern. Beim Fair Value Hedge Accounting werden (Teile von) Vermögenswerte(n) bzw. Verbindlichkeiten sowie feste Verpflichtungen gegen Wertänderungen des Fair Values abgesichert. Einem solchen Marktwertisiko unterliegen insbesondere die Emissions- und Kreditgeschäfte des Konzerns und die zinstragenden Wertpapiere. Es werden ausschließlich Einzelgeschäfte abgesichert. Zur Absicherung dieser Risiken werden Zinsswaps verwendet.

Die beiden anderen Grundformen Cashflow Hedge Accounting und Absicherung einer Nettoinvestition in einem ausländischen Geschäftsbetrieb werden im Konzern gegenwärtig nicht angewandt.

Sicherungsbeziehungen dürfen lediglich nach den Regeln des Hedge Accounting bilanziert werden, wenn die restriktiven Voraussetzungen des IAS 39 erfüllt wurden. Die Anforderungen des Hedge Accounting, insbesondere der Nachweis der Hedge-Effektivität, müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein. Für die prospektive Durchführung von Effektivitätstests wird im Konzern die Regressionsmethode eingesetzt. Für retrospektive Effektivitätstests kommt die modifizierte Dollar-Offset-Methode zum Einsatz, die auch das bei geringen Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft auftretende Problem der kleinen Zahl berücksichtigt.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accounting werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum Fair Value als positive bzw. negative Fair Values aus Hedge Accounting Derivaten bilanziert (Note (33) bzw. Note (45) Positive bzw. Negative Fair Values aus Hedge Accounting Derivaten). Die Bewertungsänderungen werden erfolgswirksam erfasst (Note (22) Ergebnis aus Hedge-Accounting-Derivaten). Für den gesicherten Vermögenswert bzw. die gesicherte Verpflichtung sind die aus dem gesicherten Risiko resultierenden Fair-Value-Änderungen ebenfalls ergebniswirksam in der Position Ergebnis aus Hedge Accounting zu vereinnahmen.

Bei Anwendung des Hedge Accounting für Finanzinstrumente der Kategorie AfS ist der Teil der Wertänderung, der auf abgesicherte Risiken entfällt, erfolgswirksam im Ergebnis aus Hedge Accounting erfasst, während der nicht auf das abgesicherte Risiko zurückzuführende Teil in der Neubewertungsrücklage verbucht wird.

Im Rahmen des Mikro Hedge Accounting werden die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente um die Veränderung des Fair Values, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen ist, im Bilanzansatz korrigiert (Hedge Adjustment).

Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grund- oder Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert oder ausgeübt wird bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind; zu den Grundgeschäften in effektiven Sicherungsbeziehungen vgl. Note (56).

Wertpapierpensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Im Fall echter Wertpapierpensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) führt eine Übertragung des in Pension gegebenen Wertpapiers zu keiner Ausbuchung, da das übertragende Unternehmen im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an dem Pensionsgegenstand verbundenen Chancen und Risiken zurückbehält. Der übertragene Vermögenswert ist somit weiterhin beim Pensionsgeber zu erfassen und gemäß der jeweiligen Kategorie zu bewerten. Die erhaltene Zahlung ist als finanzielle Verpflichtung zu passivieren (je nach Kontrahent unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden). Vereinbarte Zinszahlungen werden laufzeitgerecht als Zinsaufwendungen erfasst.

Reverse Repo-Geschäfte werden entsprechend als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert und der Kategorie Loans and Receivables zugeordnet. Die dem Geldgeschäft zugrunde liegenden in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden laufzeitgerecht als Zinserträge erfasst.

Die Grundsätze zur Bilanzierung von echten Pensionsgeschäften gelten analog für die Wertpapierleihe. Die verliehenen Wertpapiere werden als Wertpapierbestand ausgewiesen und gemäß IAS 39 bewertet, während entliehene Wertpapiere nicht bilanziert werden.

Gestellte Barsicherheiten für Wertpapierleihgeschäfte werden als Forderungen, erhaltene Sicherheiten als Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Bezüglich Umfang und Volumen von Wertpapierpensions- und Wertpapierleihgeschäften wird auf Note (60) verwiesen.

Bilanzierung von „Day-one profits and losses“

Soweit für die Bewertungsmodelle nicht beobachtbare Marktdaten verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Nach dem erstmaligen Ansatz eines solchen Finanzinstruments (Folgebewertung) ist ein Gewinn oder Verlust nur insoweit zu erfassen, wie er durch die Änderung eines Faktors (einschließlich Zeit) entstanden ist, den Marktteilnehmer bei der Ermittlung eines Preises (Fair Value) berücksichtigen würden (IAS 39.AG76A).

(8) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen ab. Für eingetretene, aber von der jeweiligen Konzerneinheit noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikomerkmale Portfoliowert-berichtigungen, deren Höhe auf Portfoliobasis – basierend auf historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten – ermittelt wird, gebildet. Bei der Gruppenbildung wurde die Branche als Sortier- und Ausweiskriterium ausgewählt. Die Berechnung der Portfoliowertberichtigung erfolgt auf Einzelgeschäftsebene. Basis der Berechnung der spezifischen Wertberichtigungshöhen auf Portfolioebene sind die Ratingnoten bzw. die hiermit zusammenhängenden Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability Default) und Verlusthöhen im Schadensfall (Loss Given Default). Als Maß für die Berechnung der Portfoliowertberichtigungen wird auf den sog. Expected Loss aus den Basel-II-Anforderungen zurückgegriffen. Zusätzlich kommt die Loss Identification Period (LIP) zur Anwendung. Diese stellt die Zeitspanne zwischen dem Eintritt eines Ausfallereignisses und dessen Identifikation bzw. Bekannt- werden dar.

In Anbetracht der gegenwärtigen Marktsituation wird für das Schiffsportfolio für die Ermittlung der PoWB auf Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten zurückgegriffen, die sich im Rahmen des Schiffe-Stresstests ergeben. Dabei wurde im Rahmen eines Stresstests der Ratinganwendung „Schiffsfinanzierungen“ ein Stress simuliert. Unter Berücksichtigung dieser verschärften Rahmenbedingungen wurde das Incurred Loss Potential im Schiffsfinanzierungsportfolio durch eine zusätzliche Portfoliowertberichtigung für die Segmente Container- und Bulkschifffahrt sowie Multipurpose abgedeckt.

In die portfoliobasierte Betrachtung gehen sämtliche nicht einzeln wertgeminderte Forderungen ein.

Der Bedarf für eine Wertberichtigung liegt vor, wenn aufgrund beobachtbarer Kriterien wahrscheinlich ist, dass nicht alle Zins- und Tilgungsverpflichtungen bzw. sonstigen Verpflichtungen termingerecht erfüllt werden können. Derartige Kriterien umfassen u.a. den Ausfall oder den Verzug bei Zins- oder Tilgungszahlungen von mindestens 90 Tagen und erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners.

Die Risikovorsorge betrifft Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden. Die Höhe der Wertberichtigungen bemisst sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert des erwarteten zukünftigen Cashflows. Für Finanzinstrumente der Kategorie aFV inklusive der Kategorie HfT wird kein gesondertes Impairment gebildet, da diese erfolgswirksam zum Fair Value bewertet sind und Wertminderungen somit im Periodenergebnis erfasst werden.

Die Risikovorsorge als separater Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung umfasst außerdem Aufwendungen bzw. Erträge aus der Bildung bzw. Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft, die beispielsweise für außerbilanzielle Geschäfte (Avale, Indossamentsverbindlichkeiten, Kreditzusagen) gebildet wurden.

Gekündigte Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigung bestand, werden nach Verwertung der bestehenden Sicherheiten direkt abgeschrieben. Grundsätzlich erfolgt eine Direktab-schreibung bei ausfallgefährdeten Forderungen bis 10 T€. Eingänge auf abgeschriebene Forde-rungen werden erfolgswirksam erfasst. Eine Ausbuchung einer Forderung hat grundsätzlich

immer dann zu erfolgen, wenn deren Ausfall unter ökonomischen Gesichtspunkten feststeht. Die vorherige Kündigung ist dafür keine zwingende Voraussetzung.

Bei Forderungen, für die eine Risikovorsorge gebildet wurde, wird nach Verwertung der Sicherheiten ein verbleibender Restsaldo gegen die bestehenden Risikovorsorgen gebucht (verbraucht).

Für noch nicht eingetretene Verluste wird keine Risikovorsorge gebildet.

(9) Sachanlagen

Sachanlagen werden im Zugangszeitpunkt mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt. Abnutzbares Sachanlagevermögen wird im Rahmen der Folgebewertung abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer bilanziert. Dabei spiegelt die zugrunde gelegte Abschreibungsmethode den Nutzenverschleiß wider. Wertminderungen werden in der Höhe vorgenommen, in der der Buchwert den höheren Wert aus Fair Value abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert des Vermögenswerts übersteigt. Bei Wegfall der Gründe für die Wertminderung werden Zuschreibungen (Wertaufholung) bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen. Die planmäßigen Abschreibungen als auch die Wertminderungen werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Für das vorliegende Berichtsjahr wurden keine Wertaufholungen vorgenommen.

Sachanlagen werden über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Grundstücke und Gebäude	25 bis 50
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 15

Für Fremdkapitalkosten, die direkt dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung eines qualifizierten Vermögenswertes zugeordnet werden können, wurde vor dem 1.1.2009 von dem Wahlrecht der sofort aufwandswirksamen Erfassung Gebrauch gemacht. Ab dem 1.1.2009 erfolgt eine Aktivierung der Fremdkapitalkosten gemäß IAS 23 (revised 2007).

Zuschüsse der öffentlichen Hand werden sofort von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten des zugehörigen Vermögenswertes abgesetzt. Im Berichtsjahr wurden von der öffentlichen Hand keine Zuschüsse gewährt.

(10) Leasinggeschäfte

Nach IAS 17 sind Leasingverträge zu Beginn des Leasingverhältnisses in Finance Lease und Operating Lease zu klassifizieren. Erfolgt eine Übertragung wesentlicher, mit dem Eigentum verbundener Risiken und Chancen auf den Leasingnehmer, ist das Leasingverhältnis als Finance Lease einzustufen; die Bilanzierung des Leasingobjektes erfolgt beim Leasingnehmer. Erfolgt keine Übertragung wesentlicher mit dem Eigentum verbundener Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer, ist das Leasingverhältnis als Operating Lease zu klassifizieren; die Bilanzierung des Leasingobjektes erfolgt beim Leasinggeber.

Finance Lease

Die Bremer Landesbank als Leasinggeber bilanziert zu Beginn der Laufzeit des Leasingvertrags eine Forderung in Höhe der Zahlungsverpflichtungen des Leasingnehmers aus dem Leasingverhältnis. Die Forderung wird zum Nettoinvestitionswert erfasst (Differenz aus Bruttoinvestition in das Leasingverhältnis und dem noch nicht realisierten Finanzertrag) und unter Forderungen an Kreditinstitute bzw. Kunden ausgewiesen. Eventuelle Nebenkosten werden über die Vertragslaufzeit verteilt.

Die Leasingraten im Rahmen des Finance Lease werden in einen Tilgungs- und Zinsanteil aufgespalten. Der Tilgungsanteil wird erfolgsneutral von den Forderungen (Leasinggeber) bzw. Verpflichtungen (Leasingnehmer) abgesetzt. Der Zinsanteil wird erfolgswirksam als Zinsertrag (Leasinggeber) bzw. Zinsaufwand (Leasingnehmer) vereinnahmt.

Verträge der Bremer Landesbank als Finance-Leasinggeber haben eine geringe Bedeutung. Verträge der Bremer Landesbank als Finance-Leasingnehmer bestehen nicht.

Operating Lease

Beim Operating Lease erfasst der Konzern Bremer Landesbank die geleisteten Leasingraten als Aufwand unter den anderen Verwaltungsaufwendungen. Die anfänglichen direkten Kosten (wie z.B. Gutachterkosten) werden sofort ergebniswirksam erfasst.

Verträge der Bremer Landesbank als Operating-Leasingnehmer haben eine sehr geringe Bedeutung. Verträge als Operating-Leasinggeber bestehen nicht.

(11) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) sind Grundstücke und Gebäude/-teile, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Für Immobilien mit einer wesentlichen Fremdnutzung von 20% der Grundmietfläche wird untersucht, ob der fremdgenutzte Teil separiert werden kann. Ist dies nicht der Fall, erfolgt die Bilanzierung der gesamten Immobilie unter den Sachanlagen.

Gemäß dem Anschaffungskostenmodell werden als Finanzinvestition gehaltene Immobilien im Zugangszeitpunkt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet; Transaktionskosten werden in die erstmalige Bewertung einbezogen. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit sie zu einer wesentlichen Verbesserung des Vermögenswertes führen und damit den zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen des Vermögenswertes erhöhen.

Für Fremdkapitalkosten, die direkt dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung eines qualifizierten Vermögenswertes zugeordnet werden können, wurde vor dem 1.1.2009 von Wahlrecht der sofort aufwandswirksamen Erfassung Gebrauch gemacht. Ab dem 1.1.2009 erfolgt eine Aktivierung der Fremdkapitalkosten gemäß IAS 23 (revised 2007). Zuschüsse der öffentlichen Hand werden direkt von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten des zugehörigen Vermögenswertes abgesetzt.

Im Rahmen der Folgebewertung von Investment Properties werden planmäßige, lineare Abschreibungen berücksichtigt. Wertminderungen werden in der Höhe vorgenommen, in der der

Buchwert den höheren Wert aus Fair Value abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert des Vermögenswertes übersteigt. Entfallen die Gründe für die vorgenommene Wertminderung, erfolgt eine Zuschreibung maximal bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Die planmäßigen Abschreibungen als auch die Wertminderungen/-aufholungen werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	25 bis 50

Zur Bestimmung des Fair Values der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird das Ertragswertverfahren verwendet. Des Weiteren wird die Bestimmung des Fair Values durch Marktdaten unterlegt. Die Bewertung erfolgt durch einen bankinternen Gutachter.

(12) Immaterielle Vermögenswerte

Als immaterielle Vermögenswerte wird vor allem erworbene Software bilanziert. Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten ausgewiesen.

Für immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden planmäßige, lineare Abschreibungen entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer berücksichtigt. Wertminderungen werden bei immateriellen Vermögenswerten mit begrenzter Nutzungsdauer in der Höhe vorgenommen, in der der Buchwert den höheren Wert aus Fair Value abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert des Vermögenswertes übersteigt. Wertaufholungen werden bei Wegfall der Gründe für die Wertminderungen vorgenommen, jedoch nicht über die Grenze der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten hinaus. Die planmäßigen Abschreibungen als auch die Wertminderungen werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

Immaterielle Vermögenswerte mit zeitlich begrenzter Nutzungsdauer werden im Verwaltungsaufwand linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Software	3 bis 5

Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer liegen nicht vor.

(13) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die betriebliche Altersversorgung des Konzerns Bremer Landesbank basiert auf dem System der leistungsorientierten Zusagen. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erwerben Anwartschaften auf Versorgungsansprüche, bei denen die Versorgungsleistung festgelegt ist und von Faktoren, wie erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen, Alter, Betriebszugehörigkeit sowie eines prognostizierten Rententrends, abhängt (Defined Benefit Plan). Für dieses Versorgungssystem werden die Rechnungslegungsvorschriften gemäß IAS 19 für leistungsorientierte Pläne angewandt.

Daneben werden unter den Pensionsrückstellungen auch Rückstellungen für künftige Beihilfeleistungen (4 Mio. €; Vorjahr: 4 Mio. €) ausgewiesen. Diese Rückstellung wird unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Beihilfeaufwands der letzten Jahre und unter der Annahme eines dynamischen Kostenentwicklungstrends ermittelt. Eine Veränderung des Kostentrends um +1% wirkt sich mit 1 Mio. € auf die Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen aus; die Effekte auf den Dienstzeit- und Zinsaufwand sind dagegen nur unwesentlich.

Zur Erfüllung der Anwartschaften aus den leistungsorientierten Plänen wurde bereits im Jahr 2005 ein Teil der Deckungsmittel an die Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen, übertragen. Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens wird bei der Bildung der Pensionsrückstellungen abgezogen.

Die erfolgswirksamen Bestandteile der Pensionsrückstellung bestehen aus dem Dienstzeitaufwand (Service Cost) und den Zinsaufwendungen (Interest Cost) auf den Barwert der Verpflichtung. Dabei mindern die erwarteten Nettoerträge aus dem Planvermögen die Pensionsaufwendungen. Darüber hinaus ist gegebenenfalls ein nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand erfolgswirksam zu berücksichtigen. Zinsaufwendungen und erwartete Erträge aus Planvermögen werden im Zinsüberschuss berücksichtigt. Der Dienstzeitaufwand und ein gegebenenfalls nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand werden unter den Verwaltungsaufwendungen erfasst.

Der Konzern Bremer Landesbank erfasst die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in voller Höhe erfolgsneutral im Eigenkapital, sodass keine Minderung oder Erhöhung der Pensionsaufwendungen durch die Tilgung noch nicht erfolgswirksam gebuchter versicherungsmathematischer Gewinne bzw. Verluste erfolgt.

Die Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen werden zum Bilanzstichtag von unabhängigen Versicherungsmathematikern nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Für die Berechnung werden zusätzlich zu den biometrischen Annahmen der Rechnungszinsfuß (Discount Rate) für hochwertige Industrieanleihen sowie künftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungsraten berücksichtigt.

Bewertungsprämissen sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

	31.12.2009	31.12.2008
Rechnungszins	5,5%	6,0%
Erwartete langfristige Verzinsung des Planvermögens	3,7%	3,8%
Gehaltstrend		
Pensionsverpflichtungen	2,4%	2,4%
Beihilfe	4,5%	4,5%
Rententrend		
Pensionsverpflichtungen (abhängig von der Versorgungsordnung)	1,0–3,5%	2,0%, 2,5%, 3,5%
Beihilfe	4,5%	4,5%

Die Berechnung der leistungsorientierten Verpflichtung erfolgt unter Verwendung der Heubeck-Richttafeln 2005 G. Dabei wurde die Invalidisierungswahrscheinlichkeit mit 50% der Standard-Heubeck-Werte angesetzt.

(14) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden gemäß IAS 37 und IAS 19 für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich und deren Höhe zuverlässig ermittelbar ist. Die Bewertung von Rückstellungen bemisst sich nach der bestmöglichen Schätzung. Diese beruht auf der Einschätzung des Managements unter Berücksichtigung von Erfahrungswerten und gegebenenfalls Gutachten oder Stellungnahmen von Sachverständigen. Dabei werden Risiken und Unsicherheiten in Betracht gezogen. Künftige Ereignisse werden nur berücksichtigt, wenn hinreichende objektive Hinweise für deren Eintritt bestehen. Rückstellungen werden abgezinst.

Ist eine Inanspruchnahme nicht wahrscheinlich oder kann die Höhe der Verpflichtung nicht zuverlässig geschätzt werden, wird eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen.

(15) Ertragsteuern

Die tatsächlichen Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen wurden mit den gültigen Steuersätzen berechnet, in deren Höhe die geleistete Zahlung an bzw. die Erstattung von der jeweiligen Steuerbehörde erwartet wird.

Latente Steueransprüche und -verpflichtungen berechnen sich aus dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert eines Vermögenswerts oder einer Schuld in der Bilanz und dem korrespondierenden Steuerwert. Dabei führen die latenten Steueransprüche und -verpflichtungen aufgrund der temporären Differenzen voraussichtlich in zukünftigen Perioden zu Ertragsteuerbelastungen oder -entlastungen. Sie wurden anhand der Steuersätze bewertet, deren Gültigkeit für die Periode, in der ein Vermögenswert realisiert wird oder eine Verpflichtung erfüllt wird, zu erwarten sind. Dabei werden unternehmensindividuelle Steuersätze (und Steuervorschriften) verwendet, die zum Bilanzstichtag gültig oder beschlossen sind.

Ein latenter Steueranspruch für den Vortrag noch nicht genutzter steuerlicher Verluste und noch nicht genutzter Steuergutschriften wird nur in dem Umfang bilanziert, in dem es wahrscheinlich ist, dass in der Zukunft zu versteuernde Gewinne zur Verfügung stehen werden, gegen die noch nicht genutzte steuerliche Verluste und noch nicht genutzte Steuergutschriften verwendet werden können.

Die laufenden Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen sowie die latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden saldiert, wenn die Voraussetzungen für eine Saldierung gegeben sind. Abzinsungen erfolgen nicht. In Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts werden die latenten Steueransprüche bzw. -verpflichtungen entweder erfolgswirksam oder erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

In der Bilanz sind die Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen gesondert ausgewiesen. In den Erläuterungen erfolgt eine Aufteilung in die laufenden und latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen des Berichtsjahres.

In der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns ist der Ertragsteueraufwand bzw. -ertrag in der Position „Ertragsteuern“ ausgewiesen. Die Aufteilung in laufende und latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen des Berichtsjahres ist den Erläuterungen zu entnehmen. Bilanzuell sind die laufenden und latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen als Aktiv- bzw.

Passivposten dargestellt, wobei der Buchwert eines latenten Steueranspruchs zu jedem Bilanzstichtag auf seine Werthaltigkeit überprüft wird.

(16) Nachrangkapital

Der Posten Nachrangkapital setzt sich aus verbrieften und unverbrieften nachrangigen Verbindlichkeiten, Genussrechtskapital sowie Einlagen stiller Gesellschafter zusammen. Der überwiegende Teil der Einlagen stiller Gesellschafter ist nach den Vorschriften des IAS 32 aufgrund der vertraglichen Kündigungsregelungen als Fremdkapital zu klassifizieren; nach HGB stellen sämtliche stillen Einlagen Eigenkapital dar. Aufsichtsrechtlich im Sinne des KWG sind diese als haftendes Eigenkapital anerkannt.

Die Bilanzierung des Nachrangkapitals erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und ergebniswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt. Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen werden dem entsprechenden Posten innerhalb des Nachrangkapitals direkt zugeordnet.

Segmentberichterstattung

(17) Segmentierung nach Geschäftsfeldern (primäres Berichtsformat)

31.12.2009 in Mio. €	Firmen- kunden	Spezial- finan- zierungen	Privat- kunden	Financial Markets	Alle sons- tigen Segmente	Überleitung	Konzern insgesamt
Zinsüberschuss	57	143	30	37	2	-20	249
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-13	-106	-7	-9	0	-6	-141
Zinsergebnis nach Risikovorsorge	44	37	23	28	2	-26	108
Provisionsüberschuss	9	19	8	5	1	-4	38
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	2	6	1	91	-27	-1	72
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	0	8	8
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	8	3	-26	-15
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	0	0	0	4	4
Summe Erträge	55	62	32	132	-21	-45	215
Verwaltungsaufwand	25	24	27	17	40	9	142
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	0	0	0	0	6	6
Ergebnis vor Steuern	30	38	5	115	-61	-48	79
Segmentvermögen	3.963	11.347	1.929	14.350	1.974	224	33.787
Segmentverbindlichkeiten	1.552	3.764	1.298	14.790	27	11.396	32.827
CIR ¹⁾	37%	15%	70%	13%	-	-	38%
RaRoC ²⁾ RoE ³⁾	17%	5%	5%	54%	-	-	9%

¹⁾ Verwaltungsaufwand/Summe Erträge ohne Ergebnis aus Finanzanlagen.

²⁾ Ergebnis vor Steuern/Gebundenes Kernkapital.

³⁾ Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und Bewertung/Gebundenes Kernkapital.

31.12.2008 in Mio. €	Firmen- kunden	Spezial- finan- zierungen	Privat- kunden	Financial Markets	Alle sonsti- gen Seg- mente	Überleitung	Konzern insgesamt
Zinsüberschuss	51	126	26	62	3	-14	254
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	10	-21	-2	-2	0	-8	-22
Zinsergebnis nach Risikovorsorge	61	105	24	60	3	-22	232
Provisionsüberschuss	8	21	10	16	2	-7	50
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	2	8	1	-68	-14	-30	-101
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	0	-4	-4
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	-81	29	30	-22
Ergebnis aus at equity bewerteten Unternehmen	0	0	0	0	0	7	7
Summe Erträge	71	134	35	-73	20	-25	162
Verwaltungsaufwand	27	27	28	23	29	2	136
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	0	0	0	5	4	9
Ergebnis vor Steuern	44	107	7	-96	-4	-23	35
Segmentvermögen	3.961	10.217	2.063	16.380	2.009	-322	34.308
Segmentverbindlichkeiten	1.483	3.350	1.307	15.950	119	11.163	33.372
CIR ¹⁾	45%	17%	75%	236%	-	-	63%
RaRoC ²⁾ RoE ³⁾	18%	15%	7%	-6%	-	-	4%

¹⁾ Verwaltungsaufwand/Summe Erträge ohne Ergebnis aus Finanzanlagen.

²⁾ Ergebnis vor Steuern/Gebundenes Kernkapital.

³⁾ Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und Bewertung/Gebundenes Kernkapital.

Informationen zu den Geschäftsfeldern

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sog. „Management Approach“, der verlangt, die Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sog. „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten und zur Beurteilung ihrer Performance herangezogen werden. Im Bremer Landesbank Konzern übt die Funktion des „Chief Operating Decision Maker“ der Vorstand aus.

Die Segmentberichterstattung folgt der in den Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden.

Die Segmentberichterstattung dient der Information über die Geschäftsfelder des Konzerns und erfolgt in Übereinstimmung mit dem Geschäftsmodell der Bank. Die Segmente werden dabei als Kunden- oder Produktgruppen definiert, die sich an den Organisationsstrukturen des Konzerns orientieren. Mit Blick auf die überwiegend regionale Geschäftstätigkeit der Bank kommen Abgrenzungsmerkmale für eine geografische Segmentierung nicht in Betracht.

Im Segmentbericht werden neben den Zahlen der Ergebnisrechnung die zuzuordnenden Segmentvermögen und -verbindlichkeiten sowie die Kennzahlen Cost-Income-Ratio und Risk-adjusted Return on Capital (RaRoC)/Return on Equity (RoE) dargestellt. Die Cost-Income-Ratio ist definiert als Verhältnis des Verwaltungsaufwandes zur Summe der Erträge ohne Ergebnis aus Finanzanlagen.

Die Ermittlung des RaRoC in den Geschäftsfeldern ergibt sich aus der Relation des Ergebnisses vor Steuern und dem gebundenen Kernkapital. Die Ermittlung des RoE auf Konzernebene bezieht das Ergebnis vor Steuern auf das gebundene Kernkapital.

Die Neubewertungsrücklage ist im Ergebnis aus Finanzanlagen der einzelnen Segmente enthalten (die Vorjahresangaben wurden entsprechend angepasst). Ergänzend wurde die Überleitung gesondert dargestellt, in der auch eine Neutralisierung stattfindet.

Die Anzahl der Segmente im Konzern ist gleich geblieben. Folgende Segmente werden in der Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern betrachtet.

Geschäftsfeld Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden, ausgerichtet auf das Geschäft mit mittelständischen Firmenkunden und Gewerbekunden in der Nordwest-Region, steht seinen Kunden als zuverlässiger und innovativer Partner bei Finanzdienstleistungen zur Verfügung. Dies wird durch die regelmäßig sehr guten Ergebnisse bei externen Kundenzufriedenheitsanalysen untermauert.

Im Jahr 2008 hat das Geschäftsfeld stark an Prozessoptimierungen gearbeitet, um seinen Kunden ein qualitativ hochwertiges Leistungsangebot bieten zu können. Im Jahr 2009 wurde der Fokus auf die Intensivierung der Bestandskundenbeziehungen gelegt und durch eine Erhöhung der Besuchsfrequenz die Präsenz beim Kunden ausgebaut. Daneben konnten die Unsicherheiten über die Entwicklung einiger Wettbewerber zur Neukundengewinnung genutzt werden.

Ungeachtet des schwierigen konjunkturellen Umfeldes des Jahres 2009 konnten die Erträge im Firmenkundengeschäft gesteigert werden. Das Geschäftsfeld verzeichnete ein starkes erstes Halbjahr mit deutlichen Zuwächsen beim Kreditvolumen. Im zweiten Halbjahr dagegen haben viele Unternehmen mit Blick auf weiter unsichere Konjunkturaussichten Investitionsvorhaben aufgeschoben, dies führte zu einer abgeflachten Nachfrage nach Investitionskrediten.

Das Finanzierungsvolumen konnte trotz hoher planmäßiger Tilgungen stabil bei 4,1 Mrd. € gehalten werden.

Die in der Öffentlichkeit vielfach diskutierte Kreditklemme hat es für Firmenkunden der Bremer Landesbank zu keinem Zeitpunkt gegeben. Die Bremer Landesbank hat ihr Augenmerk darauf gerichtet, ihren Kunden auch in schwierigen Zeiten als verlässlicher Partner zur Seite zu stehen. Viele Kunden – insbesondere bei denen sie Hausbankfunktion ausübt – haben dies mit einer stärkeren Nachfrage nach Cross-Selling-Produkten honoriert, sodass eine erfreuliche Entwicklung der Provisions- und Handelsergebnisse zu verzeichnen war. Insgesamt ist es gelungen, die gesetzten Ertragsziele trotz widriger Umfeldbedingungen, zu erreichen.

Die Entwicklung für 2010 wird verhalten positiv eingeschätzt. Hierbei ist von wesentlicher Bedeutung, dass die sich abzeichnende Konjunkturerholung zügig eine Belebung der Investitionstätigkeit bewirkt.

Unter dieser Prämisse geht das Geschäftsfeld Firmenkunden davon aus, auch im Jahr 2010 das Finanzierungsvolumen stabil halten zu können. Kreditgewährungen an Kunden werden verstärkt zur Erweiterung der Bankgeschäfte mit den Kunden genutzt, um damit das Cross-Selling-Ergebnis weiter auszubauen.

Insgesamt ist es das Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden, die führende Bank im Firmenkundengeschäft der Region zu sein und dies durch weiter steigende Marktanteile zu unterlegen. Die Bremer Landesbank hat traditionell in der Region den Ruf als stabiler und verlässlicher Partner. In der Finanzmarktkrise konnte dieser Vertrauensbonus noch ausgebaut werden. Dies ist eine gute Basis, neue Kunden gewinnen zu können und bei bedeutenden Unternehmen noch stärker die Hausbankfunktion zu übernehmen.

Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen

Das Spezialfinanzierungsgeschäft der Bremer Landesbank umfasst das Schiffsfinanzierungsgeschäft, die Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften sowie Sozialimmobilien und Erneuerbare Energien mit den Teilssegmenten Windkraft, Biogas und Photovoltaik.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank hat sich auch im Jahr 2009 insgesamt weiterhin positiv, in den Teilbereichen jedoch differenziert entwickelt. Die geplante Ertragsentwicklung konnte erneut erreicht werden. Insbesondere die Erneuerbaren Energien konnten Marktchancen nutzen und über Plan wachsen. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat spürbare Auswirkungen auf das Segment Schifffahrt gehabt. Die Risikovorsorge nahm deutlich zu, blieb aber im Rahmen der Planungen.

Das Finanzierungsvolumen der einzelnen Schiffssegmente belief sich im Jahr 2009 auf insgesamt rd. 5,5 Mrd. € (Vorjahr: 5,4 Mrd. €). Im Schiffsfinanzierungsgeschäft hat die Bremer Landesbank seit Verschärfung der Schifffahrtskrise nur selektives Neugeschäft in begrenztem

Umfang getätigt. Von der Kundschaft wurden im Jahr 2009 substanzielle Ordervolumina storniert, gleichwohl stehen bis Mitte 2011 Ablieferungen aus kontrahiertem Geschäft an. Die Bank ist mit nachhaltigen Finanzierungsstrukturen und langjährigen Direktkundenbeziehungen unverändert gut aufgestellt und geht mittelfristig von einer gemäßigten aber spürbaren Markterholung aus. Langfristig wird aufgrund des Globalisierungstrends mit steigendem Welthandelsvolumen ein wieder zunehmender Bedarf an moderner Schiffstonnage erwartet.

Bei der Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften verzeichnete die Bremer Landesbank trotz dämpfender Konjunktorentwicklung Marktanteilszuwächse, sodass die Position als führender Financier mittelständischer Leasinggesellschaften im Jahr 2009 weiter ausgebaut und die Ertragssituation gestärkt werden konnte. Das Finanzierungsvolumen belief sich zum Jahresende auf 2,0 Mrd. € (Vorjahr: 1,9 Mrd. €). Die Bremer Landesbank nimmt seit 2008 die Kompetenzcenterfunktion innerhalb des NORD/LB-Konzerns in diesem Teilsegment wahr und ist bei breiter Kundenbasis unverändert verlässlicher Partner für banknahe Leasinggesellschaften.

Der Finanzierungsbestand von Sozialimmobilien der Bremer Landesbank betrug zum Bilanzstichtag rd. 982 Mio. € (Vorjahr: 961 Mio. €). Der deutliche Schwerpunkt der Bremer Landesbank liegt in der Finanzierung von Pflegeheimen, für die die Bank ebenfalls die Kompetenzcenter-Funktion im NORD/LB Konzern übernommen hat. Die demografische Entwicklung und der insgesamt zunehmende stationäre Pflegebedarf unterstreichen die strategische Bedeutung des Bereiches.

Im Segment der regenerativen Energien verzeichnete die Bremer Landesbank im abgelaufenen Geschäftsjahr ein deutliches Wachstum. So konnte das Finanzierungsvolumen auf rd. 2,5 Mrd. € (Vorjahr: 2,3 Mrd. €) zum Jahresende gesteigert werden. Die Neugeschäftsentwicklung spiegelt auch den verstärkten Strukturierungs- und Finanzierungsbedarf der Kunden nach erfolgter Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2008 wieder. Windkraft, Biogas und Photovoltaik können als Kernsegmente weiterhin von positiven Rahmenbedingungen profitieren. Innerhalb der NORD/LB-Gruppe nimmt die Bremer Landesbank die Kompetenzcenterfunktion für Biogas und Photovoltaik in Deutschland wahr. Darüber hinaus werden erfahrene Kunden selektiv ins europäische Ausland begleitet.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank sieht sich mit der Fokussierung auf die Teilsegmente Schifffahrt, Leasingrefinanzierung, Sozialimmobilien und Erneuerbare Energien bei nachhaltiger Ausrichtung auf langjährige, verlässliche Kundenbeziehungen im überwiegend mittelständischen Bereich weiterhin gut positioniert.

Geschäftsfeld Privatkunden

In diesem Geschäftsfeld sind die gesamten Aktivitäten der Bremer Landesbank rund um das Privatkundengeschäft zusammengefasst. Der Bereich besteht aus den Teilsegmenten Privatkundenbetreuung und Private Banking mit Standorten in Oldenburg und Bremen. Mit Abschluss der im Jahr 2008 begonnenen Neuausrichtung des Geschäftsfeldes konnte eine Konzentration auf die Kernkompetenzen und die Grundlage für eine noch intensivere Betreuung der Zielgruppen erreicht werden. Neben den verantwortlichen Vertriebseinheiten verfügt das Privatkundengeschäft über ein eigenes Asset Management und Finanzierungsmanagement. Über diese beiden Kompetenzcenter wird die Versorgung der Kunden mit leistungsstarken Finanzdienstleistungsprodukten sichergestellt. Das insgesamt betreute Volumen belief sich zum Jahresende 2009 auf rd. 4 Mrd. €.

Die kontinuierliche Steigerung der Kundenzufriedenheit steht im Mittelpunkt der Anstrengungen. Dabei wird in hohem Maße in die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter investiert und es werden hohe Maßstäbe an eine kompetente und verlässliche Kundenbetreuung gesetzt. Diese kompromisslose Kundenorientierung hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr dazu geführt, dass der Kundenbestand an den beiden Standorten Bremen und Oldenburg abermals deutlich um über 1.000 Kunden ausgebaut werden konnte.

Die Bank konnte 2009 insgesamt ihre Spitzenposition im Private Banking weiter ausbauen und stellt damit nachhaltig unter Beweis, dass sie das hohe Niveau ihrer Beratungsleistung auch in turbulenten Phasen über Jahre zu halten vermag.

Mit seinem Asset Management konnte das Privatkundengeschäft in 2009 die Leistungsfähigkeit in einem schwierigen Marktumfeld behaupten. Der mehrfach prämierte Investmentprozess (SIP®) wurde im letzten Jahr erheblich weiterentwickelt und bietet den Kunden einen deutlichen Mehrwert durch die Einbindung eines eigenen, hoch modernen quantitativen Prognoseverfahrens.

Das Finanzierungsgeschäft wurde zeitweilig durch die starken Refinanzierungsaufschläge in seiner Wettbewerbsfähigkeit beeinflusst. Die signifikanten Preisverwerfungen haben sich allerdings in der zweiten Jahreshälfte wieder etwas entspannt. Zudem hat die allgemeine Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfeldes auch im Privatkundengeschäft zu einer erhöhten Risikoversorge geführt.

Die Aussichten für das Geschäftsjahr 2010 sind weiterhin schwer abschätzbar. Das fehlende Vertrauen in die wirtschaftliche Erholung und die Unsicherheit an den internationalen Kapitalmärkten führt auch im laufenden Geschäftsjahr zu einer hohen Verunsicherung und damit starken Zurückhaltung bei den privaten Investoren. Das Geschäftsfeld Privatkunden konzentriert sich unverändert auf seine Zielkunden und setzt die Weiterqualifizierung der Mitarbeiter fort. Darüber hinaus werden die Kunden verstärkt bei der Umsetzung energetischer Maßnahmen beraten und begleitet. Als erster Ansprechpartner für die private Seite des Unternehmers unterstützt das Geschäftsfeld Privatkunden die Bank bei der Positionierung als Unternehmerbank. Damit wird der Anspruch als regionaler Marktführer für anspruchsvolle Kunden in einem weiterhin wachstumsstarken Markt im Nordwesten untermauert.

Geschäftsfeld Financial Markets

Das Geschäftsfeld Financial Markets stellt den Zugang zu den nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmärkten für die privaten und institutionellen Kundengruppen der Bremer Landesbank sowie das Eigengeschäft der Bank bereit. Hinzu kommt das unter Verbundgesichtspunkten mit den Sparkassen der Region getätigte Refinanzierungsgeschäft sowie die konsortial eingegangenen Kreditfinanzierungen für Sparkassenkunden. Ein weiterer Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten im Verbund liegt in der Refinanzierung der öffentlichen Hand. Die über- und unterjährigen Refinanzierungsmaßnahmen der Bremer Landesbank werden ebenfalls durch das Geschäftsfeld Financial Markets durchgeführt. Detailinformationen hierzu sind im Abschnitt Finanzierungsmaßnahmen des Lageberichts enthalten.

Mit dem über das Kunden- und Kontrahentenportfolio generierten Geschäftsvolumen trägt das Geschäftsfeld Financial Markets wesentlich zu bilanzrelevanten Positionen des Hauses bei.

Das Geschäftsvolumen im Interbankengeschäft wurde im Geschäftsjahr 2009 planmäßig reduziert.

Die Forderungen an Gebietskörperschaften und übrige kommunale Kunden wurden im Vergleich zum Jahresultimo des Vorjahres leicht erhöht.

Das langfristige Kreditvolumen für die 14 verbundenen Sparkassen entwickelte sich aufgrund der geringeren Refinanzierungsnachfrage rückläufig.

Die andauernden Verspannungen an den Geld- und Kapitalmärkten bestimmten im Verlauf des Jahres 2009 das durch hohe Volatilitäten gekennzeichnete Marktgeschehen.

Die Steuerungs- und Vertriebsaktivitäten der Handels- und Sales-Einheiten verliefen positiv, wobei die Steuerung der Liquiditäts- und Zinsrisiken und die Sicherstellung der Liquidität der Bank die Schwerpunkte des Handels bildeten.

Die Sales-Einheiten des Geschäftsfeldes verzeichneten weiterhin hohe Umsätze und einen anhaltenden Beratungsbedarf in allen Geld-, Devisen- und Derivateprodukten. Dadurch ergaben sich auch positive Effekte auf das erfreuliche operative Handelsergebnis des Geschäftsfeldes.

Das Verbundgeschäft der Bremer Landesbank wurde im Geschäftsjahr 2009 mit der ganzheitlichen Betreuung der verbundenen Sparkassen mit Erfolg fortgesetzt. In einem nicht leichten wirtschaftlichen Umfeld mit ausgeprägten Wettbewerbsstrukturen ist es wiederum gelungen, das Ergebnisniveau zu stabilisieren.

Im Konsortialgeschäft mit Firmenkunden der verbundenen Sparkassen standen neben dem klassischen Finanzierungsgeschäft erneut das Zins- und Währungsmanagement sowie das dokumentäre Auslandsgeschäft im vertrieblichen Fokus.

Im Kommunalkundengeschäft hat sich – bedingt durch den Wegfall von Mitbewerbern bzw. die Neuausrichtung der Geschäftsmodelle einzelner Landesbanken einerseits sowie das gute Standing am Pfandbriefmarkt andererseits - die Wettbewerbssituation im Berichtsjahr zugunsten der Bremer Landesbank verschoben. So gelang es, den Bestand an Forderungen auf der Ebene der kommunalen öffentlichen Haushalte und Zweckverbände um gut 6% auf mehr als 4 Mrd. € auszuweiten. Dabei lag der Zuwachs angesichts des historisch niedrigen Zinsniveaus vornehmlich bei den langfristigen Investitionsdarlehen.

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

Die Säule „Alle sonstigen Segmente“ beinhaltet die Ergebnisse sämtlicher Stabsbereiche, der Strategischen Maßnahmen, die Maßnahmen im Vorstandsportfolio abbilden, sowie die Konsolidierung der Töchter. In der Überleitung werden die Überleitungspositionen vom internen Rechnungswesen zu den Konzerngesamtzahlen der GuV gezeigt.

Der Zinsüberschuss der einzelnen Segmente wurde nach der Marktzinsmethode ermittelt, einbezogen sind die Zinserfolge aus dem Aktiv- und Passivgeschäft. Der Zinsüberschuss des Konzerns errechnet sich aus den tatsächlichen Zinserträgen abzüglich Zinsaufwendungen. Aus dem Abgleich zu den kalkulatorischen Ergebnissen resultiert ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 20 Mio. €, der in der Überleitung berücksichtigt ist.

Der Provisionsüberschuss ist auf die Geschäftsfelder verteilt. Die Differenz zum Konzernergebnis in Höhe von 4 Mio. € ergibt sich neben methodischer Abweichung bei der Behandlung von Avalprovisionen aus der unterschiedlichen Zuordnung der Positionen Depotgebührenaufwand und Provisionen für LBS-Bürgschaften in DBR und GuV.

Das Überleitungsergebnis der Position Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten beträgt im Berichtsjahr 1 Mio. € aus verschiedenen sich beinahe vollständig neutralisierenden Effekten. Das Ergebnis aus Hedge Accounting wird keinem Geschäftsfeld zugerechnet und in der Überleitung gezeigt.

Die Überleitung zum Konzernergebnis in der Position Ergebnis aus Finanzanlagen resultiert aus der Neutralisierung der Neubewertungsrücklage.

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in Höhe von 4 Mio. € wird nicht den Segmenten zugeordnet und in der Überleitung gezeigt.

Die Verwaltungsaufwendungen in den Geschäftsfeldern beinhalten deren originäre Personal- und Sachkosten sowie auf Basis der Kosten- und Leistungsverrechnung zugeordnete Aufwendungen. Die Abweichung zum Konzernergebnis resultiert aus Sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, die nicht den Segmenten zugeordnet werden.

Das Sonstige betriebliche Ergebnis wird nicht den einzelnen Segmenten zugeordnet.

Der Unterschied zwischen den addierten Segmentvermögen/Segmentverbindlichkeiten und dem Konzernvermögen/-verbindlichkeiten resultiert zum überwiegenden Teil aus der Durchschnittsbetrachtung bei den Geschäftsfeldern und der Stichtagsbetrachtung beim Konzern.

Refinanzierungsmittel werden nicht bei den Geschäftsfeldern abgebildet und fließen in die Segmentverbindlichkeiten bei der Überleitung ein.

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

(18) Zinsüberschuss

Die Positionen Zinserträge und -aufwendungen enthalten neben den erhaltenen Zins-erträgen und -aufwendungen zeitanteilige Auflösungen von Agien und Disagien aus Finanzinstrumenten. Aufgrund der nach IAS 32 unter bestimmten Voraussetzungen zu erfolgenden Klassifizierung von stillen Einlagen als Fremdkapital werden die Leistungen an stille Gesellschafter im Zinsaufwand erfasst.

Die laufenden Zinszahlungen aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten wurden zum 31.12.2009 erstmalig im Zinsergebnis (vormals im Handelsergebnis) ausgewiesen. Es handelt sich bei dem Ausweis um ein Wahlrecht nach IFRS 7 unter Berücksichtigung der grundsätzlichen Stetigkeit und einer damit verbundenen Änderung der Rechnungslegungsmethode, die nach IAS 8 entsprechend zu berücksichtigen ist.

	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Zinserträge aus			
Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.014	1.225	-17
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	185	328	-44
Zinserträge aus dem Leasinggeschäft	0	1	-
Laufende Erträge			
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1	1	-
aus Beteiligungen	6	6	-
aus Derivaten	1.061	1.606	-34
Zinserträge aus Hedge-Accounting-Derivaten	160	109	47
Erwartete Erträge aus Planvermögen	1	1	-
Zinserträge	2.428	3.277	-26
Zinsaufwendungen aus			
Kredit- und Geldmarktgeschäften	636	879	-28
Verbrieften Verbindlichkeiten	292	358	-18
Nachrangkapital	64	65	-2
Zinsaufwendungen aus Hedge-Accounting-Derivaten	118	121	-2
Zinsaufwendungen für Rückstellungen und Verbindlichkeiten	16	16	-
Laufende Aufwendungen aus Derivaten	1.053	1.584	-34
Zinsaufwendungen	2.179	3.023	-28
Gesamt	249	254	-2

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus dem Barwerteffekt der wertgeminderten Vermögenswerte (sog. Unwinding) in Höhe von 6 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €) enthalten.

Das Zinsergebnis aus Hedge-Derivaten betrifft Swapgeschäfte. Der gesamte Zinsertrag für finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet

werden, betrug 1.211 Mio. € (Vorjahr: 1.559 Mio. €). Der gesamte Zinsaufwand für finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug 1.008 Mio. € (Vorjahr: 1.318 Mio. €).

(19) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Erträge aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft			
Auflösung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	8	38	-86
Auflösung von portfoliobasierten Wertberichtigungen auf Forderungen	-	3	-
Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	4	11	-60
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	2	8	-33
Erträge aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft	14	60	-77
Aufwendungen aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft			
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	91	58	-
Zuführung zu portfoliobasierten Wertberichtigungen	55	11	-
Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	7	10	-30
Direkte Forderungsabschreibungen	2	3	-33
Aufwendungen aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft	155	82	89
Gesamt	-141	-22	-

(20) Provisionsüberschuss

	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Provisionserträge			
Provisionserträge aus dem Bankgeschäft			
Kredit- und Avalgeschäft	15	17	-12
Wertpapier- und Depotgeschäft	7	10	-30
Kontoführung und Zahlungsverkehr	9	10	-10
Treuhandgeschäft	14	15	-7
Vermittlungsgeschäft	1	2	-50
Sonstige bankübliche Provisionen	12	18	-33
Provisionserträge aus dem Nicht-Bankgeschäft	1	2	-50
Summe Provisionserträge	59	74	-20
Provisionsaufwendungen			
Provisionsaufwendungen aus dem Bankgeschäft			
Wertpapier- und Depotgeschäft	2	3	-33
Treuhandgeschäft	14	15	-7
Vermittlungsgeschäft	1	1	-
Kontoführung und Zahlungsverkehr	1	1	-
Kredit- und Avalgeschäft	3	4	-25
Summe Provisionsaufwendungen	21	24	-13
Gesamt	38	50	-24

(21) Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten

	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Handelsergebnis			
Realisiertes Ergebnis			
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	2	3	-33
Ergebnis aus Derivaten	14	-55	-
Summe Realisiertes Ergebnis	16	-52	-
Bewertungsergebnis			
Ergebnis aus Derivaten	33	-27	-
Devisenergebnis	14	-33	-
Sonstiges Ergebnis	7	8	-13
Summe Bewertungsergebnis	54	-52	-
Summe Handelsergebnis	70	-104	-
Ergebnis aus der Fair Value Option			
Bewertungsergebnis			
Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	-	3	-
Verbriefte Verbindlichkeiten	2		
Summe Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten (Fair-Value-Option)	2	3	-33
Gesamt	72	-101	-

Das realisierte Ergebnis stellt das Ergebnis der im Berichtsjahr ausgelaufenen bzw. vorzeitig beendeten Finanzinstrumente dar, während sich das Bewertungsergebnis auf die zum Stichtag bestehenden Finanzinstrumente bezieht. Im realisierten und bewerteten Handelsergebnis sind im Wesentlichen Ergebniseffekte aus der Finanzmarktkrise in den dargestellten Geschäftsjahren enthalten.

Das Devisenergebnis beinhaltet alle Devisenerfolge, die sich aus der Realisation durch Abgänge und der Bewertung aller bestehenden Fremdwährungspositionen der Bank im aktuellen Berichtsjahr ergeben haben. Das Ergebnis der Währungsumrechnung der Fremdwährungsposten wird ebenfalls im Devisenergebnis ausgewiesen. Es beläuft sich per 31.12.2009 auf -161 Mio. € (Vorjahr: 177 Mio. €).

Das sonstige Ergebnis betrifft im Wesentlichen die Prämienzahlungen aus den Credit Default Swaps.

Das ausgewiesene Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten resultiert aus dem Bewertungsergebnis.

(22) Ergebnis aus Hedge Accounting

Das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen enthält die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungszusammenhängen im Rahmen des Mikro Fair Value Hedge Accountings, die gemäß IAS 39 die Kriterien des Hedge Accountings erfüllen.

	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Hedge-Ergebnis im Rahmen von Mikro Fair Value Hedges			
aus gesicherten Grundgeschäften	-32	-89	-64
aus als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivaten	40	85	-53
Gesamt	8	-4	-

(23) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands (Available-for-Sale-Wertpapieren), Beteiligungen und assoziierten Unternehmen, die nicht at Equity bilanziert werden, und Anteilen an Tochtergesellschaften, die nicht konsolidiert werden, ausgewiesen.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie Available for Sale setzt sich wie folgt zusammen:

	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Ergebnis aus dem Abgang von			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5	0	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-9	9	-
Wertminderungsergebnis von Schuldverschreibungen	-11	-31	-65
Summe Ergebnis aus Abgängen	-15	-22	-32
Ergebnis aus Anteilen an Unternehmen	0	0	-
Gesamt	-15	-22	-32

Von dem Ergebnis aus Finanzanlagen entfallen 4 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €) auf die ergebniswirksame Auflösung der Neubewertungsrücklage.

(24) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Im Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen ist das Ergebnis von assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst.

	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Anteile an assoziierten Unternehmen			
Erträge	6	10	-40
Aufwendungen	2	3	-33
Gesamt	4	7	-43

(25) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand (andere Verwaltungsaufwendungen) und Abschreibungen sowie Wertminderungen (Impairments) auf Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) und immaterielle Vermögenswerte.

Im Einzelnen gliedern sich die Aufwendungen wie folgt:

	1.1.–31.12. 2009 (in Mio. €)	1.1.–31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Personalaufwand			
Löhne und Gehälter	66	65	2
Soziale Abgaben	10	10	–
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung (davon Dienstzeitaufwand 4 Mio. €; im Vorjahr: 4 Mio. €)	5	5	–
Summe Personalaufwand	81	80	1
Andere Verwaltungsaufwendungen			
EDV- und Kommunikationskosten	29	25	16
Raum- und Gebäudekosten	7	8	–13
Aufwand für Marketing, Kommunikation und Repräsentation	6	6	–
Personenbezogener Sachaufwand	3	3	–
Rechts-, Prüfungs-, Gutachter- und Beratungskosten	6	4	50
Umlagen und Beiträge	2	2	–
Aufwand für Betriebs- und Geschäftsausstattung	1	1	–
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	2	2	–
Summe Andere Verwaltungsaufwendungen	56	51	10
Abschreibungen			
Sachanlagen	3	3	–
Immaterielle Vermögenswerte	1	1	–
Investment Properties	1	1	–
Summe Abschreibungen	5	5	–
Gesamt	142	136	4

(26) Sonstiges betriebliches Ergebnis

	1.1.–31.12. 2009	1.1.–31.12. 2008	Ver- änderung
	(in Mio. €)	(in Mio. €)	(in %)
Sonstige betriebliche Erträge			
aus Miet- und Pachteinnahmen	7	6	17
aus Kostenerstattungen	1	1	–
aus Abgängen von Vermögensgegenständen	–	–	–
aus dem Rückkauf begebener Schuldverschreibungen	1	3	–67
sonstige Erträge	6	3	100
Summe Sonstige betriebliche Erträge	15	13	15
Sonstige betriebliche Aufwendungen			
aus Miet- und Pacht aufwendungen	1	1	–
aus dem Rückkauf begebener Schuldverschreibungen	3	–	–
sonstige Aufwendungen	5	3	67
Summe Sonstige betriebliche Aufwendungen	9	4	–
Gesamt	6	9	–33

Bei den sonstigen Erträgen sind unter anderem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 1 Mio. € enthalten. In den sonstigen Aufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für Schadensfälle in Höhe von 1 Mio. € sowie 3 Mio. € aus dem Verkauf des A-BLB-Aktienfonds enthalten.

(27) Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

	1.1.–31.12. 2009	1.1.–31.12. 2008	Ver- änderung
	(in Mio. €)	(in Mio. €)	(in %)
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	38	36	6
Latente Steuern	–17	–31	–45
Gesamter Ertragsteueraufwand	21	5	–

Die nachfolgende steuerliche Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem IFRS-Ergebnis vor Steuern und dem ausgewiesenen Ertragsteueraufwand.

	1.1.-31.12. 2009 (in Mio. €)	1.1.-31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
IFRS-Ergebnis vor Steuern	79	35	-
Erwarteter Ertragsteueraufwand	25	11	-
Überleitungseffekte			
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze/Abzugsfähigkeit der Gewerbesteuer	-1	0	-
Im Berichtsjahr erfasste Steuern aus Vorjahren	-1	-3	-67
Auswirkungen von Steuersatzänderungen	2	0	-
Nicht abziehbare Betriebsausgaben	-5	-1	-
Auswirkungen steuerfreier Erträge	1	-1	-
Auswirkungen permanenter Effekte bilanzieller Natur	2	0	-
Sonstige Auswirkungen	-2	-1	100
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand	21	5	-

Der erwartete Ertragsteueraufwand in der steuerlichen Überleitungsrechnung errechnet sich aus dem in Deutschland im Jahr 2009 geltenden Körperschaftsteuersatz von 15% zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5% und dem durchschnittlichen Gewerbesteuersatz von ca. 15,6%. Daraus ergibt sich ein inländischer Ertragsteuersatz von 31,5% (Vorjahr: 31,5%), mit dem die Bewertung der latenten Steuern zum Bilanzstichtag erfolgt.

Erläuterungen zur Konzernbilanz

(28) Barreserve

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Kassenbestand	4	4	0
Guthaben bei Zentralnotenbanken	141	118	19
Gesamt	145	122	19

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 141 Mio. € (Vorjahr: 118 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank. Das Mindestreserve-Soll wurde im Berichtsjahr stets eingehalten und beträgt am Jahresende 92 Mio. € (Vorjahr: 109 Mio. €).

(29) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Forderungen aus Geldmarktgeschäften			
Inländische Kreditinstitute	506	622	-19
Ausländische Kreditinstitute	28	182	-85
Summe Forderungen aus Geldmarktgeschäften	534	804	-34
Andere Forderungen			
Inländische Kreditinstitute			-
Täglich fällig	71	62	15
Befristet	3.775	4.304	-12
Ausländische Kreditinstitute			-
Täglich fällig	53	46	15
Befristet	347	560	-38
Summe Andere Forderungen	4.246	4.972	-15
Gesamt	4.780	5.776	-17

Von den Forderungen an inländische Kreditinstitute entfallen 3.457 Mio. € (Vorjahr: 3.635 Mio. €) auf Forderungen an Verbundsparkassen. Vom Gesamtbestand entfallen 3.276 Mio. € (Vorjahr: 3.749 Mio. €) auf Forderungen, die erst nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(30) Forderungen an Kunden

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Forderungen aus Geldmarktgeschäften			
Inländische Kunden	111	146	-24
Ausländische Kunden	7	4	75
Summe Forderungen aus Geldmarktgeschäften	118	150	-21
Andere Forderungen			
Inländische Kunden			
Täglich fällig	669	572	17
Befristet	17.998	17.502	3
Ausländische Kunden			
Täglich fällig	54	28	93
Befristet	2.149	2.003	7
Summe Andere Forderungen	20.870	20.105	4
Gesamt	20.988	20.255	4

Vom Gesamtbestand entfallen 17.318 Mio. € (Vorjahr: 16.881 Mio. €) auf Forderungen, die erst nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(31) Risikovorsorge

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Risikovorsorge auf Forderungen an Kreditinstitute			
Portfoliobasierte Wertberichtigungen auf Forderungen	1	0	-
Summe Risikovorsorge auf Forderungen an Kreditinstitute	1	0	-
Risikovorsorge auf Forderungen an Kunden			
Inländische Kunden	160	92	74
Ausländische Kunden	3	5	-40
Portfoliobasierte Wertberichtigungen auf Forderungen	103	52	98
Summe Risikovorsorge auf Forderungen an Kunden	266	149	79
Gesamt	267	149	79

Die von den Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden abgesetzte Risikovor-sorge und die Rückstellungen im Kreditgeschäft haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Einzelwert-berichtigungen		Portfoliowert-berichtigungen		Rückstellungen im Kreditge-schäft		Summe	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
1.1.	97	106	52	44	22	24	171	174
Erfolgswirksame Veränderungen								
Zuführungen	90	58	55	11	7	10	152	79
Auflösungen	8	38	–	3	4	11	12	52
Unwinding	–6	–6	–	–	–	–	–6	–6
Erfolgsneutrale Veränderungen								
Inanspruchnahmen	13	23	–	–	–	5	13	28
Umbuchungen	3	–	–3	–	–	4	–	4
31.12.	163	97	104	52	25	22	292	171

Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen, belief sich zum Ab-schluss-Stichtag auf 26 Mio. € (Vorjahr: 22 Mio. €) Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von 353 Mio. € (Vorjahr: 259 Mio. €) wurden Einzelwertberichtigungen gebildet. Die auf diese Kredi-te entfallenden ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 31.12.2009 auf 1 Mio. € (Vor-jahr: 1 Mio. €). Im Berichtsjahr erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in Höhe von 2 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betrugen 2 Mio. € (Vor-jahr: 8 Mio. €).

(32) Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position sind die Handelsaktiva (Held for Trading – HfT) sowie die zum Fair Value designierten Finanzinstrumente enthalten. Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wert-papieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Namenspapiere sowie derivativen Finanzinstru-menten, die nicht im Rahmen des Hedge Accounting eingesetzt werden.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren des Handelsbestands sind 90 Mio. € (Vorjahr: 88 Mio. €) börsenfähig und 80 Mio. € (Vorjahr: 81 Mio. €) börsennotiert.

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Handelsaktiva			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
Geldmarktpapiere			
von öffentlichen Emittenten	10	–	–
von anderen Emittenten	54	–	–
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	–	–	–
Summe Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	64	–	–
Positive Fair Values aus Derivaten in Zusammenhang mit			
Zinsrisiken	794	638	24
Währungsrisiken	169	192	–12
Kreditderivaten	6	12	–50
Summe Positive Fair Values aus Derivaten	969	842	15
Summe Handelsaktiva	1.033	842	23
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	90	88	2
Summe Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	90	88	2
Gesamt	1.123	930	21

Vom Gesamtbestand entfallen 847 Mio. € (Vorjahr: 753 Mio. €) auf finanzielle Vermögenswerte, die erst nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(33) Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten

Diese Position umfasst positive beizulegende Zeitwerte für Sicherungsinstrumente in effektiven Fair-Value-Hedge-Beziehungen.

	31.12.2009 in Mio. €	31.12.2008 in Mio. €	Veränderung in %
Positive Fair Values aus zugeordneten Mikro-Fair-Value-Hedge-Derivaten in Zusammenhang mit			
Zinsrisiken	279	93	–

Vom Gesamtbestand entfallen 208 Mio. € (Vorjahr: 91 Mio. €) auf Sicherungsinstrumente, die nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden. Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps eingesetzt.

(34) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen umfasst alle nicht zu Handelszwecken dienenden, als Available for Sale (AfS) kategorisierten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Anteile an verbundenen Unternehmen, assoziierten Unternehmen (nicht at Equity bilanziert) sowie Ausleihungen und sonstige Beteiligungen, die als Loans and Receivables (LaR) kategorisiert wurden.

Beteiligungen sind der Kategorie AfS zugeordnet. Eine stille Beteiligung an der DekaBank Deutsche Girozentrale (Buchwert 14 Mio. €) ist der Kategorie Loans and Receivables (LaR) zugeordnet.

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Finanzanlagen der Kategorie LaR	22	14	57
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS)			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsl. Wertpapiere			
von öffentlichen Emittenten	1.277	930	37
von anderen Emittenten	4.963	5.683	-13
Geldmarktpapiere	-	102	-
Summe Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.240	6.715	-7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			
Investmentanteile	-	30	-
Anteile an nicht konsolidierten Unternehmen	180	239	
Sonstige Finanzanlagen der Kategorie AfS	-	1	-
Summe Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS)	6.420	6.984	-8
Gesamt	6.442	6.998	-8

Vom Gesamtbestand entfallen 5.598 Mio. € (Vorjahr: 5.683 Mio. €) auf zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS), die erst nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden. Die LaR-Finanzanlagen haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

(35) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

In diesem Posten werden Anteile an assoziierten Unternehmen im Sinne des IAS 28 ausgewiesen, die nach der Equity-Methode bewertet werden. Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Assoziierte Unternehmen			
Kreditinstitute	10	10	-
Andere Unternehmen	71	78	-9
Gesamt	81	88	-8

Die Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

	Assoziierte Unternehmen
1.1.2008	73
Zugänge	25
Abgänge	-8
Abschreibungen	-5
Zuschreibungen	5
Erfolgsneutrale Veränderungen	-2
31.12.2008	88
1.1.2009	88
Zugänge	0
Abgänge	-7
Abschreibungen	-1
Zuschreibungen	4
Erfolgsneutrale Veränderungen	-3
31.12.2009	81

In der nachfolgenden Tabelle werden anteilig entsprechend der Beteiligungshöhe finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst:

	DEUTSCHE FACTORING BANK Deut- sche Factoring GmbH & Co. KG	BREBAU GmbH	Ammerländer Wohnungsbau- Gesellschaft mbH ¹⁾	Lazard- Sparkassen Rendite-Plus- Fonds	GSG OLDENBURG Bau- und Wohn- gesellschaft mbH
Anteil 31.12.2009	16,50%	30,00%	32,26%	46,54%	22,22%
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
Vermögen	92	54	23	24	50
Verbindlichkeiten	81	28	11	0	35
Eigenkapital	10	20	12	24	14
Summe der Erträge	6	14	3	0	10
Periodenergebnis	2	3	1	0	1

¹⁾ Zahlen zum 31.12.2008.

(36) Sachanlagen

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Grundstücke und Gebäude	17	19	-11
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5	5	-
Anlagen im Bau	5	1	-
Gesamt	27	25	8

Das Gebäude der Niederlassung Oldenburg wird umfassend umgebaut und erweitert. Für noch zu erbringende Leistungen bis zum Abschluss der Maßnahme wurde ein Budget in Höhe von 13 Mio. € eingeplant. Hiervon wurden bisher 6 Mio. € verbraucht.

(37) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Anlageimmobilien	64	65	-2
Gesamt	64	65	-2

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien beträgt 86 Mio. €. Aus der Vermietung dieser Objekte wurden im Berichtsjahr 7 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €) erzielt. Die direkten betrieblichen Aufwendungen (einschließlich Reparaturen und Instandhaltung) ohne Abschreibungen betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €). Der Rückgang der Mieterträge und der entsprechenden Aufwendungen resultiert aus dem Vorjahresabgang von Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten wurden. Außer der üblichen Instandhaltungsverpflichtung bestehen weder außergewöhnliche vertragliche Verpflichtungen noch Beschränkungen der Veräußerbarkeit.

Die Entwicklung der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten sowie die kumulierten Abschreibungen für Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	Grundstücke und Gebäu- de	Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	Geleistete Anzahlun- gen/Anlagen im Bau	Summe	Als Finanz- investition ge- haltene Immobili- en
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten per 1.1.2008	65	29	1	95	77
Zugänge	-	1	-	1	-
Abgänge	-	-2	-	-2	-
Summe 31.12.2008	65	28	1	94	78
Kumulierte Abschreibungen per 1.1.2008	-44	-23	-	-67	-11
Planmäßige Abschreibungen	-2	-2	-	-4	-1
Abgänge	-	2	-	2	-
Summe 31.12.2008	-46	-23	0	-69	-12
Endbestand per 31.12.2008	19	5	1	25	65
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten per 1.1.2009	65	28	1	94	78
Zugänge	-	2	4	6	-
Abgänge	-	-1	-	-1	-
Summe 31.12.2009	65	29	5	99	78
Kumulierte Abschreibungen per 1.1.2009	-46	-23	-	-69	-12
Planmäßige Abschreibungen	-2	-1	-	-3	-1
Abgänge	-	-	-	-1	-1
Summe 31.12.2009	-48	-24	-	-73	-14
Endbestand per 31.12.2009	17	5	5	27	64

(38) Immaterielle Vermögenswerte

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Software			
Entgeltlich erworben	2	2	–
Gesamt	2	2	-

Die immateriellen Anlagewerte betreffen System- und Anwendungssoftware. Die Restnutzungsdauer der immateriellen Anlagewerte liegt zwischen 5 und 35 Monaten.

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	Software
	Entgeltlich erworben
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten per 1.1.2008	9
Zugänge	2
Abgänge	–
Summe 31.12.2008	11
Kumulierte Abschreibungen per 1.1.2008	–8
Planmäßige AfA	–1
Abgänge	–
Summe 31.12.2008	–9
Endbestand per 31.12.2008	2
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten per 1.1.2009	11
Zugänge	1
Abgänge	–
Summe 31.12.2009	12
Kumulierte Abschreibungen per 1.1.2009	–9
Planmäßige AfA	–1
Abgänge	–
Summe 31.12.2009	–10
Endbestand per 31.12.2009	2

(39) Laufende Ertragsteueransprüche sowie latente Ertragsteuern

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	11	12	-8
Aktive latente Steuern	87	74	18
Gesamt	98	86	14

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus temporären Unterschieden zwischen den Werten der Vermögenswerte und Schulden in der IFRS-Konzernbilanz und den Steuerwerten nach den steuerlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Zum 31.12.2009 wurden keine aktiven latenten Steuern direkt mit dem Eigenkapital verrechnet.

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten gebildet:

	31.12.2009 in Mio. €	31.12.2008 in Mio. €	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	1	1	0
Risikovorsorge	22	5	-
Finanzanlagen	16	9	78
Sachanlagen	18	16	13
Immaterielle Vermögenswerte	1	1	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5	1	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12	6	100
Verbriefte Verbindlichkeiten	11	5	-
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	225	124	81
Negative Fair Values aus Hedge-Derivaten	17	7	-
Rückstellungen	64	65	-2
Nachrangkapital	6	1	-
Steuerliche Verlustvorträge und sonstige aktive latente Steuern	11	12	-8
Summe	409	253	62
Saldierung	322	179	80
Gesamt	87	74	18

Die Ertragsteueransprüche aus latenten Steuern werden nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert.

(40) Sonstige Aktiva

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Vorräte	1	3	-67
Steuererstattungsansprüche aus sonstigen Steuern	-	1	-
Sonstige Vermögenswerte	24	13	85
Gesamt	25	17	47

Die Sonstigen Vermögenswerte beinhalten insbesondere aktivierte Forderungen gegenüber nichtkonsolidierten Tochtergesellschaften in Höhe von 13 Mio. € sowie aktivierte Sicherheiten gegenüber Dritten aus Avalverbindlichkeiten gemäß IAS 37.53 in Höhe von 6 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €).

Alle Beträge der Position „Sonstige Aktiva“ werden innerhalb der nächsten 12 Monate realisiert.

(41) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Einlagen von anderen Banken			
Inländische Kreditinstitute	851	16	–
Ausländische Kreditinstitute	–	–	–
Summe Einlagen von anderen Banken	851	16	-
Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften			
Inländische Kreditinstitute	1.366	4.579	–70
Ausländische Kreditinstitute	144	169	–15
Summe Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften	1.510	4.748	–68
Andere Verbindlichkeiten			
Inländische Kreditinstitute			
Täglich fällig	304	160	90
Befristet	6.771	6.179	10
Ausländische Kreditinstitute			
Täglich fällig	5	12	–58
Befristet	1.067	1.091	–2
Summe Andere Verbindlichkeiten	8.147	7.442	9
Gesamt	10.508	12.206	–14

Vom Gesamtbestand entfallen 6.935 Mio. € (Vorjahr: 6.586 Mio. €) auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, die voraussichtlich nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten entfallen 739 Mio. € (Vorjahr: 691 Mio. €) auf Verbindlichkeiten gegenüber Verbundsparkassen.

(42) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Spareinlagen			
Mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			
Inländische Kunden	203	136	49
Ausländische Kunden	14	9	56
Mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten			
Inländische Kunden	8	31	-74
Ausländische Kunden	2	2	-
Summe Spareinlagen	227	178	28
Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften			
Inländische Kunden	1.598	2.396	-33
Ausländische Kunden	70	180	-61
Summe Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften	1.668	2.576	-35
Andere Verbindlichkeiten			
Inländische Kunden			
Täglich fällig	1.761	1.404	25
Befristet	6.478	5.741	13
Ausländische Kunden			
Täglich fällig	102	50	-
Summe Andere Verbindlichkeiten	8.341	7.195	16
Gesamt	10.236	9.949	3

Vom Gesamtbestand entfallen 5.794 Mio. € (Vorjahr: 5.208 Mio. €) auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, die voraussichtlich nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(43) Verbriefte Verbindlichkeiten

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Begebene Schuldverschreibungen			
Pfandbriefe	783	740	6
Kommunalschuldverschreibungen	2.698	2.919	-8
Sonstige Schuldverschreibungen	5.666	4.764	19
Summe Begebene Schuldverschreibungen	9.147	8.423	9
Geldmarktpapiere			
Commercial Papers	45	-	-
Sonstige Geldmarktpapiere	52	-	-
Summe Geldmarktpapiere	97	-	-
Gesamt	9.244	8.423	10

Vom Gesamtbestand entfallen 7.451 Mio. € (Vorjahr: 6.662 Mio. €) auf Verbriefte Verbindlichkeiten, die voraussichtlich nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Gemäß IAS 39 wurden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 117 Mio. € (Vorjahr: 138 Mio. €) von den ausgegebenen Schuldverschreibungen direkt abgesetzt.

Die folgende Aufstellung enthält die wesentlichen im Berichtsjahr 2009 begebenen Schuldverschreibungen ab einem Emissionsvolumen von 50 Mio. €.

Wertpapierkurzbezeichnung	Nominal	Währung	Fälligkeit	Zinssatz
BREM.LB.KR.A.OLD.OPF.58	59.000.000,00	EUR	15.06.2012	2,375
BREM.LB.KR.A.OLD.OPF.61	77.500.000,00	EUR	01.07.2013	2,750
BREM.LB.KR.A.OLD.OPF.68	66.000.000,00	EUR	21.12.2012	2,375
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.48	70.970.000,00	EUR	23.01.2012	3,750
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.49	55.500.000,00	EUR	21.01.2011	3,500
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.54	75.000.000,00	EUR	17.02.2011	3,250
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.62	60.000.000,00	EUR	31.03.2011	3,000
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.64	70.300.000,00	EUR	15.04.2011	3,000
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.71	52.215.000,00	EUR	25.06.2012	3,250
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.85	95.000.000,00	EUR	14.10.2014	3,300
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.86	100.000.000,00	EUR	29.04.2014	3,250
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.88	56.500.000,00	EUR	13.11.2013	3,000

(44) Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind die Handelspassiva (Held for Trading – HfT) sowie die zum Fair Value designierten Verbindlichkeiten (Designated at Fair Value through Profit or Loss) dargestellt.

Die Handelspassiva umfassen negative beizulegende Zeitwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, welche nicht im Rahmen von Hedge Accounting eingesetzt wurden.

Zum Fair Value wurden auf der Passivseite Verbriefte Verbindlichkeiten designiert.

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Handelspassiva			
Negative Fair Values aus Derivaten in Zusammenhang mit			
Zinsrisiken	916	683	34
Währungsrisiken	240	430	-44
Aktien- und sonstigen Preisrisiken	–	–	–
Kreditderivaten	109	164	-34
Summe Handelspassiva	1.265	1.277	-1
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen (DFV)			
Verbrieftete Verbindlichkeiten	2	2	–
Gesamt	1.267	1.279	-1

Vom Gesamtbestand entfallen 1.069 Mio. € (Vorjahr: 1.029 Mio. €) auf zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente, die nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(45) Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten

Die Position umfasst negative beizulegende Zeitwerte für Sicherungsinstrumente in effektiven Mikro-Fair-Value-Hedge-Beziehungen.

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Negative Fair Values aus zugeordneten Mikro-Fair-Value-Hedge-Derivaten in Zusammenhang mit			
Zinsrisiken	54	21	–

Vom Gesamtbestand entfallen 34 Mio. € (Vorjahr: 21 Mio. €) auf Sicherungsinstrumente, die nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps eingesetzt.

(46) Rückstellungen

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	259	233	11
Andere Rückstellungen			
Rückstellungen im Kreditgeschäft	25	22	14
Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	16	18	-11
Gesamt	300	273	10

Von den Rückstellungen im Kreditgeschäft entfallen 4 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €) auf gebildete PoWB.

Die Rückstellungen im Kreditgeschäft korrespondieren mit eingebuchten Sicherheiten gegenüber Dritten in Höhe von 6 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €).

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	297	272	9
Abzüglich Zeitwert des Planvermögens	38	39	-3
Gesamt	259	233	11

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung lässt sich vom Anfangs- bis zum Endbestand der Periode unter Berücksichtigung der Auswirkungen der aufgeführten Posten überleiten:

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Anfangsbestand	272	295	-8
Laufender Dienstzeitaufwand	4	4	-
Zinsaufwand	16	16	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus der Verpflichtung	19	-30	-
Gezahlte Versorgungsleistungen	-14	-13	8
Endbestand	297	272	9

Der Barwert der Verpflichtung ist mit 293 Mio. € (Vorjahr: 268 Mio. €) teilweise kapitalgedeckt und mit 4 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €) nicht kapitalgedeckt (unfunded).

Die unter den Gewinnrücklagen ausgewiesenen versicherungsmathematischen Gewinne stellen sich wie folgt dar:

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Versicherungsmathematische Gewinne	89	107	-17
Korrekturposten latente Steuern	-28	-33	-15
Gesamt	61	74	-18

Der Zeitwert des Planvermögens weist die folgende Entwicklung auf:

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Anfangsbestand	39	42	-7
Erwartete Erträge aus Planvermögen	1	2	-50
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus Planvermögen	1	-2	-
Beiträge des Arbeitgebers	10	10	-
Gezahlte Versorgungsleistungen	-13	-13	-
Endbestand	38	39	-3

Das Planvermögen sowie die Renditeerwartungen setzen sich nach Vermögensarten wie folgt zusammen:

	Renditeerwartung 2010	Zusammensetzung des Planvermögens	
		31.12.2009	31.12.2008
Eigenkapitalinstrumente	7,0%	2%	2%
Fremdkapitalinstrumente	3,6%	77%	81%
Sonstige Vermögenswerte	3,9%	21%	17%
	3,7%	100%	100%

Als Planvermögen werden die Deckungsmittel der Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank ausgewiesen. Die nicht für die laufenden Pensionszahlungen benötigten Mittel sind im Rahmen eines Vermögensverwaltungsvertrags in Renten- und Aktientiteln investiert. Der Bestand des Planvermögens ist zum Fair Value bewertet.

Für 2010 werden Zahlungen an Arbeitnehmer und zur Dotierung des Planvermögens von insgesamt 9 Mio. € erwartet. Der tatsächliche Erfolg aus Planvermögen betrug im Berichtsjahr 3 Mio. € (Vorjahr: -1 Mio. €). Für das Jahr 2010 wird anhand eines geschätzten Durchschnittszinsertrags von 3,7% mit einer erwarteten Rendite aus Planvermögen von 1 Mio. € kalkuliert.

Die Historie der Barwerte der leistungsorientierten Verpflichtungen sowie der Zeitwert des Planvermögens sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

	31.12.2009 (in Mio. €)	31.12.2008 (in Mio. €)	31.12.2007 (in Mio. €)	31.12.2006 (in Mio. €)
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	297	272	295	342
Zeitwert des Planvermögens	38	39	42	42

Die erfahrungsbedingten Anpassungen des Planvermögens sowie des Verpflichtungsumfangs stellen sich wie folgt dar:

(+ = Ertrag; – = Aufwand)	31.12.2009 (in Mio. €)	31.12.2008 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Abweichungen der Planvermögenserträge von den tatsächlichen Erträgen	1	–2	–
Erfahrungsbedingte Anpassungen der Pensionsverpflichtung	0	9	–

Die Annahmen über die Entwicklung der Kosten im medizinischen Bereich haben Auswirkungen auf die dargestellten Beträge der Gesundheitsfürsorgepläne (Beihilfe). Eine Veränderung in der angenommenen Entwicklung der Gesundheitskosten um einen Prozentpunkt hätte folgende Auswirkungen für den Konzern gehabt:

in Mio. €	Anstieg um 1 Prozentpunkt		Rückgang um 1 Prozentpunkt	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Effekt auf die Verpflichtung zum Jahresende	1	1	–1	–1
Effekt auf die Summe aus laufendem Dienstzeit- und Zinsaufwand für das abgelaufene Geschäftsjahr	0	0	0	0

Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten			Summe
	Rückstellungen für Risiken aus dem Kredit- geschäft	Rückstellungen für Verpflichtungen aus dem Personal- bereich	Sonstige Rückstel- lungen für ungewisse Verbindlichkeiten	
Anfangsbestand	22	17	1	40
Inanspruchnahme	0	–6	0	–6
Auflösungen	–4	0	0	–4
Zuführungen	7	3	1	11
Umbuchungen	0	0	0	0
Endbestand	25	14	2	41

Die anderen Rückstellungen untergliedern sich in Rückstellungen für das Kreditgeschäft, Rückstellungen für Verpflichtungen aus dem Personalbereich und Sonstige Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten. Restrukturierungsrückstellungen und Rückstellungen für drohende Verluste liegen nicht vor.

Die Rückstellungen für den Personalbereich beinhalten Vorruhestandsrückstellungen in Höhe von 10 Mio. € (Vorjahr: 12 Mio. €) und Jubiläumsrückstellungen in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €).

Bei allen Rückstellungen ist erst mit einer Inanspruchnahme nach mehr als 12 Monaten zu rechnen.

Für den Ansatz der Rückstellung für Avalverbindlichkeiten wurden Rückgriffsansprüche auf die Avalkreditnehmer in Höhe von 6 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €) in die Berechnung einbezogen. Weitere Erstattungen werden nicht erwartet.

(47) Laufende Ertragsteuerverpflichtungen sowie latente Ertragsteuern

Die Ertragsteuerverpflichtungen gliedern sich wie folgt:

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	27	27	–
Passive latente Steuern	1	1	–
Gesamt	28	28	–

Passive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus temporären Unterschieden zwischen den Werten der Vermögenswerte und Schulden in der IFRS-Konzernbilanz und den Steuerwerten nach den steuerlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Zum 31.12.2009 wurden keine passiven latenten Steuern direkt mit dem Eigenkapital verrechnet.

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen in Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Forderungen an Kunden	5	6	–17
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	172	73	–
Positive Fair Values aus Hedge-Derivaten	86	29	–
Finanzanlagen	12	18	–33
Sachanlagen	0	1	–
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	2	2	0
Sonstige Aktiva	2	1	100
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3	3	0
Rückstellungen	28	35	–20
Sonstige Passiva	13	10	30
Eigenkapital (Spezialfonds)	0	2	–
Summe	323	180	79
Saldierung	322	179	80
Gesamt	1	1	0

Die Ertragsteuerverpflichtungen aus latenten Steuern werden nach Ablauf von mehr als 12 Monaten erfüllt.

(48) Sonstige Passiva

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	5	4	25
Verbindlichkeiten aus Beiträgen	1	1	–
Verbindlichkeiten aus kurzfristigen Arbeitnehmervergütungen	8	8	–
Verbindlichkeiten aus noch abzuführenden Steuern und Sozialbeiträgen	2	6	–67
Sonstige Verbindlichkeiten	8	22	–64
Gesamt	24	41	–41

Die abgegrenzten Verbindlichkeiten aus kurzfristigen Arbeitnehmervergütungen werden im ersten Halbjahr 2010 an Mitarbeiter im Konzern ausgezahlt.

Der Rückgang der Sonstigen Verbindlichkeiten resultiert insbesondere aus dem Fehlen von Verbindlichkeiten gegenüber nicht konsolidierten Tochtergesellschaften in Höhe von 7 Mio. €. Alle Beträge der Position „Sonstige Passiva“ werden innerhalb der nächsten 12 Monate realisiert.

(49) Nachrangkapital

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Nachrangige Verbindlichkeiten	504	493	2
Einlagen stiller Gesellschafter	662	659	0
Gesamt	1.166	1.152	1

Die im Nachrangkapital ausgewiesenen Posten stellen in voller Höhe haftende Eigenmittel gemäß der Baseler Eigenkapitalvereinbarung dar. Dabei bezieht sich die Nachrangigkeit auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- und Liquidationsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Befriedigung der Ansprüche aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt.

Der Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 27 Mio. € (Vorjahr: 26 Mio. €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen werden im Nachrangkapital bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Die Einlagen stiller Gesellschafter stellen aufgrund ihrer vertraglichen Ausgestaltung und ihres wirtschaftlichen Charakters gemäß IAS 32 Fremdkapital dar.

Der Zinsaufwand für die aufgenommenen Einlagen stiller Gesellschafter beträgt 37 Mio. € (Vorjahr: 38 Mio. €).

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind mit 150 Mio. € (Vorjahr: 150 Mio. €) festverzinslich sowie mit 350 Mio. € (Vorjahr: 350 Mio. €) variabelverzinslich.

Ende 2009 waren folgende wesentliche nachrangige Verbindlichkeiten im Umlauf:

Nominalbetrag in Mio. €	Fälligkeit	Zinssatz
200	28.06.2030	variabel
85	21.03.2031	variabel
65	05.04.2041	variabel
150	15.12.2015	4,875
500		

Vom Gesamtbestand entfallen 500 Mio. € (Vorjahr: 500 Mio. €) auf Nachrangige Verbindlichkeiten, die nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

in Mio. €	1.1.–31.12.2009			1.1.–31.12.2008		
	Betrag vor Steuern	Ertragsteuer- effekt	Betrag nach Steuern	Betrag vor Steuern	Ertragsteuer- effekt	Betrag nach Steuern
Konzernergebnis aus der GuV	79	-21	58	35	-5	30
Veränderung aus Available-for-Sale-(AfS-) Finanzinstrumenten	13	-9	4	-24	-8	-32
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen von at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	0	-1	0	-1
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste bei leistungsorientierten Pensionsrückstellungen	-18	6	-12	28	-9	19
Sonstiges Ergebnis	-5	-3	-8	3	-17	-14
Gesamtergebnis der Periode	74	-24	50	38	-22	16
davon den Anteilseignern des Mutterunternehmens zustehend			50			15
davon auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend			0			1

Bei den einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2).

Erläuterungen zum Eigenkapital

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	140	140	-
Kapitalrücklage	40	40	-
Gewinnrücklagen	739	722	2
Neubewertungsrücklage	41	34	21
Eigenkapital vor Anteilen Dritter	960	936	3
Summe Eigenkapital	960	936	3

Die Kapitalrücklage beinhaltet die Beträge, die durch eine Sonderausschüttung von 40 Mio. € vorab an die Gewährträger mit der Maßgabe zur Verfügung gestellt wurden, dass ein entsprechender Betrag der Bremer Landesbank im Wege einer Kapitalerhöhung wieder zur Verfügung gestellt wird.

In den Gewinnrücklagen werden die Beträge ausgewiesen, die in den Rücklagen aus den Ergebnissen der Vorjahre und aus dem Ergebnis des laufenden Jahres zugewiesen wurden. Weiterhin werden hier versicherungsmathematische Erfolge aus Pensionsrückstellungen und die direkt im Eigenkapital erfassten Ergebnisse aus at Equity bewerteten Unternehmen erfasst.

In der Neubewertungsrücklage sind diejenigen Beträge erfasst, die aus der ergebnisneutralen Erfassung von Bewertungsunterschieden von finanziellen Vermögenswerten der Kategorie Available for Sale resultieren. Die darauf entfallenen latenten Steuern werden abgesetzt.

Die Anteilseigner der Bremer Landesbank setzen sich wie folgt zusammen:

	Anteil in %
Norddeutsche Landesbank-Girozentrale-, Hannover, Braunschweig, Magdeburg	92,5
Land Bremen	7,5
Gesamt¹⁾	100

¹⁾ Das Stammkapital der Bremer Landesbank lautet vertraglich ohne Zahl und Nennbeträge der Geschäftsanteile.

Ziele des Eigenkapitalmanagements sind die Einhaltung der gesetzlichen Mindestkapitalanforderungen sowie eine ausgewogene Relation zwischen Risikopotenzial und Risikokapital zur Sicherstellung der jederzeitigen Handlungsfähigkeit der Bank (vgl. 5. Chancen- und Risikobericht, Kapitel „Risikotragfähigkeit“).

Auf Basis des Tragfähigkeitskonzeptes werden die Risikopotenziale der Risikoarten monatlich aggregiert und dem Risikokapital der Bank gegenübergestellt. Die Gegenüberstellung erfolgt dabei über drei Stufen mit unterschiedlichen Eintrittswahrscheinlichkeiten. Die stufenweise ermittelten Risikodeckungsgrade zeigen auf, inwieweit die Bank in der Lage ist, verschiedene Belastungsszenarien zu bewältigen. Als Risikokapital werden die freien Eigenmittel, d.h. die über 8% hinausgehenden Eigenmittel, genutzt und durch Einbeziehung des Planbetriebsergebnisses, des Ergebnisses aus dem Wertberichtigungsvergleich und der noch nicht in den Eigenmitteln berücksichtigten Reserven nach § 340f und g HGB dynamisiert. Allen drei Stufen wird ein prozentualer Anteil zugeordnet (10%, 50% und 100%).

Risikokapital	31.12.2009 (in Mio. €)	31.12.2008 (in Mio. €)
Freie Eigenmittel (nach Dynamisierung und Shortfall)	650	853
davon		
Risikokapital Adverse Case (10%)	65	85
Risikokapital Bad Case (50%)	325	426
Risikokapital Crucial Case (100%)	650	853

Zusätzlich wird im ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process; 2. Säule aus Basel II) ein Deckungsgrad zu den anrechenbaren Eigenmitteln ohne ungenutzte Drittrangmittel gemäß Solvabilitätsverordnung ermittelt.

	31.12.2009 (in Mio. €)	31.12.2008 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Gezeichnetes Kapital	140	140	–
Rücklagen, Fremdanteile	1.419	1.349	5
Sonstige	–3	–3	–
Summe Kernkapital	1.556	1.486	5
Vorsorgereserven nach § 340f HGB	50	49	–2
Nachrangige Verbindlichkeiten	500	500	–
Ergänzungskapital	550	549	–
Abzugsposten	–253	–37	–
Dritrangmittel	0	0	–
Eigenmittel ohne ungenutzte Drittrangmittel	1.853	1.999	–7

Die externen Kapitalanforderungen wurden im Berichtszeitraum jederzeit erfüllt.

Die NORD/LB ist verpflichtet, ihre Anteile an der Bremer Landesbank der Freien Hansestadt Bremen zum Unternehmenswert anzubieten, wenn Niedersachsen und der SVN ihre Mehrheit am Stammkapital und den Trägerrechten an der NORD/LB und damit ihre indirekte Entscheidungskompetenz über die Bremer Landesbank aufgeben. Daneben hat die Freie Hansestadt Bremen ein dauerhaftes, unbedingtes Andienungsrecht bezüglich ihrer Anteile an der Bremer Landesbank gegenüber der NORD/LB.

Weitere Vorzugsrechte und Beschränkungen gemäß IAS 1.76 sind nicht vorhanden.

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes des Berichtsjahres durch die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit.

Dabei wird der Zahlungsmittelbestand als Barreserve (Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind) definiert.

Die Erstellung der Kapitalflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Konzernjahresüberschuss ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen und Erträge zu- bzw. abgezogen werden, die im Berichtsjahr nicht zahlungswirksam waren. Zusätzlich werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zahlungswirksam waren, jedoch nicht dem operativen Geschäftsbereich zuzuordnen sind. Diese Zahlungen werden bei den Cashflows aus Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit berücksichtigt.

Den Empfehlungen des IASB entsprechend, werden im Rahmen des Cashflows aus operativer Geschäftstätigkeit Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, aus Wertpapieren des Handelsbestandes, aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden und aus verbrieften Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Der Gesamtbetrag der gezahlten Zinsen beträgt im Berichtsjahr 2009 2.078 Mio. € (Vorjahr: 2.918 Mio. €).

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für weder die Liquiditäts- bzw. Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

Hinsichtlich der Liquiditätsrisikosteuerung des Bremer Landesbank Konzerns wird auf die Ausführungen im Risikobericht verwiesen.

Sonstige Angaben

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(50) Fair-Value-Hierarchie

Folgende Tabelle zeigt die Anwendung der Fair Value Hierarchie der erfolgswirksam und erfolgsneutral zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen:

in Mio. €	31.12.2009		
	Level 1 (Mark-to-Market)	Level 2 (Mark-to-Matrix)	Level 3 (Mark-to-Model)
Handelsaktiva	50	980	2
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	83	8	0
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	0	279	0
Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	5.105	300	999
Aktiva	5.238	1.567	1.001
Handelsspassiva	1	1.193	72
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen	0	2	0
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	0	54	0
Zum Verkauf bestimmte finanzielle Verpflichtungen zum Fair Value bilanziert	0	0	0
Passiva	1	1.249	72

Im Fall der Mark-to-Model-Bewertung (Level 3) hängt die Höhe der Fair Values von den getroffenen Annahmen ab, sodass Änderungen in den Annahmen entsprechende Schwankungen der Fair Values zur Folge haben können. Signifikante Auswirkungen dieser auf Änderungen in den Annahmen zurückzuführenden Wertschwankungen werden für die im Abschluss erfassten Fair Values mittels einer Sensitivitätsanalyse überprüft.

- Bei der Analyse der Sensitivität in Level 3 des Wertpapiermodells wird das interne Rating jeweils um eine Ratingklasse verbessert und eine Klasse verschlechtert. Der Mittelwert der beiden Rechnungen ergibt die Sensitivität des Shifts und beträgt bei den Wertpapieren 9,0 Mio. €.
- Bei der Analyse der Sensitivität in Level 3 des CDS-Modells wird das interne Rating jeweils um eine Ratingklasse verbessert und eine Klasse verschlechtert. Der Mittelwert der beiden Rechnungen ergibt die Sensitivität des Shifts und beträgt bei dem CDS-Modell 8,1 Mio. €.
- Bei der Analyse der Sensitivität in Level 3 des Finanzanlagen-Modells verändert sich die Neubewertungsrücklage jeweils um + 9,6 Mio. € bzw. – 8,6 Mio. €, unter der Annahme, dass das Adjusted Beta um –0,1 bzw. + 0,1 variiert.

Die Transfers innerhalb der Fair-Value-Hierarchie stellen sich wie folgt dar:

31.12.2009 in Mio. €	aus Level 1 in Level 2	aus Level 1 in Level 3	aus Level 2 in Level 1	aus Level 2 in Level 3	aus Level 3 in Level 1	aus Level 3 in Level 2
Handelsaktiva	0	0	0	0	0	2
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	8	0	0	0	0	0
Positive Fair Values aus Hedge- Accounting-Derivaten	0	0	0	0	0	0
Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	0	5	160	0	1.097	0
Zum Verkauf bestimmte finanzielle Vermö- genswerte zum Fair Value bilanziert	0	0	0	0	0	0
Aktiva	8	5	160	0	1.097	2
Handelspassiva	0	0	0	6	0	29
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen	0	0	0	0	0	0
Negative Fair Values aus Hedge- Accounting-Derivaten	0	0	0	0	0	0
Zum Verkauf bestimmte finanzielle Ver- pflichtungen zum Fair Value bilanziert	0	0	0	0	0	0
Passiva	0	0	0	6	0	29

Zum Bilanzstichtag 2009 wurden die instrumentspezifischen Preisinformationen für Wertpapiere als verlässlicher gegenüber dem Vorbilanzstichtag eingestuft, sodass von der emittentenspezifischen Bewertung (Level 2) und vor allem der Modellbewertung in größerem Umfang Abstand genommen werden konnte. Dies ist auf die allgemeine Marktberuhigung zurückzuführen und führte zu einer entsprechenden Wanderungsbewegung der Wertpapiere von Level 3 bzw. Level 2 in Level 1.

Unter der erhöhten Volatilität im CDS-Markt hat sich die oben beschriebene allgemeine Marktberuhigung auf einzelne CDS-Papiere so nachhaltig durchgeschlagen, dass eine Wanderungsbewegung von Level 3 in Level 2 erfolgen konnte.

Die Entwicklung der finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in Level 3 der Fair-Value-Hierarchie stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	Handelsaktiva	Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	Summe Aktiva	Handelspassiva
Anfangsbestand per 1.1.2009	8	2.044	2.052	-139
GuV-Effekt ¹⁾	-3	-15	-18	29
Effekt Neubewertungsrücklage	0	-13	-13	0
Zukäufe	0	76	76	0
Verkäufe	0	-1	-1	2
Tilgungen	-1	0	-1	13
Zugang aus Level 1 und 2	0	5	5	-6
Abgang nach Level 1 und 2	-2	-1.097	-1.099	29
Endbestand per 31.12.2009	2	999	1.001	-72

¹⁾ Die dargestellten GuV-Effekte enthalten keine laufenden Ergebnisse!

(51) Buchwerte nach Bewertungskategorien

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Aktivposten			
Loans and Receivables (LaR)	25.526	25.896	-1
Available for Sale Assets (AfS)			-8
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.240	6.715	-7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	30	-
Anteile an nicht konsolidierten Unternehmen	181	238	-24
Sonstige Finanzanlagen der Kategorie AfS	-	1	-
Financial Assets Held for Trading (HfT)	1033	842	23
Financial Assets Designated at Fair Value through Profit or Loss	90	88	2
Positive Marktwerte aus Sicherungsbeziehungen	279	93	-
Summe Aktivposten	33.349	33.903	-2
Passivposten			
Verbindlichkeiten (Other Liabilities)	31.154	31.730	-2
Financial Liabilities Held for Trading (HfT)	1.265	1.277	-1
Financial Liabilities Designated at Fair Value through Profit or Loss	2	2	-
Negative Marktwerte aus Sicherungsinstrumenten	54	21	-
Summe Passivposten	32.475	33.030	-2

Die Barreserve als Finanzinstrument ist nicht enthalten, da sie keiner Bewertungskategorie zugeordnet ist.

(52) Nettoergebnisse nach Bewertungskategorien

Aus den einzelnen Bewertungskategorien ergeben sich folgende Ergebnisbeiträge:

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Loans and Receivables (LaR)	-141	-22	-
Other Liabilities	-2	2	-
Available for Sale Assets (AfS)			-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-6	-30	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-9	-	-
Financial Instruments Held for Trading	69	-86	-
Financial Instruments Designated at Fair Value through Profit or Loss	2	7	-71

Die Nettoergebnisse der Bewertungskategorien Financial Instruments Held for Trading (HfT) und Financial Instruments Designated at Fair Value through Profit or Loss (DFV) beinhalten das Zins- und Provisionsergebnis der jeweiligen Geschäfte.

Das Ergebnis aus Hedge Accounting ist in den Nettoergebnissen nicht enthalten, da es keiner der Kategorien zugeordnet ist.

(53) Wertminderungen/Wertaufholungen nach Bewertungskategorien

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Available for Sale Assets (AfS)			
Ergebnis aus Impairment von Finanzanlagen			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-11	-31	-65
Summe Available for Sale Assets	-11	-31	-65
Loans and Receivables (LaR)			
Ergebnis aus Einzelwertberichtigungen im Kreditgeschäft	-83	-20	-
Ergebnis aus portfoliobasierten Wertberichtigungen im Kreditgeschäft	-55	-8	-
Zuführungen/Auflösungen von Rückstellungen im Kreditgeschäft	-3	1	-
Ergebnis aus direkten Forderungsabschreibungen/Eingängen auf abgeschriebene Forderungen im Kreditgeschäft	0	5	-
Summe Loans and Receivables Finanzanlagen	-141	-22	-
Gesamt	-152	-53	-

(54) Fair Values von Finanzinstrumenten

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

in Mio. €	31.12.2009			31.12.2008		
	Fair Value	Buchwert	Differenz	Fair Value	Buchwert	Differenz
Aktiva						
Barreserve	145	145	0	122	122	0
Forderungen an Kreditinstitute (netto nach Risikovorsorge)	4.672	4.776	-104	5.862	5.776	86
Forderungen an Kunden (netto nach Risikovorsorge)	20.797	20.725	72	20.505	20.106	399
Zwischensumme Forderungen Kreditinstitute/Kunden (netto nach Risikovorsorge)	25.469	25.501	-32	26.367	25.882	485
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.123	1.123	0	930	930	0
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	279	279	0	93	93	0
Finanzanlagen nicht zum Fair Value bilanziert	22	22	0	14	14	0
Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	6.404	6.404	0	6.953	6.953	0
Sonstige Aktiva zum Fair Value bilanziert (nur Finanzinstrumente)	13	13	0	1	1	0
Gesamt	33.455	33.487	-32	34.480	33.995	485
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.371	10.508	-137	12.187	12.206	-19
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	9.986	10.236	-250	10.110	9.949	161
Verbriefte Verbindlichkeiten	9.374	9.244	130	8.423	8.423	0
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1.267	1.267	0	1.279	1.279	0
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	54	54	0	21	21	0
Sonstige Passiva zum Fair Value bilanziert (nur Finanzinstrumente)	0	0	0	7	7	0
Nachrangkapital	1.225	1.166	59	1.172	1.152	20
Gesamt	32.277	32.475	-198	33.199	33.037	162
Fair Values von Kreditzusagen und Finanzgarantien	36	0	36	12	0	12

Für die Anteile an Gesellschaften in Höhe von 16 Mio. € (Vorjahr: 48 Mio. €), für die keine verlässliche Bewertung durchgeführt werden kann, sind fortgeführte Anschaffungskosten angesetzt worden. Der Konzern plant keine Veränderung dieser Anteile.

(55) Derivative Finanzinstrumente

Der Konzern Bremer Landesbank setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung ein. Darüber hinaus wird Handel in derivativen Finanzgeschäften betrieben.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisenswaps, Zinswährungsswaps und Devisenoptionengeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps, Forward Rate Agreements sowie Zinsfutures und Zinsoptionengeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktienderivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktienindexfutures abgeschlossen.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten. Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Zinsrisiken	53.956	43.024	1.073	731	970	704
Zinsswap	51.470	40.927	1.057	715	952	688
FRAs	35	160	0	1	0	0
Zinsoptionen	205	156	1	2	7	6
Käufe	20	28	1	2	0	0
Verkäufe	185	128	0	0	7	6
Caps, Floors	1.451	1.501	15	13	10	9
Börsenkontrakte	674	280	0	0	1	1
Sonstige Zinstermingeschäfte	121	0	0	0	0	0
Währungsrisiken	6.596	6.842	169	192	239	430
Devisentermingeschäfte	844	5.555	10	152	39	223
Währungsswap/Zinswährungsswap	5.476	688	152	14	193	182
Devisenoptionen	276	599	7	26	7	25
Käufe	115	302	7	26	0	0
Verkäufe	123	297	0	0	7	25
Sonstige Währungsgeschäfte	38	0	0	0	0	0
Aktien- und sonstige Preisrisiken	4	3	0	0	0	0
Aktientermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Aktienoptionen	2	2	0	0	0	0
Käufe	2	2	0	0	0	0
Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Börsenkontrakte	2	1	0	0	0	0
Kreditderivate	3.493	4.001	6	12	109	164
Sicherungsnehmer	212	257	0	12	0	0
Sicherungsgeber	3.281	3.744	6	0	109	164
Gesamt	64.049	53.870	1.248	935	1.318	1.298

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

in Mio. €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
Restlaufzeiten								
Bis 3 Monate	6.661	4.131	1.913	1.667	2	1	50	85
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	13.815	9.057	2.328	2.498	2	0	25	254
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	20.054	17.151	1.764	2.440	0	2	1.564	956
Mehr als 5 Jahre	13.427	12.685	591	237	0	0	1.854	2.706
Gesamt	53.957	43.024	6.596	6.842	4	3	3.493	4.001

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und negativen Marktwerte der Derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgegliedert.

Nominalwerte in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Banken in der OECD	58.638	48.095	1.112	779	1.266	1.183
Öffentliche Stellen in der OECD	10	9	1	1	0	0
Sonstige Kontrahenten (inkl. Börsenkontrakte)	5.402	5.766	136	155	53	115
Gesamt	64.050	53.870	1.249	935	1.319	1.298

(56) Grundgeschäfte in effektiven Sicherungsbeziehungen

IAS 39 bietet die Möglichkeit, die durch unterschiedliche Bewertung von Derivaten und Nicht-Derivaten bei Sicherungsbeziehungen entstehenden wirtschaftlich nicht gerechtfertigten GuV-Verzerrungen mittels Hedge Accounting (teilweise) zu eliminieren. Als Grundgeschäfte genutzte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden weiterhin zusammen mit den ungesicherten Geschäften in den jeweiligen Bilanzpositionen ausgewiesen, da die Absicherung Art und Funktion des Grundgeschäftes nicht ändert. Der Bilanzansatz der ansonsten zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Finanzinstrumente (Kategorie OL) wird jedoch um die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführende Fair-Value-Änderung korrigiert.

In der nachstehenden Tabelle werden zu Informationszwecken daher die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten kumuliert ausgewiesen, die Teil einer effektiven Hedge-Beziehung sind:

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Aktiva			
Finanzanlagen	876	313	-
Sonstige Aktiva (nur Finanzinstrumente)	0	0	0
Gesamt	876	313	-
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	676	307	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.514	828	83
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.045	456	-
Nachrangkapital	388	240	62
Gesamt	4.623	1.831	-

(57) Restlaufzeiten von finanziellen Verbindlichkeiten

Zum 31. Dezember 2009:

in Mio. €	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe 2009
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.376	754	1.443	2.895	4.039	10.508
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.678	1.056	708	2.724	3.070	10.236
Verbriefte Verbindlichkeiten	132	186	1.474	6.815	636	9.244
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen (ohne Derivate)	0	0	2	0	0	2
Nachrangkapital	37	0	251	237	641	1.166
Sonstige Passiva (nur Finanzinstrumente)	0	0	0	0	0	0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	259	37	136	888	1.493	2.813
Finanzgarantien	1.024	40	73	203	72	1.412
Gesamt	5.506	2.073	4.087	13.762	9.951	35.381

Zum 31. Dezember 2008:

	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe 2008
in Mio. €						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.099	2.471	1.050	2.302	4.284	12.206
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.300	1.579	862	2.277	2.931	9.949
Verbriefte Verbindlichkeiten	174	132	1.451	4.264	2.402	8.423
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen (ohne Derivate)	0	0	0	2	0	2
Nachrangkapital	0	0	0	659	493	1.152
Sonstige Passiva (nur Finanzinstrumente)	0	7	0	0	0	7
Unwiderrufliche Kreditzusagen	301	151	66	1.219	1.923	3.660
Finanzgarantien	1.307	25	58	291	75	1.756
Gesamt	6.181	4.365	3.487	11.014	12.108	37.155

Die Restlaufzeit wird definiert als verbleibende Zeit ab dem Abschluss-Stichtag bis zum vertraglichen Fälligkeitstermin.

(58) Angaben zur Fair-Value-Option

Im Konzern Bremer Landesbank wird die Fair-Value-Option zur Vermeidung von Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen (accounting mismatch) genutzt. Die insoweit designierten Wertpapiere sind durch Zinsswaps gegen Zinsrisiken gesichert.

Ohne Designation hätten die Wertpapiere der Kategorie AfS zugeordnet und erfolgs-neutral zum Fair Value bewertet werden müssen, während die Zinsswaps ohnehin erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden.

Darüber hinaus wird die Fair-Value-Option durch Designation von strukturierten Produkten mit trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten zur Komplexitätsreduktion genutzt. Die Bestände der Fair Value Option in den einzelnen Bilanzposten stellen sich wie folgt dar:

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Aktiva			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	90	88	2
Passiva			
Verbriefte Verbindlichkeiten ¹⁾	2	2	0

¹⁾ Der Nennwert der Verbrieften Verbindlichkeiten beträgt 2 Mio. €.

Veränderungen des Fair Values der Verbrieften Verbindlichkeiten, welche auf Änderungen des Kreditrisikos zurückzuführen sind, lagen nicht vor. Ein nennenswerter Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert und dem Rückzahlungsbetrag der Verbrieften Verbindlichkeiten besteht nicht.

Das Bewertungsergebnis aus designierten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1 Mio. € verschlechtert.

(59) Der Bremer Landesbank Konzern als Sicherungsgeber

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände gegenüber Dritten:

	31.12.2009 in Mio. €	31.12.2008 in Mio. €
Forderungen an Kunden	3.692	3.210
Finanzanlagen	26	32
Summe	3.718	3.242

Die Transaktionen wurden unter den handelsüblichen und gebräuchlichen Bedingungen für Darlehensgeschäfte ausgeführt.

(60) Echte Wertpapierpensionsgeschäfte

	31.12.2009 in Mio. €	31.12.2008 in Mio. €
In Pension gegebene Wertpapiere:		
Nennwert	0	50
Buchwert	0	51
Damit verbundene Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	51

Die wesentlichen Risiken und Chancen aus den in Pension gegebenen finanziellen Vermögenswerten liegen beim Pensionsgeber. Deshalb werden die Wertpapiere nicht ausgebucht, sondern weiterhin im Konzern Bremer Landesbank bilanziert.

Die Regularien für die in Pension gegebenen Wertpapiere werden im standardisierten deutschen Rahmenvertrag dokumentiert.

Weitere Erläuterungen

(61) Eigenkapitalmanagement

Das Eigenkapitalmanagement erfolgt im Mutterunternehmen mit Wirkung für den Konzern. Ziel ist die Sicherstellung einer adäquaten Eigenkapitalausstattung in quantitativer und qualitativer Hinsicht, die Erzielung einer angemessenen Eigenkapitalrendite auf Konzernebene und die dauerhafte Einhaltung der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Mindestkapitalquoten. Maßgebliche Kapitalgrößen für das Eigenkapitalmanagement bilden:

- das bilanzielle Eigenkapital,
- das aufsichtsrechtliche Kernkapital und
- die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel.

Für die Mehrzahl dieser Kapitalgrößen sind auf Konzernebene Zielkapitalquoten festgelegt, bei denen der Zähler die jeweilige Kapitalgröße bildet und der Nenner jeweils aus den risikogewichteten Aktivwerten gemäß den Regelungen der Solvabilitätsverordnung besteht. Für das aufsichtsrechtliche Kernkapital und die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel existieren darüber hinaus aufsichtsrechtlich vorgegebene Mindestkapitalquoten (aufsichtsrechtliches Kernkapital: 4%, aufsichtsrechtliche Eigenmittel: 8%), die dauerhaft einzuhalten sind. Die Zielkapitalquoten bezüglich des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals und der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel liegen dabei deutlich oberhalb der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalquoten. Die Ist-Entwicklung der aufgeführten Kapitalgrößen und zugehörigen Kapitalquoten wird regelmäßig ermittelt sowie an das Management und die Aufsichtsorgane der Bank berichtet. Ebenso erfolgen bei Bedarf Plan- und Prognoserechnungen bezüglich dieser Kapitalgrößen und Kapitalquoten. Lassen diese eine Gefährdung der festgelegten Zielkapitalquoten erkennen, erfolgen alternativ oder kumulativ Anpassungsmaßnahmen bezüglich der risikogewichteten Aktivwerte oder – in Abstimmung mit den Trägern der Bank – auf einzelne Kapitalgrößen gerichtete Beschaffungsmaßnahmen.

Die Bank hat in den Jahren 2008 und 2009 auf Konzernebene jederzeit die aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalquoten eingehalten. Die aufsichtsrechtliche Kernkapitalquote und aufsichtsrechtliche Eigenmittelquote (= Gesamtkennziffer) am jeweiligen Jahresende sind unter Note (62) ausgewiesen.

(62) Aufsichtsrechtliche Grunddaten

Die nachfolgenden aufsichtsrechtlichen Konzerndaten wurden entsprechend der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ermittelt.

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Risikogewichtete Aktivwerte	15.635	14.828	5
Eigenmittelanforderungen für Adressausfallrisiken	1.138	1.079	5
Eigenmittelanforderungen für Marktrisikopositionen	58	55	5
Eigenkapitalanforderungen für das operationelle Risiko	55	52	6
Eigenmittelanforderungen gemäß SolvV	1.251	1.186	5

Die folgende Übersicht zeigt die Zusammensetzung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel für die Institutsgruppe gemäß § 10 in Verbindung mit § 10a KWG:

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Eingezahltes Kapital	140	140	0
Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	608	608	0
Sonstige Rücklagen	481	431	12
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	330	310	6
Übrige Bestandteile (Immaterielle Vermögensgegenstände)	-3	-3	0
Kernkapital	1.556	1.486	5
Längerfristige nachrangige Verbindlichkeiten	500	500	0
§340f KWG	50	49	2
Ergänzungskapital	550	549	0
Abzugspositionen vom Kern- und Ergänzungskapital	253	37	-
Modifiziertes verfügbares Eigenkapital	1.853	1.999	-7
Dritrangmittel	-	-	0
Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 10 KWG	1.853	1.999	-7

Das Kernkapital (gesamt) für Solvenzzwecke unter Berücksichtigung der Abzugsposten gem. KWG von 126 Mio. € beträgt 1.430 Mio. €.

	31.12. 2009 (in %)	31.12. 2008 (in %)	Ver- änderung (in %)
Gesamtkennziffer gemäß § 2 Abs. 6 SolvV	11,85	13,48	-12
Kernkapitalquote (vor Gewinnverwendung)	9,15	9,90	-8
Kernkapitalquote (nach Gewinnverwendung)	9,28	10,38	-11

(63) Fremdwährungsvolumen

Zum 31. Dezember 2009 bestanden im Konzern Bremer Landesbank folgende Vermögenswerte und Verpflichtungen in fremder Währung.

in Mio. €	USD	GBP	JPY	Sonstige	Summe
Forderungen an Kreditinstitute	76	2	7	68	153
Forderungen an Kunden	3.359	39	298	315	4.011
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	204	1	16	17	238
Finanzanlagen	5	0	0	18	23
Summe Aktiva	3.644	42	321	418	4.425
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	647	368	0	62	1.077
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	394	2	0	14	410
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	38	61	99
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	168	126	8	21	323
Summe Passiva	1.209	496	46	158	1.909

Den offenen Bilanzposten stehen entsprechende laufzeitkongruente Devisentermingeschäfte oder Währungsswaps gegenüber.

(64) Langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (mit einer Realisierung nach 12 Monaten)

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Aktiva			
Forderungen an Kreditinstitute	3.276	3.749	-13
Forderungen an Kunden	17.318	16.881	3
Handelsaktiva	847	665	27
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	208	91	-
Loans and Receivables (LaR) – Finanzanlagen	14	14	0
Available for Sale (AfS) – Finanzanlagen	5.598	5.683	-1
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	81	88	-8
Gesamt	27.342	27.171	1
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.935	6.586	5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.794	5.208	11
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.451	6.662	12
Erfolgswirksam zum Fair Value bewert. Verpflichtungen			
Handelspassiva	1.069	1.027	4
Zur FV-Bewertung designierte Verbriefte Verbindlichkeiten	0	2	-
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	34	21	62
Nachrangkapital	878	1.152	-24
Gesamt	22.161	20.660	7

(65) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Bei Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um bestehende Verpflichtungen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des Konzerns stehen, erst noch bestätigt wird.

Weiterhin zählen gegenwärtige Verpflichtungen hierzu, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, jedoch nicht passiviert werden, weil ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtungen nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Eventualverbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	423	452	-6
Andere Verpflichtungen			
Unwiderrufliche Kreditzusagen	2.813	3.660	-23
Finanzgarantien	989	1.304	-24
Gesamt	4.225	5.416	-22

Vom Gesamtbestand entfallen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) auf assoziierte Unternehmen.

(66) Leasing

Der Konzern Bremer Landesbank ist Leasinggeber in Zusammenhang mit Finanzierungs-Leasingverhältnissen.

Diese Leasingverträge umfassen zum Stichtag vermietete Mobilien (z.B. Kraftfahrzeuge, Maschinen und EDV-Anlagen).

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Ausstehende Leasingzahlungen	15	18	-17
+ garantierte Restwerte	5	4	25
= Mindestleasingzahlungen	20	22	-9
+ nicht garantierte Restwerte	-	-	0
= Bruttoinvestition	20	22	-9
- nicht realisierter Finanzertrag	2	3	-33
= Nettoinvestition	18	19	-5
- Barwert der nicht garantierten Restwerte	-	-	0
= Barwert der Mindestleasingzahlungen	18	19	-5

Die Mindestleasingzahlungen umfassen die vom Leasingnehmer insgesamt aus dem Leasingvertrag zu zahlenden Leasingraten zuzüglich des garantierten Restwertes.

Der nicht realisierte Finanzertrag entspricht der dem Leasingverhältnis impliziten Verzinsung zwischen Stichtag und Vertragsende.

Der überdurchschnittlich hohe Drittverwendungswert der finanzierten Investitionsgüter gestattet einen größeren Spielraum bei der Übernahme von Bonitäts- und Kreditrisiken. Dennoch wird die Begrenzung des Bonitäts- und Kreditrisikos bereits durch die Definition von Zielkunden, Investitionsgütern und Vertragskonstellationen erreicht. Ein wichtiger Baustein für die Kreditentscheidung bleibt gleichwohl das Votum des Firmenkundenbetreuers der Bremer Landesbank, der den Kunden langfristig betreut.

Aufgrund dieser Vorgehensweise kam es im Berichtszeitraum nur zu unwesentlichen geringen Ausfällen, sodass keine kumulierten Wertberichtigungen für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen gebildet wurden.

Die Bruttoinvestitionen und Barwerte der Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Finanzierungs-Leasingverhältnissen gliedern sich folgendermaßen:

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Bruttoinvestitionen			
bis zu einem Jahr	6	6	0
länger als ein Jahr und bis zu fünf Jahren	13	15	-13
länger als fünf Jahre	1	1	0
Gesamt	20	22	-9
Barwert der Mindestleasingzahlungen			
bis zu einem Jahr	5	5	0
länger als ein Jahr und bis zu fünf Jahren	12	13	-8
länger als fünf Jahre	1	1	0
Gesamt	18	19	-5

Verträge des Konzerns Bremer Landesbank als Operating-Leasingnehmer haben eine sehr geringe Bedeutung.

(67) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind folgende wesentliche Beträge zu nennen:

Die Bremer Landesbank haftet gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern der DekaBank Deutsche Girozentrale für diese als Gewährträger.

Eine Einschussverpflichtung besteht gegenüber der M Cap Finance Deutsche Mezzanine Fonds Zweite GmbH & Co. KG, Leipzig, in Höhe von 4 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €).

Eine weitere Nachschussverpflichtung sowie zusätzliche Mithaftung für andere Gesellschafter besteht gegenüber der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt a.M., in Höhe von 3 Mio. €.

Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen neu bemessen. Daraus resultieren Nachschusspflichten in Höhe von 35 Mio. €. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Im Zusammenhang mit der Einziehung der Geschäftsanteile an der FinanzIT GmbH haben sich die ausscheidenden Gesellschafter NORD/LB, Bremer Landesbank und Landesbank Saar verpflichtet, gemeinsam mit den verbleibenden Gesellschaftern der FinanzIT für Risiken der Gesellschaft aus der Zeit bis zu ihrem Ausscheiden aufzukommen, sofern diese tatsächlich eingetreten

und nicht durch bereits gebildete Rückstellungen abgedeckt sind. Als Sicherheit für Geschäfte an Terminbörsen wurden Wertpapiere in Höhe von 26 Mio. € (Vorjahr: 32 Mio. €) hinterlegt.

(68) Nachrangige Vermögenswerte

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen. In den Bilanzaktiva sind folgende nachrangige Vermögenswerte enthalten:

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Forderungen an Kreditinstitute	54	27	100
Forderungen an Kunden	0	0	0
Finanzanlagen	0	0	0
Summe	54	27	100

(69) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich folgendermaßen:

	31.12. 2009 (in Mio. €)	31.12. 2008 (in Mio. €)	Ver- änderung (in %)
Treuhandvermögen	101	107	-6
Forderungen an Kreditinstitute	45	51	-12
Finanzanlagen	47	47	0
Sonstiges Treuhandvermögen	9	9	0
Treuhandverbindlichkeiten	101	107	-6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	45	51	-12
Sonstige Treuhandverbindlichkeiten	56	56	0

(70) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorstand und Aufsichtsrat der Bremer Landesbank werden der Trägerversammlung der Bremer Landesbank vorschlagen, eine Dividende in Höhe von 28 Mio. € (Vorjahr: 28 Mio. €) zu zahlen.

Unternehmen und Personen mit Konzernverbindung

(71) Anzahl der Arbeitnehmer

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraums:

	Männlich 2009	Weiblich 2009	Gesamt 2009	Männlich 2008	Weiblich 2008	Gesamt 2008
Bremer Landesbank Anstalt des öffentlichen Rechts	477	478	955	468	460	928
Sonstige	17	34	51	36	17	53
Konzern¹⁾	494	512	1.006	504	477	981

¹⁾ Für das Geschäftsjahr 2008 betrug der Personalbestand aus den als Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen 247.

Darstellung des Personalbestands nach Verantwortungsstufen:

	2009	2008
Vorstand	4	4
Führungskräfte	98	85
Sonstige	904	892
Gesamt	1.006	981

(72) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Der Umfang der Transaktionen kann den folgenden Aufstellungen entnommen werden.

Geschäftsvorfälle mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Folgende Geschäfte wurden von der Bremer Landesbank mit nahe stehenden Unternehmen und Personen getätigt: Die NORD/LB ist unmittelbares und oberstes Mutterunternehmen der Bremer Landesbank.

31.12.2009				
in T€	Anteils- eigner	Tochter- gesell- schaften	Assoziierte Unter- nehmen	Sonstige Related Parties
Ausstehende Forderungen				
an Kreditinstitute	280.516	–	10.873	–
an Kunden	–	3.498	137.397	23.153
Sonstige offene Aktiva	–	–	–	–
Summe Aktiva	280.516	3.498	148.270	23.153
Ausstehende Verbindlichkeiten				
gegenüber Kreditinstituten	299.644	–	5.835	–
gegenüber Kunden	–	5.410	80.998	11.969
Sonstige offene Passiva	–	–	–	–
Summe Passiva	299.644	5.410	86.833	11.969
Erhaltene Garantien/Bürgschaften	36	–	4.787	–
Gewährte Garantien/Bürgschaften	3.908	27	–	–

1.1. –31.12.2009				
in T€	Anteils- eigner	Tochter- gesell- schaften	Assoziierte Unter- nehmen	Sonstige Related Parties
Zinsaufwendungen	7.987	16	1.901	474
Zinserträge	8.293	173	6.961	0
Provisionsaufwendungen	–	–	–	–
Provisionserträge	0	–	170	–
Übrige Aufwendungen und Erträge	–	–	–	–
Summe Ergebnisbeiträge	306	157	5.230	–474

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Wertberichtigungen für Forderungen an assoziierte Unternehmen (Vorjahr: 0 Mio. €).

31.12.2008		Tochter-	Assoziierte	Sonstige
in T€	Anteils-	gesell-	Unter-	Related
	eigner	schaften	nehmen	Parties
Ausstehende Forderungen				
an Kreditinstitute	539.679	–	7.439	–
an Kunden	–	–	145.367	38.688
Sonstige offene Aktiva	–	–	–	–
Summe Aktiva	539.679	-	152.806	38.688
Ausstehende Verbindlichkeiten				
gegenüber Kreditinstituten	382.781	–	9.624	–
gegenüber Kunden	–	3.104	48.021	2.269
Sonstige offene Passiva	–	–	–	–
Summe Passiva	382.781	3.104	57.645	2.269
Erhaltene Garantien/ Bürgschaften	112	–	5.158	–
Gewährte Garantien/ Bürgschaften	15.934	27	–	–

1.1.-31.12.2008		Tochter-	Assoziierte	Sonstige
in T€	Anteils-	gesell-	Unter-	Related
	eigner	schaften	nehmen	Parties
Zinsaufwendungen	12.277	158	1.785	138
Zinserträge	13.602	0	5.947	–
Provisionsaufwendungen	4.784	–	0	–
Provisionserträge	0	–	2.684	–
Übrige Aufwendungen und Erträge	–	–	–	–
Summe Ergebnisbeiträge	–3.459	–158	6.846	–138

Geschäfte mit verbundenen Unternehmen

Tages- und Termingelder – Forderungen

Im Rahmen des jeweiligen Belegungskontingents wurden nachstehende Tagesgelder und Termingelder herausgelegt:

	Anzahl der Geschäfte	Volumen in Mio. €
Tagesgelder		
Norddeutsche Landesbank	5	486

Darlehens-Forderungen

PIKAN Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG

Es besteht 1 Darlehen in Höhe von 3 Mio. €.

Konsortialkredite

Norddeutsche Landesbank

Die NORD/LB beteiligte sich in 124 Fällen mit anderen Konsorten an von der Bremer Landesbank gewährten langfristigen Darlehen und Schiffsdarlehen mit insgesamt 513 Mio. €.

An 7 Konsortialkrediten unter Führung der NORD/LB war die Bank mit 39 Mio. € beteiligt.

Durchlaufende Kredite

Norddeutsche Landesbank (Landestreuhandstelle)

Es bestehen Darlehen in Höhe von insgesamt 43.832T€.

Wertpapierbestände

Norddeutsche Landesbank

Die NORD/LB kaufte von der Bremer Landesbank Effekten in Höhe von 110 Mio. € und verkaufte an die Bremer Landesbank Effekten in Höhe von 364 Mio. €.

Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH

Die Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank kaufte Effekten der Bremer Landesbank mit einem Nennwert von 1 Mio. € und fremder Emittenten mit einem Nennwert von 15 Mio. €. Sie löste Effekten der Bremer Landesbank in Höhe von 8 Mio. € und fremder Emittenten mit einem Nennwert von 11 Mio. € ein.

Kontokorrent-Verbindlichkeiten

Ermittelt aus Quartalsendbeständen ergaben sich im Jahresdurchschnitt folgende Kontokorrent-Verbindlichkeiten:

Kontrahent	Betrag in Mio. €
Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH	2
Bremer Landesbank Consulting GmbH	1

	Anzahl der Geschäfte	Volumen in Mio. €
Tagesgelder		
Norddeutsche Landesbank	129	22.149
Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A.	20	2.330
BLB I Beteiligungs-GmbH	6	1
Termingelder		
Norddeutsche Landesbank	2	203
Schiffsbetriebsgesellschaft Bremen mbH	13	4
BLB I Beteiligungs-GmbH	3	3

Verbindlichkeiten aus aufgenommenen Geldern, Krediten und Darlehen

Norddeutsche Landesbank

Es bestehen 6 Darlehenskonten über 20 Mio. €.

Öffentliche Versicherung Braunschweig

Es besteht 1 Darlehen in Höhe von 20 Mio. €.

Avale, Garantien

Norddeutsche Landesbank

Aus früheren Jahren bestehen Enthaltungen der NORD/LB für diverse Engagements in Höhe von 4 Mio. €.

Die Bank hat Enthaltungen gegenüber der NORD/LB in Höhe von 44 Mio. € übernommen. Des Weiteren wurden von der Bank Avale in Höhe von 36 T€ im Auftrag der NORD/LB gegenüber deren Kunden abgegeben.

Devisengeschäfte

	Anzahl der Geschäfte	Währung	Volumen in Mio. €
Norddeutsche Landesbank			
Devisen-Kassa-Ankauf	188	EUR	13.999
Devisen-Kassa-Verkauf	184	EUR	13.422
Devisen-Termin-Ankauf	6	EUR	464
Devisen-Termin-Verkauf	13	EUR	1.085
Tagesgeld – aktiv	18	USD	418
Tagesgeld – passiv	43	USD	1.023
Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A.			
Devisen-Kassa-Ankauf	1	EUR	67
Devisen-Kassa-Verkauf	1	EUR	67
Tagesgeld – aktiv	57	USD	1.117
	2	CHF	45
	1	AUD	4
	1	NZD	2
	1	CAD	2
Tagesgeld – passiv	78	USD	1.695
	5	CHF	61
	1	JPY	90

Derivative Geschäfte

	Anzahl der Geschäfte	Währung	Volumen in Mio. €
Norddeutsche Landesbank			
Aktiv-Swap	4	EUR	175
	10	USD	304
Passiv-Swap	8	EUR	257
	34	USD	453
Gesamt	56		1.189

Sonstige Geschäfte

Norddeutsche Landesbank

Die Bremer Landesbank hat im Jahr 2009 Umlagezahlungen für NORD/IT-Entwicklungskosten in Höhe von 6 Mio. € geleistet.

Für die Beteiligung der Bremer Landesbank an einem Messestand wurden der Norddeutschen Landesbank Kosten in Höhe von 2 T€ erstattet.

PIKAN Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG

Auf das Gesellschafterdarlehen wurden im Jahr 2009 Zinsen in Höhe von 167 T€ und Tilgungen in Höhe von 198 T€ geleistet.

Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH

Die Bremer Landesbank hat im Jahr 2009 dem Deckungskapital der Unterstützungseinrichtung 1,5 Mio. € zugeführt.

Beziehungen zu anderen nahestehende Personen

Die Bezüge für Personen in Schlüsselpositionen (für Vorstand und Aufsichtsrat der NORD/LB) betragen 52 T€

Die gesamten Bezüge und Kredite des Vorstands und des Aufsichtsrates sind im Note 74 dargestellt.

Alle Geschäfte wurden zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.

(73) Verzeichnis der Mandate

Zum 31.12.2009 wurden folgende Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB von Angehörigen des Konzerns Bremer Landesbank wahrgenommen. Dabei wurden Kreditinstitute großen Kapitalgesellschaften gleichgestellt.

Vorstandsmitglieder der Bremer Landesbank Gesellschaft/Firma	
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers	NORD Holding Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Hannover DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT – Aktiengesellschaft von 1877, Bremen GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A., Luxemburg LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Hannover
Fritz Lütke-Uhlenbrock (bis 31.3.2009)	DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen (bis 30.6.2009) SLOMAN NEPTUN Schifffahrts-Aktiengesellschaft, Bremen BREBAU GmbH, Bremen (bis 20.4.2009) GSG OLDENBURG Bau- und Wohnungsgesellschaft, Oldenburg (bis 31.03.2009)
Heinrich Engelken	BREBAU GmbH, Bremen (ab 20.4.2009) GSG Oldenburg Bau- und Wohnungsgesellschaft, Oldenburg (ab 01.04.2009)
Dr. Guido Brune	BREBAU GmbH, Bremen (ab 20. 4.2009) DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen (ab 1.7.2009)
Mitarbeiter der Bremer Landesbank	
Mathias Barghoorn	GSG OLDENBURG Bau- und Wohnungsgesellschaft, Oldenburg Bremer Toto und Lotto GmbH, Bremen
Harald Groppe	GSG OLDENBURG Bau- und Wohnungsgesellschaft, Oldenburg

(74) Aufwendungen für Organe und Organkredite

	Berichtsjahr 2009 in Mio. €	Berichtsjahr 2008 in Mio. €
Bezüge der aktiven Organmitglieder		
Kurzfristig fällige Leistungen	2	2
Langfristig fällige Leistungen	2	6
Bezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebenen		
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	2	2
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0	0

Der Gesamtbetrag der Organmitgliedern gewährten Vorschüsse, Kredite sowie Haftungsverhältnisse beläuft sich auf 3 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €).

	2009 in Mio. €	2008 in Mio. €
Gesamtbezüge der Organmitglieder		
Vorstand	2	2
Aufsichtsrat	0	0
Beirat	0	0
Gesamtbezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebenen		
Vorstand	2	2
Aufsichtsrat	0	0
Beirat	0	0

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Organmitgliedern und deren Hinterbliebenen wurden 18 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €) zurückgestellt.

(75) Anteilsbesitzliste gemäß § 313 Abs. 2 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB**Übersicht der Unternehmen und Investmentfonds im Konsolidierungskreis**

Name und Sitz des Unternehmens	Anteile in % mittelbar	Anteile in % unmittelbar	Eigenkapital ¹⁾ in T€	Ergebnis in T€
In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen				
Tochtergesellschaften				
BLB Immobilien GmbH, Bremen	–	100 ²⁾	–	–
BLB Leasing GmbH, Oldenburg	–	100 ²⁾	–	–
Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen	–	100	–	–
NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen	90	10	–	–
At Equity in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen				
Assoziierte Unternehmen				
Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede	32,26	–	–	–
BREBAU GmbH, Bremen	30	–	–	–
DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen	–	16,50	–	–
GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg	–	22,22	–	–
Investmentfonds				
Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds, Frankfurt am Main	–	46,54	–	–
Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen				
BGG Oldenburg GmbH & Co. KG, Bremen	100	–	4.851 ⁴⁾	483 ⁴⁾
BLB Consulting GmbH, Bremen	100	–	1.918 ⁴⁾	440 ⁴⁾
BLBI Beteiligungs-GmbH, Bremen	100	–	22 ⁴⁾	2 ⁴⁾
Bremer Spielcasino GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen	–	49	³⁾	³⁾
Bremer Toto und Lotto GmbH, Bremen	–	33,33	4.105	575
Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Präsident-Kennedy-Platz, Bremen	100	–	671 ⁴⁾	885 ⁴⁾
Bremische Grundstücks-GmbH & Co., Wohnanlagen Groß-Bonn, Bremen	100	–	100 ⁴⁾	107 ⁴⁾
Deutsch-Indonesische Tabak-Handelsgesellschaft mbH & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen	–	25	–	³⁾ –
Deutsch-Indonesische Tabak-Handelsgesellschaft mbH, Bremen	–	24,53	159	4
GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen	–	7,75	265.933	28.776
Gewobau Gesellschaft für Wohnungsbau Vechta mbH, Vechta	–	20,46	8.666	1.020
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	–	20	5.410	60
PIKAN Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, München	–	100	0	–18
Schiffsbetriebs-Gesellschaft Bremen mbH, Bremen	–	100	1.085	24
Stifterinstitut Bremen GmbH, Bremen	–	20	82	4
Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen	–	100	40.672	3.563
WLO Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Oldenburg mbH, Wildeshausen	–	23,84	41	0

Anmerkungen:

¹⁾ Eigenkapitalbegriff entsprechend §§ 266 und 272 HGB; Klammerwerte geben ausstehende Einlagen an.²⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.³⁾ Die Angaben unterbleiben nach § 286 Abs. 3 Satz 2 HGB.⁴⁾ Die Angaben beziehen sich auf den letzten vorgelegten, aber noch nicht festgestellten Jahresabschluss 2009.

Die Bremer Landesbank übt bei der DEUTSCHEN FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. einen maßgeblichen Einfluss gemäß IAS 28.37 (d) aus, obwohl der Anteil der Stimmrechte für den Teilkonzern Bremer Landesbank weniger als 20% beträgt. Die Bremer Landesbank stellt bei dem vorgenannten Unternehmen ein oder mehrere Aufsichtsratsmitglieder und wahrt gemeinsam mit der NORD/LB ihre Interessen in den Aufsichtsgremien konzern-einheitlich.

(76) Honorar des Konzernabschlussprüfers

	Berichtsjahr 2009 in Mio. €	Berichtsjahr 2008 in Mio. €
Im Berichtsjahr wurden folgende Honorare als Aufwand erfasst	0,8	1,2
Abschlussprüfung	0,5	0,9
Sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	0,3	0,3
Steuerberatungsleistungen	0	0
Sonstige Leistungen	0	0

In den Prüfungskosten sind Auflösungen von nicht verbrauchten Rückstellungen in Höhe von 340 T€ enthalten.

Bremen, 16 März 2010

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –
Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune



Eckhard Fiene

7. Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt wird, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bremen, 16 März 2010

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –
Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune



Eckhard Fiene

8. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

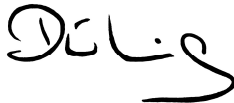
„Wir haben den von der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, Kapitalflussrechnung und Anhang (einschließlich Eigenkapitalspiegel und Segmentberichterstattung) – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Hamburg, den 19. März 2010
Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Frank Bühring
Wirtschaftsprüfer



Lutz Meyer
Wirtschaftsprüfer

9. Bericht des Aufsichtsrates

Der Vorstand der Bank unterrichtete den Aufsichtsrat und den von ihm eingesetzten Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss regelmäßig über die geschäftliche Entwicklung und über die Lage der Bremer Landesbank AöR und des Bremer Landesbank Konzerns. In drei Aufsichtsratssitzungen und fünf Sitzungen des Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses wurden Grundsatzfragen der Geschäftspolitik und des betrieblichen Bereiches eingehend erörtert. Die Gremien haben über die ihnen vorgelegten Geschäftsvorfälle und sonstigen Angelegenheiten, die nach der Satzung und den in deren Rahmen erlassenen Regelungen der Entscheidung ihrer bedürfen, die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Den Jahresabschluss und den Konzernabschluss der Bremer Landesbank für das Geschäftsjahr 2009 hat die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, geprüft. Sie entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Die Prüfungsgesellschaft hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen. Ergänzend nahm der Wirtschaftsprüfer an der Jahresabschlussitzung des Aufsichtsrates am 9. April 2010 teil und berichtete über die Ereignisse der Prüfungen.

Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers zugestimmt und nach dem Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen erhoben. In seiner Sitzung am 9. April 2010 billigte der Aufsichtsrat den Konzernlagebericht und den Konzernjahresabschluss zum 31.12.2009, der damit festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat schließt sich dem Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Jahresüberschusses der Bremer Landesbank AöR an. Er schlägt der Trägerversammlung vor, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Am 12. Oktober 2009 verstarb das langjährige Aufsichtsratsmitglied Herr Klaus Busch im Alter von 61 Jahren. Wir haben Herrn Busch als liebenswerten und engagierten Menschen kennengelernt, der sich über viele Jahre für die Interessen der Bremer Landesbank und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in besonderem Maße eingesetzt hat. Seinen Hinterbliebenen gilt die aufrichtige Anteilnahme der Mitglieder des Aufsichtsrats der Bank, die sich stets mit größter Achtung seiner erinnern werden. Als Nachfolgerin trat Frau Annette Düring in den Aufsichtsrat der Bremer Landesbank ein.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand der Bank für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit und spricht ihm sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank seinen Dank und seine Anerkennung für die im Jahr 2009 geleistete Arbeit aus.

Bremen, 9. April 2010

Die Vorsitzende des Aufsichtsrates



Bürgermeisterin Karoline Linnert

10. Bericht der Trägerversammlung

Die Trägerversammlung trat im Berichtsjahr dreimal zusammen, um die ihr durch Gesetz und Satzung auferlegten Aufgaben wahrzunehmen.

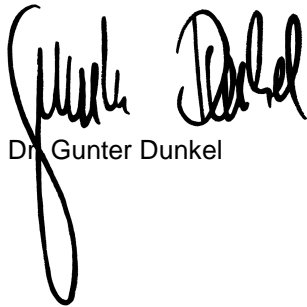
Sie beschloss am 9. April 2010 die vom Aufsichtsrat vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses 2009. Außerdem erteilte sie dem Vorstand der Bank Entlastung. Darüber hinaus haben die Träger dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Die Trägerversammlung hat mit großem Bedauern vom Tod des Aufsichtsratsmitgliedes Herrn Klaus Busch erfahren. Seinen Angehörigen gehört unser Mitgefühl.

Die Trägerversammlung dankt dem Aufsichtsrat, dem Vorstand und den Mitarbeitern der Bank für die im Jahr 2009 geleistete Arbeit.

Bremen, 9. April 2010

Trägerversammlung

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gunter Dunkel', with a long vertical flourish extending downwards from the end of the signature.

Dr. Gunter Dunkel

11. Berichterstattung zur Corporate Governance

Erläuterung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Der Deutsche Corporate Governance Kodex wurde im Jahr 2002 durch eine von der Bundesministerin für Justiz eingesetzten Regierungskommission verabschiedet. Die derzeit gültige Fassung datiert vom 18. Juni 2009. Der Kodex verfolgt das Ziel, die in Deutschland geltenden Regeln für die Unternehmensleitung und deren Kontrolle transparent zu machen. Er enthält national und international anerkannte Standards guter und vertrauensvoller Unternehmensführung, insbesondere hinsichtlich der Leitung und Organisation eines Unternehmens, zu Kontrollmechanismen sowie zur Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Corporate Governance Kodex ist auf börsennotierte Unternehmen ausgerichtet und somit für Kreditinstitute in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts rechtlich nicht verpflichtend. Der Bremer Landesbank und ihrem Vorstand ist es jedoch ein wichtiges Anliegen, sich als verlässlicher Partner zu positionieren und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit durch Transparenz zu fördern. Aus diesem Grund hat sich die Bank dazu entschieden, sich im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung an den Grundsätzen des Kodex zu orientieren, soweit dies im Rahmen der gegebenen Rechtsform und der Trägerstruktur möglich und angemessen ist und ihr Corporate-Governance-System offenzulegen.

Allgemeines

Die Bremer Landesbank ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt. Die Bremer Landesbank hat ihren Sitz in Bremen. Sie unterhält Niederlassungen in Bremen und Oldenburg.

Die Organe der Bank sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Trägerversammlung. Während der Vorstand die Geschäfte der Bank führt, ist es Aufgabe des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse (Allgemeiner Arbeits- und Kreditausschuss, Prüfungsausschuss und Spendenausschuss), den Vorstand zu bestellen, zu beraten und zu überwachen. Der Trägerversammlung obliegen insbesondere Entscheidungen von Grundsatzfragen.

Vorstand

Der Vorstand führt die Geschäfte der Bank unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzung der Bank und der vom Aufsichtsrat und der Trägerversammlung beschlossenen Richtlinien und Grundsätze für die Geschäfte der Bank sowie seiner Geschäftsordnung in eigener Verantwortung. Er ist dabei an das Interesse der Bank gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet.

Der Vorstand hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, wirksame Risikomanagementsysteme einzurichten, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden könnten, früh zu er-

kennen. Das Risikomanagement muss dabei den jeweiligen aufsichtsrechtlichen Anforderungen des KWG sowie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht entsprechen. Ferner muss das Risikomanagement der Bank in das von der Trägerin Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – als übergeordnetem Kreditinstitut einzurichtende jeweilige gruppenübergreifende Risikomanagement- und Kreditrisikoüberwachungssystem überleitbar sein.

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, falls dieser bestellt ist, und weiteren ordentlichen oder stellvertretenden Mitgliedern. Der Vorstandsvorsitzende regelt die Geschäftsverteilung im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern des Vorstandes. Der Aufsichtsrat ist über die Geschäftsverteilung zu unterrichten. Jedem Vorstandsmitglied ist mindestens ein abgegrenzter Geschäftsbereich zuzuweisen, in dem es über Angelegenheiten des laufenden Geschäfts innerhalb der festgelegten Kompetenzen selbstständig entscheidet und einzelne seiner Entscheidungsbefugnisse auf Angestellte delegieren kann. Zugleich ist ein Vorstandsmitglied als Vertreter zu bestellen. Der Vorstand kann für bestimmte Geschäfte seine Entscheidungsbefugnisse auf ein Vorstandsmitglied übertragen oder für diesen Fall die Beteiligung eines weiteren Vorstandsmitgliedes, in der Regel des Vertreters, vorsehen.

Der Vorstand tritt regelmäßig einmal wöchentlich zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Der Vorstandsvorsitzende kann Sondersitzungen anberaumen; er ist dazu verpflichtet, wenn ein Vorstandsmitglied dies unter Angabe der Gründe verlangt. Die Sitzungen werden protokolliert, soweit der Vorstand dies im Interesse einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung für erforderlich hält.

Der Vorstand erörtert die strategische Ausrichtung der Bank mit dem Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen und berichtet ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Er berichtet zudem auf der Grundlage im Einzelnen festgelegter Informations- und Berichtspflichten regelmäßig über wesentliche Angelegenheiten der Bank, insbesondere über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, die Rentabilität der Bank und insbesondere die Rentabilität des Eigenkapitals, den Geschäftsgang, die Lage der Bank, über Geschäfte, die für die Rentabilität und die Liquidität der Bank sowie ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von erheblicher Bedeutung sein können sowie über die Risikosituation der Bank und ihre Vergütungssysteme. Darüber hinaus berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat – insbesondere unter Risikogesichtspunkten – unverzüglich aus wichtigem Anlass, wenn dies für die Lage der Bank von besonderer Bedeutung ist, und bindet ihn bei grundlegenden Entscheidungen entsprechend ein.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss des Aufsichtsrates festgelegt. Die Bezüge umfassen feste und variable Bestandteile und werden regelmäßig überprüft.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu beraten und dessen Geschäftsführung zu überwachen. Er beschließt über die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes, die allgemeinen Richtlinien für die Geschäfte der Bank, den Vorschlag zur Unternehmensplanung an die Trägerversammlung, die Geschäftsordnung für den Vorstand, die Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Angestellten, die Bestimmung und Beauftragung des Abschlussprüfers, die Feststellung des Jahresabschlusses, den Erwerb und die Veräußerung von

Beteiligungen im Sinne des § 271 HGB sowie die Errichtung und Auflösung von Niederlassungen und Filialen. Der Aufsichtsrat kann beschließen, dass weitere Geschäfte und Maßnahmen, die für die Bank von besonderer Bedeutung sind, seiner Zustimmung bedürfen.

Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern, von denen zwölf Vertreter der Träger und sechs Vertreter der Arbeitnehmer sind, die nach den Vorschriften des Bremischen Personalvertretungsgesetzes von der Belegschaft der Bank unmittelbar gewählt werden. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Den Vorsitz des Aufsichtsrates führt der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen. Den stellvertretenden Vorsitz führen jeweils im Wechsel von zwei Jahren der Niedersächsische Finanzminister und der Verbandsvorsteher des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Zur Unterstützung des Aufsichtsrates wurden der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss, der Prüfungsausschuss und der Spendenausschuss gebildet.

Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss besteht aus acht Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Vorstandes der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale –. Dem Ausschuss gehören ferner drei Mitglieder für die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, die Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen und drei Arbeitnehmervertreter an. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss hat in regelmäßig stattfindenden Sitzungen insbesondere den Vorstand in der laufenden Geschäftsführung nach den Weisungen des Aufsichtsrates zu überwachen und die Sitzungen des Aufsichtsrates vorzubereiten. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss ist auch zuständig für die Festsetzung der Anstellungsbedingungen für den Vorstand.

Der Prüfungsausschuss besteht aus drei bis fünf Mitgliedern, und zwar mindestens aus je einem Vertreter der Träger sowie einem dem Aufsichtsrat angehörenden Beschäftigten der Bank, der auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt wird, und gegebenenfalls bis zu zwei weiteren vom Aufsichtsrat zu wählenden Mitgliedern. Mindestens ein Mitglied des Prüfungsausschusses muss unabhängig sein und über Sachverstand auf den Gebieten der Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Der Prüfungsausschuss berichtet dem Aufsichtsrat auf der Grundlage der Berichte der Abschlussprüfer über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses. Dem Prüfungsausschuss obliegen außerdem die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses und der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des Internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems, die Überwachung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses, die Überprüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der von diesem für die Bank erbrachten zusätzlichen Leistungen.

Dem Spendenausschuss gehören der Vorsitzende des Aufsichtsrates, ein vom Aufsichtsrat aus seiner Mitte zu wählendes Mitglied aus dem Geschäftsgebiet der Bank sowie ein vom Vorsitzenden des Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses zu benennendes Mitglied an. Er berät den Vorstand in dem diesem von der Trägerversammlung zugewiesenen Rahmen über die Fördertätigkeit der Bank durch Spenden.

Trägerversammlung

Träger der Bremer Landesbank sind zu 92,5% die NORD/LB Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – und zu 7,5% das Land Bremen. Jeder Träger kann bis zu drei Vertreter in die Trägerversammlung entsenden. Das Stimmrecht richtet sich nach den Kapitalanteilen der Träger. Die Vertreter jedes Trägers können ihre Stimme nur einheitlich abgeben.

Die Trägerversammlung entscheidet über die allgemeinen Grundsätze der Geschäftspolitik, die Änderung der Satzung, die Festsetzung und Änderung des Stammkapitals, die Änderung des Beteiligungsverhältnisses, die Aufnahme sowie die Festsetzung der Höhe und der Bedingungen sonstigen haftenden Eigenkapitals, den Abschluss, die Änderung und die Aufhebung von Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträgen, die Entlastung des Vorstandes, die Zustimmung zur Errichtung von Niederlassungen und Filialen, die Unternehmensplanung für das jeweils folgende Geschäftsjahr und die Mehrjahresplanung, die Festsetzung der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates, der Ausschüsse und Beiräte sowie über alle sonstigen Angelegenheiten, die ihr in der Satzung zugewiesen sind.

Interessenkonflikte

Die Vorstandsmitglieder unterliegen während ihrer Tätigkeit für die Bank einem umfassenden Wettbewerbsverbot.

Es ist die Aufgabe der Aufsichtsratsmitglieder, den Vorstand zu beraten und zu überwachen. Die Aufsichtsratsmitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

Organmitglieder und Mitarbeiter dürfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten Zuwendungen oder sonstige Vorteile fordern oder annehmen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren. Ferner darf kein Organmitglied bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen und Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Mögliche Interessenkonflikte sind dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offenzulegen.

Alle Geschäfte zwischen dem Unternehmen einerseits und dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sowie dessen Ausschüssen sowie ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmungen andererseits haben branchenüblichen Standards zu entsprechen.

Die Übernahme von Nebentätigkeiten durch Vorstandsmitglieder, insbesondere der Eintritt in Organe oder Beiräte anderer Unternehmen, bedarf der Einwilligung des Gesamtvorstandes. Dieser unterrichtet den Aufsichtsrat regelmäßig über die Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder.

Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Bank bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die Vorstandsmitglieder haben bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden. Verletzen die Vorstandsmitglieder ihre Pflichten, sind sie der Bank zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Für die Sorgfaltspflicht und die Verantwortlichkeit der Mitglieder des Aufsichtsrats gilt dies entsprechend.

12. Daten und Fakten

Gründung

26. April 1983

Vorgängerinstitute:

Staatliche Kreditanstalt

Oldenburg-Bremen (gegründet 1883)

Bremer Landesbank (gegründet 1933)

Rechtsgrundlage

Staatsvertrag zwischen der Freien

Hansestadt Bremen und Niedersachsen

in der Fassung vom 17. Mai 2002

Satzung vom 1. Mai 1983

(letztmalig geändert am 26. November

2008, mit Wirkung zum 1. Januar 2009)

Aufgaben

Geschäftsbank

Landesbank

Sparkassenzentralbank

Rechtsform

Rechtsfähige Anstalt des

öffentlichen Rechts

Träger

NORD/LB Norddeutsche Landesbank

– Girozentrale – (NORD/LB) zu 92,5%

Freie Hansestadt Bremen zu 7,5%

Organe

Vorstand

Aufsichtsrat

Trägerversammlung

Rechtssitz

Bremen

Niederlassungen

Bremen

Oldenburg

Mitgliedschaften

Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e.V.

Bundesverband öffentlicher
Banken e.V.

Hanseatischer Sparkassen- und
Giroverband

Für Kunden der Bremer Landesbank

und der mit ihr verbundenen Sparkassen
ebenfalls nutzbar:

NORD/LB

Tochtergesellschaften, Beteiligungen,
Niederlassungen und Repräsentanzen:

Bank DnB NORD, Helsinki/Finnland

Bank DnB NORD A/S, Kopenhagen/
Dänemark

NORD/LB Project Holding Ltd.,

London/Großbritannien

Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –

London Branch, London/Großbritannien

NORD/LB Norddeutsche Landesbank

Luxembourg S.A., Luxembourg/
Luxemburg

NORD/LB COVERED FINANCE BANK,
Luxemburg/Luxemburg

NORD/LB Moskau, Moskau/Russland

NORD/LB Norddeutsche Landesbank –

Representative Office Mumbai/Indien

Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –

New York Branch, New York/USA

NORD/LB Paris, Paris/Frankreich

NORD/LB Beijing, Beijing/VR China

DnB NORD Banka, Riga/Lettland

Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –

Shanghai Branch, Shanghai/VR China

Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –

Singapore Branch, Singapore/Singapur

Bank DnB NORD – Estonia Branch

AB DnB NORD Bankas, Vilnius/Litauen

Bank DnB NORD Polska S.A., War-

schau/Polen

SKANDIFINANZ BANK AG, Zürich/
Schweiz

Organe der Bremer Landesbank

Vorstand

Dr. Stephan-Andreas Kaulvers

Vorsitzender

Fritz Lütke-Uhlenbrock

(Stellv. Vorsitzender bis
31.3.2009)

Dr. Guido Brune

Heinrich Engelken

(Stellv. Vorsitzender ab 1.4.2009)

Eckhard Fiene

(ab 1.4.2009)

Generalbevollmächtigter

Eckhard Fiene

(bis 31.3.2009)

Geschäftsverteilung im Vorstand

Dr. Stephan-Andreas Kaulvers

Unternehmensbereich Banksteuerung:
Gesamtbanksteuerung
Kommunikation und Marketing
Personalmanagement
Revision
Stabsbereich Vorstand

Heinrich Engelken

Unternehmensbereich Risikosteuerung:
Marktfolge Finanzierungen
Compliance
Geldwäscheprävention
Risikocontrolling
Unternehmensservice

Dr. Guido Brune

Unternehmensbereich Vertrieb:
Geschäftsfeld Firmenkunden
Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen
Organisation/Informatik
BLB Leasing GmbH
BLB Immobilien GmbH

Eckhard Fiene

Unternehmensbereich Vertrieb:
Geschäftsfeld Financial Markets
Geschäftsfeld Privatkunden

Mitglieder des Aufsichtsrats der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Karoline Linnert

(Vorsitzende)
Bürgermeisterin
Die Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen

Hermann Bröring

Landrat des Landkreises Emsland, Meppen

Dr. Claas Brons

Geschäftsführer der Firma Y. & B. Brons, Emden

Dr. Wolfgang Däubler, Prof i.R.

Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht, Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht
Universität Bremen

Klaus Busch (bis 12.10.2009)

Stellvertretender Geschäftsführer der Gewerkschaft ver.di
Bezirk Land Bremen

Annette Düring (ab 12.10.2009)

Vorsitzende DGB Region
Bremen/Elbe-Weser

Dr. Gunter Dunkel

Vorsitzender des Vorstandes der Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –

Heinz Feldmann

Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Leer/Wittmund

Lars-Peer Finke

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Thomas Mang

(Stellv. Vorsitzender)
Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen

Martin Grapentin

Vorsitzender des Vorstandes der Landessparkasse zu Oldenburg

Elke Heinig

Bankkauffrau
Bremer Landesbank

Cora Hermenau

Staatssekretärin des Niedersächsischen Finanzministeriums

Andreas Klarmann

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Hartmut Möllring

Niedersächsischer Finanzminister

Dr. Johannes-Jörg Riegler

Mitglied des Vorstandes der Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –

Jürgen Scheller

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Lutz Stratmann

Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur

Doris Wesjohann

Vorstandsmitglied der Lohmann & Co. AG, Visbek

Mitglieder der Trägerversammlung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Für die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –

Dr. Gunter Dunkel

Vorsitzender des Vorstandes der
Norddeutsche Landesbank
– Girozentrale –

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen,
Hannover

Hartmut Möllring

Niedersächsischer Finanzminister

Für die Freie Hansestadt Bremen

Bürgermeisterin Karoline Linnert

Die Senatorin für Finanzen der
Freien Hansestadt Bremen

Jan Pörksen

Senatsdirektor bei der Senatorin für Finanzen
der Freien Hansestadt Bremen

Bernhard Günthert

Senatsrat bei der Senatorin für Finanzen
der Freien Hansestadt Bremen

Mitglieder des Beirates der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Bürgermeisterin Karoline Linnert

(Vorsitzende)

Die Senatorin für Finanzen der Freien
Hansestadt Bremen

Thomas Mang

(Stellv. Vorsitzender)

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen

Detthold Aden

Vorsitzender des Vorstandes der
BLG Logistics Group AG & Co. KG

Sven Ambrosy

Landrat des Landkreises Friesland

Kai-Uwe Bielefeld

Landrat des Landkreises Cuxhaven

Rolf Brandstrup

Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse Wilhelmshaven

Claus Brüggemann

Vorsitzender des Vorstandes der
Städtischen Sparkasse Bremerhaven

Leenert Cornelius

Ovelgönne

Günter Distelrath

Verbandsgeschäftsführer des
Sparkassenverbandes Niedersachsen

Hans Eveslage

Landrat des Landkreises Cloppenburg

Dr. Matthias Fonger

Hauptgeschäftsführer und
I. Syndicus der
Handelskammer Bremen

Ralf Finke

Vorsitzender des Vorstandes der
Kreissparkasse Grafschaft Diepholz

Dr. Karl F. Harms

Präsident der Oldenburgischen
Industrie- und Handelskammer

Dr. Peter Haßkamp

Rechtsanwalt

Dr. Hans Peter Kolzen

Präsident der Industrie- und Handelskammer
Stade für den Elbe-Weser-Raum

Wolfgang Lamot

Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse Rotenburg-Bremervörde

Horst-Günter Lucke

Präsident der Oldenburgischen Landschaft

Bernd Meerpohl

Vorstand der Big Dutchman Aktien-
gesellschaft, Vechta

Dieter Mützelburg

Staatsrat bei der Senatorin für Finanzen
der Freien Hansestadt Bremen

Dr. Götz Pätzold

Vorsitzender des Vorstandes
der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln

Thomas Schneider
Ministerialdirigent beim
Niedersächsischen Finanzministerium

Friedrich Scholten
Präsident der Landwirtschaftskammer
Niedersachsen

Henning Schultz
Landrat des Landkreises Wittmund

Dietmar Schütz
Präsident des Bundesverbandes
Erneuerbare Energie e.V.

Prof. Dr. Gerd Schwandner
Oberbürgermeister der
Stadt Oldenburg

Dr. Carl-Ulfert Stegmann
Norden

Gerd Stötzel
Landrat des Landkreises Diepholz

Michael Teiser
Bürgermeister und Stadtkämmerer
der Stadt Bremerhaven

Bernd Wagemann
Vorsitzender des Vorstandes
der Kreissparkasse Syke

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Bremen: Domshof 26, 28195 Bremen

Telefon 0049 421 332-0, Telefax 0049 421 332-2322

Oldenburg: Markt, 26122 Oldenburg

Telefon 0049 441 237-01, Telefax 0049 441 237-1333

www.bremerlandesbank.de

kontakt@bremerlandesbank.de